

Preußische Allgemeine



Nr. 39 · 1. Oktober 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Stunde Null

Nach der Bundestagswahl liegt die Union am Boden. Derweil zeichnen sich grundlegende Verschiebungen in der Parteienlandschaft ab
Seiten 1, 2, 3, 4 und 5



Merseburg feiert die 1000 Jahre zurückliegende Weihe des Doms **Seite 11**



Hannelore Hoger kehrt mit ihrer Tochter ins Fernsehen zurück **Seite 9**

DEUTSCHLAND NACH DER WAHL

Die Quittung für eine jahrelange Ignoranz des Wählerwillens

Die Bundestagswahl brachte zwar kein klares Ergebnis hinsichtlich einer künftigen Regierung – dafür jedoch eindeutige Erkenntnisse bezüglich der Politik der letzten Jahre

VON RENÉ NEHRING

Die Bundestagswahl wurde vor allem für die Union aus CDU und CSU, die mit zusammen 24,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte einfuhr, zu einem Debakel. Doch auch die anderen Parteien, die für sich das Etikett „bürgerlich“ reklamieren, können mit dem Ergebnis vom Sonntag keineswegs zufrieden sein.

Nach einem Minus von 8,6 Prozent im Jahre 2017 und einem erneuten Verlust 8,8 Prozent 2021 ist die Union nur noch ein Schatten ihrer selbst. Über die Ursachen dieses Niedergangs ist bereits viel gesagt und geschrieben worden, auch in dieser Zeitung. Die Hauptverantwortung trägt zweifellos Angela Merkel, die als CDU-Vorsitzende und Kanzlerin die Geschichte von Partei und Land jeweils mehr als anderthalb Jahrzehnte lang geprägt hat (siehe hierzu auch den Beitrag auf Seite 4).

Das Agieren des CDU-Spitzenkandidaten Armin Laschet und der gesamten Parteispitze in den letzten Monaten und Jahren zeigt jedoch, dass Merkel mehr das Symptom des Niedergangs war als deren Ursache. Denn trotz kontinuierlicher Stimmenverluste und eines unüberhörbaren Grummelns an der Basis wurde der Kurs der „Modernisierung“, die letztlich nichts anderes als eine programmatische Entkernung bedeutete, von der Führung beharrlich weiterverfolgt.

Zweimal verhinderte die Parteispitze die Wiederkehr des bei der Basis und vielen Wählern populären Friedrich Merz. Der beim letzten Mal vom „Parteiestablishment“ (O-Ton Merz) getragene Laschet wurde zudem – gegen alle Meinungsumfragen – auch noch als Kanzlerkandidat gegen den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Markus Söder durchgedrückt. Dieser revanchierte sich mit der Bemerkung, dass auf Laschets Kandidatur „kein Segen“ liege.

Starrheit statt Verantwortung

Dass Laschet trotz der Eindeutigkeit seiner Niederlage bislang nicht weichen will, passt zum Geist der vergangenen Jahre. Schließlich ist auch seine Vorgängerin wiederholt damit durchgekommen, bei jedem Scheitern „die volle Verantwortung“ zu übernehmen – um dann einfach weiterzumachen wie zuvor.

Zum Jubeln aufgelegt ist indessen die FDP. Mit 0,8 Prozent Stimmenzuwachs gehören die Liberalen zweifellos zu den rechnerischen Gewinnern der Wahl, zumal die Partei zum zweiten Mal infolge über zehn Prozent erringen konnte. Und doch sollte sich FDP-Chef Lindner fragen, warum bei einem Stimmenverlust von fast neun Prozent für die Union noch nicht einmal ein Prozent bei den Liberalen angekommen ist.

Hinzu kommt, dass der Zuwachs der FDP mitnichten aus eigener Kraft erfolg-

te. Denn wer sich auch nur ein bisschen umhörte, stieß immer wieder auf Stammwähler der Union, die aus Enttäuschung über ihre eigene Partei die Liberalen wählen wollten. Umso erstaunlicher der geringe Zuwachs der FDP.

Fragen stellen sollte sich auch die AfD. Seit den Landtagswahlen im Herbst 2019 hat die Partei bei allen Wahlen in Bund, Ländern und EU verloren. Auch für die „Alternative“ gilt, dass sie von den dramatischen Verlusten der Union keineswegs profitieren konnte, sondern sogar verlor.

Zwar verweist das Spitzenkandidaten-Duo Weidel/Chrupalla zu Recht darauf, dass die AfD nun ebenfalls zweimal infolge mit zweitstelligem Ergebnis in den Bundestag einzieht. Und ebenso zu Recht verweist die Parteispitze auf den starken Gegenwind in den Medien und von den etablierten Parteien. Andererseits hat die Partei von dort noch nie Rückenwind bekommen. Letztlich gelang es der AfD während des gesamten Wahlkampfes nicht, ein Thema zu setzen, mit dem sie die Bürger jenseits der eigenen Stammwählerschaft überzeugen konnte.

Nachdenklich sollte die Partei auch das Ost-West-Gefälle stimmen. Während die Partei im Osten der Republik vielfach stärkste Kraft werden konnte, kam sie im Westen nur noch in Ausnahmefällen über zehn Prozent. Setzt sich diese Entwicklung fort, dürfte die AfD schon bald das Schicksal der Linkspartei teilen.

Neu auf der bundespolitischen Bühne traten erstmals die Freien Wähler in Erscheinung. Mit am Ende 2,4 Prozent blieben sie jedoch weit unter den eigenen Erwartungen – beziehungsweise den Befürchtungen der Konkurrenz. Dass die langjährige kommunale Kraft überhaupt auf Bundesebene zum Faktor werden konnte, zeigt die Orientierungslosigkeit in Teilen des Bürgertums.

Die Schwäche der bürgerlichen Parteien bedeutet jedoch keineswegs ein Ende der Vorliebe der Deutschen für bürgerliche Politik. Vielmehr waren SPD und Grüne, die mit Zuwächsen von 5,2 und 5,9 Prozent die eindeutigen Wahlsieger sind, gerade deshalb so erfolgreich, weil sie sich mit ihren Spitzenkandidaten moderat gaben und eben bürgerlich auftraten. Obwohl insbesondere die SPD mit dem Duo Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken eine dezidiert linke Parteispitze hat, überließ sie dem bisherigen Finanzminister Olaf Scholz, der bis weit in konservative Wählerschichten hinein überzeugt, in seltener Disziplin die Bühne. Ob diese Zurückhaltung in den nächsten Jahren Bestand haben wird, kann bezweifelt werden.

Ob die Union freilich in vier Jahren soweit sein wird, dass sie – wie nun die SPD – fünf Prozent zulegen kann, weiß niemand. Fakt ist: Wenn sich die Partei nicht auf die Grundlagen ihrer jahrzehntelangen Erfolge besinnt, ist ein weiterer Niedergang keineswegs ausgeschlossen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Nach steigenden Strom- und Gaspreisen drohen Revolten bei Deutschlands Nachbarn **Seite 7**

Kultur

Die zweifelhafte Rolle des Deutschen Ethikrats in den öffentlichen Debatten **Seite 12**

Das Ostpreußenblatt

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen im Königsberger Gebiet **Seite 13**

Reise

Frühherbstliche Wanderungen bei den „Öztaler Wasserläufern“ **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 39
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Bilanz einer Ära Die unbewältigten Integrationsprobleme durch Masseneinwanderung, eskalierende Kosten der Energiewende, marode Infrastruktur und Digitalisierungsrückstände zeichnen Deutschland heute aus

Großbaustellen, die Merkel hinterlässt

Während viele die scheidende Bundeskanzlerin als Stabilitätsanker sehen, hat ihre Politik für zahlreiche Unsicherheiten gesorgt

VON ROBERT MÜHLBAUER

Im Großen und Ganzen sei nichts schiefgelaufen, so hat Angela Merkel vor einigen Monaten die deutsche Corona-Politik beschrieben. Da kann man geteilter Meinung sein. Und ihre Kanzlerschaft insgesamt? Sind die 16 Jahre im Großen und Ganzen gut gelaufen? Ihre Fürsprecher lobten die Kanzlerin als Stabilitätsanker im Meer der Unsicherheiten. Deutschland stehe zudem wirtschaftlich am Ende ihrer Kanzlerschaft gut da, betonen die Merkel-Freunde. Noch nie habe man solchen Wohlstand, so hohe Beschäftigung erreicht. Es stimmt, die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit der Vereinigung gesunken.

Allerdings sind keine Wirtschafts- oder Sozialreformen Merkels bekannt, die dazu maßgeblich beigetragen hätten. Sie scheute große Reformen. Die Wende zu geringerer Arbeitslosigkeit ist ihrem Vorgänger Gerhard Schröder und seiner Agenda 2010, einer schmerzhaften Rosskur, zu verdanken. Hinzu kam der Aufschwung großer Schwellenländer und besonders Chinas. Der Export boomte. Deutsche Ingenieure und Facharbeiter, die Autos in Wolfsburg oder Untertürkheim bauen, profitierten davon. Die Einkommen stiegen, auch wenn aktuell die Reallöhne wegen der Inflation bröckeln. Ist der Wohlstand Deutschlands wirklich dauerhaft gesichert?

Weltpitze bei Strompreis

Eine Großbaustelle der Merkel-Zeit ist die Energiewende. Kein anderes Land der Erde steigt gleichzeitig aus Atomkraft und Kohle aus. Erneuerbare Energien wie Solar- und Windanlagen werden durch die EEG-Umlage subventioniert. Eine Folge ist, dass der Strompreis in Deutschlands mittlerweile an der Weltpitze liegt. Zugleich sind die hiesigen CO₂-Emissionen weniger gesunken als in einigen Nachbarländern, weil Deutschland durch den hastigen Atomausstieg länger an Kohlestrom festhalten muss. An der merkelschen



Merkels größter außen- wie innenpolitischer Fehler: Als die Kanzlerin im September 2015 die großzügige Aufnahme aller echten oder vermeintlichen Flüchtlinge in der EU zusagte, traf sie diese Entscheidung ohne Rücksprache mit den europäischen Partnern

Energiewende werden die Deutschen noch schwer tragen.

In ihre Amtszeit fällt auch der Beginn der EU-Schuldunion. Eurobonds, also gemeinsame EU-Schuldtitel, werde es nicht geben, „solange ich lebe“, tönte die Kanzlerin vor einem Jahrzehnt. Inzwischen gibt es Eurobonds, nur unter anderem Namen. Für den Corona-Hilfsfonds von 750 Milliarden Euro hat die EU-Kommission mit der Ausgabe von EU-Schuldenpapieren angefangen. Von den einstigen zentralen Versprechen der CDU zur Euro-Währungsunion („Wir haften nicht für fremde Schulden“) blieb in den Merkel-Jahren nicht viel übrig. Der Euro bleibt eine instabile Baustelle.

Die umstrittenste Entscheidung der Bundeskanzlerin fiel im Herbst 2015. Ihre

Grenzöffnung für Zehntausende Migranten, denen Hunderttausende weitere folgten, hat das Land tief verändert. Bis heute ist die Integration der mehr als 1,5 Millionen aus Syrien, Irak, Afghanistan, aus dem weiteren Nahen und Mittleren Osten, aus Afrika und vom Balkan nicht gelungen.

Sechs Jahre nach der großen Flüchtlings- und Migrantenwelle sind sie keineswegs in den Arbeitsmarkt integriert, wie Optimisten damals versprochen. Die große Mehrheit der erwerbsfähigen Syrer in Deutschland (65 Prozent) lebt ganz oder teilweise von Hartz IV; später beziehen viele staatliche Grundrente. Dies belastet auf Jahrzehnte die Sozialstaatskassen. Fachleute gehen von dreistelligen Milliardenbeträgen aus.

Auch die Kriminalitätsbelastung ist gestiegen. Die Asylsuchermigranten – überwiegend junge, entwurzelte und frustrierte Männer – sind in der Kriminalstatistik bei Drogen-, vor allem aber Gewaltdelikten überproportional vertreten. Unfreiwillig komisch war es, dass Merkels CDU im NRW-Landtagswahlkampf 2017 Großplakate druckte mit der Aufschrift „Ich fühle mich hier nicht mehr sicher. Warum tun die nichts?“. Eine Auswertung des Bundeskriminalamtes (BKA), die das Magazin „Focus“ vor Kurzem publizierte, kam zu dem Ergebnis, dass fast 2000 Tötungsdelikte (Mord, Totschlag und fahrlässige Tötungen) in den Jahren 2016 bis 2020 auf das Konto von Asyl-Einwanderern gingen. Im Bundestagswahlkampf 2021 spielte das Thema Innere Sicherheit

bemerkenswerterweise nur eine sehr nachrangige Rolle.

Unglücklich gelaufen ist es für CDU-Kanzlerkandidat Laschet, der das mit Abstand schlechteste Unions-Wahlergebnis der Geschichte der Bundesrepublik eingefahren hat. Nach 16 Jahren Merkel-Regierung versprach er im Wahlkampf ein „Modernisierungsjahrzehnt“. Indirekt gab er damit zu, dass Deutschland Nachholbedarf hat bei der Infrastruktur und Digitalisierung. In den Merkel-Jahren hat der Staat weniger investiert als abgeschrieben wurde. Diese negativen Netto-Investitionen sieht man an bröckeligen Straßen, rissigen Brücken und gammelligen Schulgebäuden. Beim Ausbau von Breitband-Internet liegt das Land zurück. In der Corona-Krise sorgten Gesundheitsämter, die mit Fax-Geräten kommunizierten, für Kopfschütteln. Die deutsche Bürokratie wirkt in vielen Bereichen veraltet. Marode, unterfinanziert und demoralisiert ist auch die Bundeswehr.

Deutschland lebt von der Substanz

Rückblickend muss man sagen, dass Deutschland in den Merkel-Jahren von der Substanz gelebt hat. Die Grundlagen seines wirtschaftlichen Erfolgs sind gefährdet. Das sieht man an Schlüsselbranchen wie der Automobilindustrie. Die politisch erzwungene Wende zum Elektro-Auto macht sie verletzlich; mehr als 200.000 Arbeitsplätze können bei den großen Autokonzernen und Zulieferern wegfallen, ergab vor Kurzem eine Studie des Ifo-Instituts. Bei den wirtschaftlichen Zukunftsthemen wie IT, Künstliche Intelligenz und Plattformökonomie, die im amerikanischen Silicon Valley floriieren, liegt das Land zurück.

Deutschlands traditionelle, alte industrielle Stärken können in einer Zeit des rasanten digitalen Wandels unter die Räder kommen. Eine grün-ideologisch gefärbte Energiewende, deren Kosten aus dem Ruder laufen, bedroht den Standort. Die Post-Merkel-Ära wird von größten Unsicherheiten geprägt sein, ihr Nachfolger erbt riesige Baustellen.

DIE KANZLERIN VON AUSSEN GESEHEN

„Merkel hat Deutschland geschwächt und Europa gespalten“

Anders als die meisten deutschen Medien zieht die Presse in Großbritannien zum Abschied der Kanzlerin eine kritische Bilanz

Überwiegend sieht das Ausland die scheidende deutsche Kanzlerin positiv. Laut Umfragen in verschiedenen Ländern glaubt eine Mehrheit, dass Angela Merkel gut für Deutschland gewesen sei. In internationalen Zeitungen liest man jetzt häufig wehmütige Leitartikel zu ihrem Abschied. Merkel, die als „Königin Europas“ und „mächtigste Frau der Welt“ bezeichnet wurde, habe das Land stabil durch Krisen geführt.

Aber es gibt von Zeit zu Zeit auch erstaunlich kritische Analysen, die sich von den Schönfärbereien abheben. „Angela Merkel hat Deutschland geschwächt und Europa gespalten“, lautete die Überschrift eines scharfen Leitkommentars in der „Times“ ein paar Tage vor der Bundestagswahl. Autor Roger Boyes stellt vor allem Merkels fatale Asylpolitik ins Zentrum. Ihre einsame Entscheidung im September 2015, die Grenze vor den ankommenden Tausenden Syrern, Irakern und

Afghanen zu öffnen, habe Deutschland und Europa gespalten.

„Sie hat die politische Landschaft verändert, die Gesellschaft polarisiert, das europäische Asylsystem ruiniert und Land gegen Land gestellt“, kritisiert Boyes, der langjährige Deutschland-Korrespondent des britischen Blatts. Merkel habe diese Entscheidung, die „Deutschland zum Super-Magnet für Hunderttausende Migranten“ machte, ohne Rücksprache mit europäischen Partnerländern, mit ihrem Koalitionspartner, ohne demokratischen Beschluss des Parlaments getroffen.

Der Deutschlandkenner nennt sich einen „Angela-Skeptiker“. „Es gab einfach zu viele unnötige Irrtümer in ihrer langen Herrschaftszeit. Historiker werden sie einmal weit hinter Kohl, Adenauer, Brandt und Helmut Schmidt in der Aufzählung der Nachkriegskanzler einreihen.“ Irritierend findet er auch ihre Energiepolitik mit der Atom-Kehrtwende nach Fukushi-

ma, die dazu führte, dass Deutschland heute länger Kohle verfeuert und abhängig von russischen Gaslieferungen wurde.

Ebenfalls kritisch, aber aus anderen Gründen, beurteilt das Magazin „The Economist“ die Hinterlassenschaft Merkels nach 16 Jahren im Kanzleramt. Die liberale, teils linksliberale Zeitschrift hat weniger auszusetzen an Merkels Asylpolitik, hier sieht das „Economist“-Autorenteam sogar „Gründe für Optimismus bei der Integration der Migranten von 2015 und 2016“.

Kurz vor der Bundestagswahl warb der „Economist“ für den Sozialdemokraten Olaf Scholz und eine Ampel-Koalition. Trotz des Respekts für Merkel („mehr Monarchin als Kanzlerin“) sieht man eine „dunkle Seite“, gefährliche Hinterlassenschaften der Merkel-Ära: soziale Ungleichheit, Investitionsstau und marode Infrastruktur, schwerfällige Bürokratie, Rückstand bei der Digitalisierung, insge-

„Sie hat die politische Landschaft verändert, die Gesellschaft polarisiert ... und Land gegen Land gestellt.“

Roger Boyes
britischer Journalist

samt ein Mangel an Reformen. „Erstaunlicherweise findet man keine einzige weitreichende Reform, die von einer der vier Merkel-Regierungen beschlossen wurde.“ Und trotz des Geredes über die „Klimakanzlerin“ sei die CO₂-Bilanz Deutschlands heute schlechter als die

vieler anderer EU-Länder, was auch an der speziellen Energiewende liege.

Das Land sei heute nicht ausreichend zukunftsfähig, die Basis seines Wohlstands gefährdet, so das Urteil des international angesehenen Wirtschaftsmagazins. „Schwächen im deutschen Modell fangen schon jetzt an sichtbar zu werden.“ Damit meint es vor allem die Verletzbarkeit des Exportmodells, wenn die Globalisierung einmal nicht mehr so weitergeht. Die mächtige Autoindustrie wackelt durch die technologische Disruption, die politisch gewollte Umstellung vom Verbrennungs- auf Elektroantriebe, die viele Arbeitsplätze bedroht. Hinzu kommen Sozial- und Rentensysteme, die den finanziellen Folgen der kommenden demographischen Umwälzungen kaum gewachsen sind. All das zeige, dass in der Zeit „After Angela“, wie der „Economist“ sein Dossier überschreibt, die Zukunft der Deutschen ungesichert sei. R.M.

Szenen einer Zeitenwende

Historische Veränderungen werden von den Zeitgenossen selten als solche wahrgenommen. Die Bundestagswahl 2021 dürfte jedoch in die Geschichte eingehen. Beobachtungen aus einer Wahlnacht, welche die Republik verändern wird

VON HOLGER FUSS

Auf einmal wird der Wahlabend doch noch elektrisierend. Ausgerechnet die „Tagesthemen“ in der ARD liefern mit einer Extraausgabe um 21.15 Uhr ein Doppelinterview, das endlich aufhorchen lässt. Die Moderatorin Caren Miosga holt Grünen-Co-Chef Robert Habeck und FDP-Vize Johannes Vogel ins Studio, zwei Drei-Tage-Bärte, der Grüne 52, der Liberale 39 Jahre alt. Für zehn Minuten sind die beiden die Gesichter der neuen Republik und die Geburt einer veränderten Parteienlandschaft. In gelöster Stimmung kündigen sie an, dass die Grünen und die FDP zunächst einmal ausloten werden, „ob sie Brücken schlagen können“ (Habeck). Um dann mit ihren Gesprächsergebnissen mit der SPD von Olaf Scholz und mit der Union Armin Laschets zu verhandeln, ob die künftige Bundesregierung eine Ampel oder eine Jamaika-Koalition sein wird.

Das amtliche Ende der Volksparteien

Sowas gab es noch nicht in den 72 Jahren Bundesrepublik. Bislang lag nach jeder Bundestagswahl eine der beiden Volksparteien vorn und der Wahlsieger führte mit einer oder mehreren der Kleinparteien Koalitionsverhandlungen. Doch eine SPD mit 25,7 Prozent und eine CDU/CSU mit 24,1 Prozent haben ihren Status als Großpartei eingebüßt. „Wir haben ein verändertes Parteiensystem“, sagt Vogel. „Wir haben nicht mehr die große Partei, sondern es gibt vier mittelgroße Parteien – und da sind alle in der Verantwortung, jetzt eine gute Regierung für Deutschland zu bilden.“

Besonders Habeck ist anzumerken, wie befreit er sich an diesem Abend von der Bürde des Wahlkampfes fühlt: „Der Wahlkampf interessiert mich jetzt schon gar nicht mehr.“ Befreit vom Zwang zur Selbstverleugnung, während seine Co-Chefin und Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock die Umfragewerte der Grünen von 26 Prozent (infratest dimap am 6. Mai 2021) aufs Wahlergebnis von 14,8 Prozent schmelzen ließ. Dass Habeck sich für den geeigneteren Mann hielt, ließ er vielfach in Interviews durch wortloses Mienspiel durchblicken, um sodann ein loyales Lippenbekenntnis zu Baerbock abzugeben. Jetzt, nach der Wahl und dem enttäuschenden Stimmengewinn von 5,9 Prozent gegenüber 2017 leuchtet in Habeck der machtbesessene Kampfegeist, der Strippenzieher und politische Strategie auf. Jetzt will der Grünen-Chef von seiner Schlüsselposition in die nächste Bundesregierung gleiten. Laut „FAZ“ sieht seine Partei ihn für den Posten des Vizekanzlers vor.

Zwischen der traditionellen „Öko-Partei“ und der traditionellen „Partei der Besserverdienenden“ dürfte es ohnehin mehr Schnittstellen geben, als es der erste Anschein vermuten lässt. Denn aus den einst außerparlamentarisch bewegten Strickpullover-Anarchos, die als Antiparteien-Partei die Parlamente aufmischen wollten, sind Politikkarrieristen in Maßanzügen geworden, und ihre Wähler kommen häufig aus dem wohlhabenden, linksdurchtönten Bürgertum der Großstädte. Vielfach Akademiker, die in ihrer Öko-Folklore ihre Kinder schon mal zur Klima-Demo chauffieren. Diese Klientel stößt auf den prototypischen FDP-Wähler auf den Biomärkten oder auf Flughäfen, wo beide gern für ihre Urlaubsreise eine CO₂-Ausgleichszahlung entrichten. Allzuweit sind die Lebensgeföhle beider Parteien also nicht voneinander entfernt.

Entsprechend sagt Vogel in den „Tagesthemen“ einen Satz, der auch von Habeck stammen könnte: „An vielen Stellen brauchen wir grundlegende Veränderungen.“ Das klingt so wolkig wie die Parolen der Grünen,



Momentaufnahme einer historischen Machtverschiebung: Am Wahlabend sprechen der stellvertretende FDP-Vorsitzende Johannes Vogel (links) und der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck (rechts) gut gelaunt mit Caren Miosga in den „Tagesthemen“ über die neuen Kräfteverhältnisse im Lande

Foto: Screenshot ARD Tagesthemen

wenn sie einen Systemwechsel fordern. Wohl auch deshalb ist die FDP mit 23 Prozent die stärkste Partei bei den Erstwählern, gleich dahinter die Grünen mit 22 Prozent.

Die Brücken, die Habeck zu den Liberalen schlagen will, müssen also keine großen Gräben überspannen. Im Kern geht es ums Geld. Die Grünen wollen mit Steuererhöhungen gewaltige Investitionsprogramme zum „klimaneutralen Umbau der Wirtschaft“ finanzieren, darunter eine Milliarde Euro zur Förderung von Lastenfahrern. Die FDP hingegen ist strikt gegen höhere Steuern, will der Wirtschaft nach der Coronakrise Erholung gönnen und setzt auf neue Technologie sowie den Wettbewerb der besten Ideen, um Deutschland klimaneutral zu machen. Und weil übers Geld die politischen Weichen am wirksamsten gestellt werden können, schieben Habeck und FDP-Chef Christian Lindner auf den Posten des Bundesfinanzministers.

Stunde Null in mehrfacher Hinsicht

Der Wahlabend am Sonntag in Berlin markiert für das Land eine Stunde Null. Noch nie wussten die Deutschen nach einer Bundestagswahl nicht, wer Kanzler wird. Die Union verlor seit der letzten Bundestagswahl 8,8 Prozent und krachte um 1,6 Prozent hinter einer SPD, die in Umfragen vor wenigen Wochen noch auf 15 Prozent taxiert wurde und 2017 gerade mal 20,5 Prozent einfuhr. Was die Sozialdemokraten seit Jahren erleben, sucht die CDU nun ebenfalls heim: das Ende als Volkspartei.

In ihrer Verzweiflung sind die einstigen Riesen künftig stärker auf ihre Mitspieler angewiesen als je zuvor. Wenn sich Grüne und FDP geschickt anstellen, können sie beide potentielle Seniorpartner mit ihren Forderungen gegeneinander ausspielen und sich bei Sondierungen nach Belieben durchsetzen. „Wer auch immer Kanzler wird, er wird

Kanzler von Gnaden des grün-gelben Blocks“, schreibt der „Spiegel“.

Die Verunsicherung ist daher am Sonntagabend bei allen Beteiligten spürbar. Vor allem den CDU-Granden ist Schock und Panik ins Gesicht geschrieben. Zwar konnte Laschet in den Tagen vor der Wahl noch an die SPD heranrücken, aber jeder in der Union weiß, dass Werte um die 25 Prozent einer Volkspartei unwürdig sind. Nach dem Absturz der Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren verstand sich die Union als verbliebener Leuchtturm der Mitte, die letzte Partei, die alle Schichten und Interessen der Gesellschaft in ihrem Spektrum widerspiegelt, eben eine Volkspartei. Nun erleben die Funktionsträger im Konrad-Adenauer-Haus, dass man zur Unkenntlichkeit schrumpft, solange man es allen recht machen will. Kein Wähler weiß so genau, warum er die CDU/CSU wählen soll: Für Wirtschaftsbelange ist die FDP da, fürs Ökologische die Grünen, für soziale Gerechtigkeit die SPD und die Linkspartei – und für konservative Bedürfnisse ist die AfD zur Hand.

Manch einer in der Union nimmt erst jetzt wahr, wie sehr die 16 Jahre der „Weiter so“-Kanzlerin Angela Merkel ihre Partei entstellt haben. Schon steht die Forderung nach „Neuanfang“ im Raum, wie so oft, wenn die konkreten Ideen fehlen. Die CDU müsse „breiter und tiefer in der Bevölkerung wieder verwurzelt“ werden, murmelt ein bleicher Norbert Röttgen in die Kameras.

Bittere Einsichten

Der Kanzlerkandidat der Partei scheint schon den ganzen Sonntag neben sich zu stehen. Tagsüber im Aachener Wahllokal macht sich Armin Laschet vor den anwesenden Fotografen an der Wahlurne der „Fehlhaltung“ seines Wahlzettels schuldig. Unerlaubterweise ist zu erkennen, dass der CDU-Chef seine beiden

Stimmen der CDU gegeben hat. Der Bundeswahlleiter gibt später bekannt, Laschet habe „nicht geheim, aber gültig gewählt“.

Bei seinen Statements und in der „Berliner Runde“ von ARD und ZDF wirkt Laschet fahrig und trostlos, wie einer, der seine Niederlage nicht einsehen mag. Als ob er gegen das Ertrinken anstrampelt, beteuert Laschet, dass er „lieber ans Gelingen als ans Nichtgelingen“ denke. Er belehrt die Linken-Chefin Susanne Hennig-Wellsow darüber, dass viele Menschen die Union wegen der sozialen Gerechtigkeit wählen würden und sie nicht mit den Vorschlägen der Linken einverstanden seien. Hennig-Wellsow schaut ihn an, als blicke sie in die Mündung eines Revolvers, wohl auch, weil sie zu diesem Zeitpunkt nicht weiß, ob die Linkspartei es über die Fünf-Prozent-Hürde schafft.

Die „Berliner Runde“ wirkt wie der Leichenschmaus nach der Beisetzung einer alten Republik mit ihrem überkommenen Parteiensystem. Von Aufbruchstimmung in eine neue Ära ist aber auch nichts zu spüren. Die üblichen Schönredereien beherrschen die Szenerie. AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel lässt uns an einer beeindruckenden Gedankenakrobatik teilhaben. 2,3 Prozent hat ihre Partei im Vergleich zu 2017 verloren, steht nun bei 10,3 Prozent. Für Weidel bedeutet das: „Wir konnten uns deutlich verbessern“, weil nämlich als „Sondereffekte“ die Freien Wähler und die Corona-kritische „Basis“ auf der Bundesbühne erschienen. „Und wenn man diese Sondereffekte bereinigt, dann liegen wir sogar über dem Ergebnis von 2017.“

Die Dramen der Hauptstadt

Neben dem Ausdruck „Fehlhaltung“ kursiert an diesem Abend ein anderes schönes Wort: die „Berliner Wahlzettelbremse“. In einigen Wahllokalen der Hauptstadt herrschte zeitweiliges Chaos, weil sie keine Stimmzettel mehr hatten oder falsche Stimmzettel, nämlich aus anderen Bezirken geliefert bekamen. Der Nachschub ließ auf sich warten, die Botenfahrzeuge steckten in den für eine Marathonveranstaltung gesperrten Straßen fest. Berliner Organisationsartikler dürfte weiterhin unerreicht bleiben. (Siehe Seite 8)

Ein Lichtblick fürs Gemüt ist – wie so oft in jüngster Zeit – „Bild TV“, wo aus unerklärlichen Gründen Katharina Witt, Thomas Gottschalk und der mittlerweile 82-jährige Heino zur „Deutschland-Runde“ mit Chefredakteur Julian Reichelt gerufen wurden. Auch hier ist allen klar, dass wir an diesem Abend einer politischen Zeitenwende beiwohnen. Heino fasst sie in seiner unverwundlichen Art zusammen: „Ich bin sehr optimistisch, dass sich vieles ändert.“ Gottschalk wird mit zunehmenden Jahren immer mehr zum Welterklärer: „Die Jungen müssen sich die Welt und die Veränderungen zurechtrühteln.“ Reichelt grätscht mit erschreckenden Aussichten dazwischen: „Katrin Göring-Eckardt könnte Bundespräsidentin werden – dazu muss die SPD ihren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wegmeucheln.“

Dies könnte demnächst auch Laschet blühen. Seine Personalie könnte in dem Forderungskatalog stehen, den Grüne und FDP bei den Jamaika-Verhandlungen der Union vorlegen. Warum sollte sich der Grün-Gelb-Block auf den gescheiterten Laschet einlassen? Ein Kanzler Markus Söder etwa wäre viel besser zu vermitteln. Söder war der „Kandidat der Herzen“ (CSU-Generalsekretär Markus Blume) und hat in Bayern die Bienen gerettet. Mehr Zukunft geht wohl kaum.

● Holger Fuß ist Publizist und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und das Zeitgeschehen. 2019 erschien von ihm „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). www.m-vg.de

Die „Berliner Runde“ wirkt wie der Leichenschmaus nach der Beisetzung einer alten Republik mit ihrem überkommenen Parteiensystem. Von Aufbruchstimmung in eine neue Ära ist aber auch nichts zu spüren

● MELDUNGEN

Die neue „Balkan-Route“

Potsdam/Berlin – Die Bundespolizei greift im Land Brandenburg immer öfter Iraker auf, die in kleinen Gruppen illegal in das Bundesgebiet eingereist sind. Laut einer vorläufigen Auswertung des Bundesinnenministeriums wurden in der ersten Septemberhälfte rund 400 Personen bei der unerlaubten Einreise festgestellt, die häufig über Weißrussland und Polen oder über Litauen ins Land gekommen sind. Zu einem Brennpunkt der illegalen Einreisen hat sich Frankfurt an der Oder entwickelt. Nach Angaben des Senders rbb soll es im Gebiet der Oderstadt allein am Wochenende vom 18. zum 19. September 125 Feststellungen von illegal Eingereisten gegeben haben. Nahezu alle Personen gaben an, von Weißrussland aus über Polen nach Brandenburg gelangt zu sein. Nach Recherchen des rbb dauert die Route vom weißrussischen Minsk bis nach Brandenburg lediglich drei Tage, während für die Balkanroute im Durchschnitt 30 Tage benötigten werden. N.H.

Gewinn durch Verschuldung

Berlin – Der Bund macht mit der Ausgabe von Bundeswertpapieren zur Finanzierung seiner Schulden aufgrund der Negativzinsen Gewinn. Wie die Finanzstaatssekretärin Sarah Ryglewski mitteilte, konnten alleine im Zeitraum von Januar bis August dieses Jahres entsprechende „Zahlungen in Höhe von rund 4,251 Milliarden Euro vereinbart“ werden. Die für die Kreditaufnahme des Staates zuständige Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH verkaufte in jenen Monaten Anleihen im Wert von über 275 Milliarden Euro an Investoren, wobei die Emissionsrendite durchweg im Minusbereich lag. Trotzdem stehen die Bundeswertpapiere bei Investoren hoch im Kurs. Die Bonität Deutschlands wird von den Ratingagenturen mit Bestnoten bewertet und das scheint eine problemlose Rückzahlung zu garantieren. Insgesamt befinden sich zurzeit Bundesanleihen im Wert von 1,56 Billionen Euro im Umlauf. W.K.

Millionen für Gender-Studien

Berlin – Rund 250 Lehrstühle für Gender-Studien gibt es mittlerweile an Deutschlands Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Vor neun Jahren waren es noch 62. Der Staat ließ sich die Gender-Forschung in der 2017 begonnenen aktuellen Legislaturperiode rund eine halbe Milliarde Euro kosten. Mit dem Geld wurden unter anderem Untersuchungen zu Themen wie „Weiblichkeitskonstruktion und Vorstellung von Mutterschaft bei der völkisch-nationalistischen Rechten“ gefördert. Das Interesse in der Bevölkerung an derlei ist eher gering. Die Ablehnungsquote unter den Bürgern beträgt selbst in hochmanipulativ gehaltenen Umfragen über 70 Prozent. Währenddessen sinkt das Niveau der deutschen Hochschulen immer weiter. Unter den 50 besten Universitäten der Welt findet sich lediglich noch eine deutsche, die Technische Universität München, deren Jahresetat rund eine Milliarde Euro beträgt. W.K.



Historisches Debakel: CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet am Tag nach der Bundestagswahl

Foto: pa

ANALYSE

Die Stunde Null der deutschen Christdemokraten

Nach dem Wahldebakel steht die CDU am Scheideweg. Entweder sie erneuert sich nach dem Vorbild ihrer österreichischen Schwesterpartei ÖVP – oder sie folgt der italienischen DC in den Untergang

VON KLAUS KELLE

Es hat ein wenig gedauert, bis in der Union der Prozess der Erkenntnis einsetzte und das Ergebnis der Bundestagswahl in seiner ganzen Dimension verstanden wurde: Die Parteienfamilie aus CDU und CSU hat die schlimmste Wahlschlappe bei einer Bundestagswahl seit Gründung der Bundesrepublik kassiert. Zusammen gerade einmal noch 24,1 Prozent – das ist nicht nur desaströs, das ist vernichtend.

Und wie reagierte die CDU zunächst darauf? Generalsekretär Paul Ziemiak dankt den Parteifreundinnen und Parteifreunden und dem Spitzenkandidaten für die tolle Aufholjagd. Und Armin Laschet verkündet, er wolle jetzt Kanzler werden und mit den Verhandlungen über eine Regierungsbildung beginnen. Wenn es nicht so eine Tragödie wäre, dann könnte man schallend lachen.

Armin Laschet und die Union haben verloren. Olaf Scholz und die SPD haben gewonnen. So einfach ist das. Und weil Armin Laschet im tiefsten Inneren seiner Seele das auch weiß, baute er zu Wochenbeginn schon mal vor und versuchte, sich wenigstens den CDU/CSU-Fraktionsvorsitz im Bundestag zu sichern, was naturgemäß dem Amtsinhaber Ralph Brinckhaus nicht sonderlich gefällt.

Doch das sind persönliche Befindlichkeiten, die eigentlich belanglos sind, denn Armin Laschet ist Geschichte. Er weiß es nur noch nicht. Aber die CDU ist noch da und wird auch noch eine Weile da sein.

Ursachen des Niedergangs

Vor der Therapie steht beim Doktor eine Diagnose nach einer ausgiebigen Untersuchung. Und die Krankheit ist beim Patienten CDU leicht zu benennen.

Die jahrelange inhaltliche Aushöhlung der Partei durch die sogenannte „Modernisiererin“ Angela Merkel ist der Kern des Problems. Niemand will – und niemand braucht – eine Union, die sich dem rot-grünen Zeitgeist anbietet, die um den alleinigen Preis des Kanzleramtes

willen vom Koalitionspartner die Mittelschicht mit Abgaben und den Mittelstand mit Bürokratie quälen lässt. Abschaffung der Wehrpflicht, ein Heer von „Gleichstellungsbeauftragte*innen“, Ausstieg aus Atom- und Kohleenergie einhergehend mit einer flächendeckenden „Verspargelung“ der Landschaften durch Windräder sowie nicht zuletzt eine fahrlässige und unkontrollierte Massenzuwanderung aus teilweise islamistischen Steinzeitstaaten – das ist nicht das, warum man einst CDU-Mitglied geworden ist oder lange die Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls wählte.

Die Entkernung der Partei, die Anbiederung an „C“-fremde Milieus, ohne dass dies wenigstens zu einem Wählerzuwachs geführt hätte, und dann ein unterirdisches Personalangebot nicht nur an der Spitze, sondern auch in der Etappe, hat zu dem geführt, was jetzt ist. So dürften selbst Insider des Politikbetriebs bislang kaum etwas von Silvia Breher gehört haben. Dabei ist diese Frau tatsächlich eine stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU – und keiner weiß, warum ... Die Namen der früheren Generalsekretäre Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf sind selbst Laien immer noch ein Begriff. Das ist der Unterschied zur CDU unserer Tage.

Die Rückkehr des Sozialismus

In diesem Zusammenhang muss jedoch ein Punkt unbedingt betrachtet werden. Deutschland hat sich verändert, die CDU hat sich verändert, weil die Bürger das anscheinend so wollen. Ausdruck der Misere ist ganz aktuell ein Volksbegehren in Berlin, wo sage und schreibe 56,3 Prozent für die Verstaatlichung von Immobilienkonzernen votiert haben. Der Sozialismus ist zurück, und nicht nur in Berlin.

Der Wunsch nach einer Vollkasko-Gesellschaft, in der man mit möglichst wenig eigener Anstrengung möglichst gut versorgt ist und es auch noch für ein Auto und zwei Mal im Jahr Urlaub reicht, ist allgegenwärtig. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die einen produktiv arbeiten und Steuern zahlen, eine Familie gründen

und Kinder großziehen – und die anderen auf Kosten der Erstgenannten den Wohlstand genießen oder gar aktiv an der Umgestaltung unserer freiheitlichen Gesellschaft arbeiten. Und die Erstgenannten, auf deren Schultern das alles passiert, das sind größtenteils die Wähler von CDU und CSU sowie auch der FDP.

Aufbruch – oder Untergang

Für die CDU gibt es nur zwei Wege: den der kompletten Runderneuerung nach dem Vorbild der österreichischen Schwesterpartei ÖVP oder den totalen Absturz ins Nirwana wie die „Democrazia Cristiana“ (DC) in Italien, einstmals die alles beherrschende Partei – so ähnlich wie es die Union einst in Deutschland war.

Sebastian Kurz hat die heruntergewirtschaftete ÖVP bei 19 Prozent Zustimmung übernommen und komplett auf den Kopf gestellt. Eineinhalb Jahre später wurde er nach einem fulminanten Wahlsieg mit 38 Prozent Bundeskanzler. Solche Geschichten gibt es, aber die CDU hat keinen Sebastian Kurz. Friedrich Merz im dritten Anlauf? Nicht vorstellbar. Armin Laschet? Satire. Jens Spahn, der ewige Hoffnungsträger? Nach Corona und den Gerüchten um seinen privaten Immobilienkauf nicht geeignet, um eine lethargische Partei hochzureißen.

Vielleicht versteckt sich irgendwo in der dritten oder vierten Reihe der Union

noch ein Ausnahmetalent, von dem wir noch gar nichts wissen, da es bisher nicht aufgefallen ist. Sebastian Kurz war auch mal so einer. Bei internationalen Treffen christdemokratischer Jugendverbände sei der Österreicher oft allein mit seinem Bier herumgestanden, weil ihn die anderen für dröge hielten, erzählte jüngst ein früheres Vorstandsmitglied der Jungen Union. Heute ist Kurz ein Erfolgsmodell und Vorbild für eine moderne konservative Partei, die in der Neuzeit angekommen ist.

Carsten Linnemann, smarterer Chef der Mittelstandsvereinigung (MIT) der Union, könnte nach Meinung vieler Parteifreunde der Mann werden, der die CDU aus dem Tal der Tränen herausführt. Aber dazu müsste er endlich mal seinen Mut zusammennehmen und aufstehen und die unzufriedenen Parteifreunde zu einer politischen Kraft zusammenführen. Da gibt es jetzt ganz viele – doch nur am Tisch sitzen und zuhören sowie ab und zu ein paar gepflegte Worte einstreuen, das reicht jetzt nicht mehr aus.

Die Parteispitze muss gehen

Die CDU muss sich komplett neu aufstellen. Für kleine Korrekturen und ein oder zwei Bauernopfer ist die Lage zu desaströs. Natürlich muss Armin Laschet als Bundesvorsitzender zurücktreten, natürlich muss der gesamte Bundesvorstand der CDU zurücktreten, inklusive Generalsekretär Paul Ziemiak.

Und dann werden die Karten ganz neu gemischt – und zwar mit einem überzeugenden Anführer und vielen frischen Gesichtern, die die Bandbreite einer Volkspartei repräsentieren. Und dazu gehören ganz weit vorn auch die in den vergangenen Jahren arg gerupften Konservativen.

Die Alternative ist – siehe oben – das Schicksal der italienischen Christdemokraten.

Die jahrelange inhaltliche Aushöhlung der Partei durch die sogenannte „Modernisiererin“ Angela Merkel ist der Kern des Problems

● Klaus Kelle ist Publizist und Gastautor bei „Bayernkurier“, „Welt am Sonntag“ und „Focus online“. Zuletzt erschien sein Buch „Bürgerlich, christlich sucht...“. <https://the-germanz.de/>

BERLIN-WAHL

Die Abgestraften freuen sich

CDU mit geringen Zuwächsen – AfD fast halbiert – Giffey macht womöglich doch wieder Linksblock

VON NORMAN HANERT

O bwohl die Sozialdemokraten mit 21,4 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946 eingefahren haben, geht die SPD als Sieger aus den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hervor. Laut vorläufigem Endergebnis gewann die SPD die Wahl vor den Grünen (18,9 Prozent), CDU (18,1 Prozent) und Linkspartei (14 Prozent). Die FDP verbucht 7,2 Prozent der Stimmen, die AfD kommt nur noch auf acht Prozent.

Für die SPD ist rechnerisch damit eine Fortsetzung des Bündnisses mit Grünen und Linkspartei möglich, ebenso denkbar ist ein Dreierbündnis aus SPD, Grünen und CDU sowie eine sogenannte Deutschland-Koalition aus SPD, CDU und FDP. Im Wahlkampf hatte sich Franziska Giffey als SPD-Spitzenkandidat nicht auf ein Bündnis festgelegt und einen Politikwechsel angekündigt. Die Berliner Wähler konnten dies durchaus als Offenheit Giffey für eine Koalition mit CDU und FDP deuten.

Harte Verhandlungen voraus

Nach dem Wahltag kündigte Giffey indes an, sowohl mit Grünen und Linkspartei als auch mit CDU und FDP zu sprechen. Aussagen von SPD-Parteichef Raed Saleh lassen jedoch auf eine Abneigung gegen eine Koalition mit CDU und FDP schließen. Der dem linken Parteiflügel zugeordnete Saleh sagte, die SPD wolle einen „linken, pragmatischen Kurs“ fahren.

Beide Koalitionsvarianten sind für Giffey nicht risikolos. Bei einer „Deutschland-Koalition“ mit CDU und FDP müsste sie jederzeit mit Störfeuer vom weit linken Parteiflügel rechnen, der in der Berliner SPD besonders stark ist. Auch für eine Neuaufgabe des linksgrünen Bündnisses – aufgrund des Wahlergebnisses diesmal in veränderter Reihenfolge als Rot-Grün-Rot – müssten in der Startphase zunächst einmal Wunden geheilt werden. In den Monaten vor der Wahl hat es innerhalb des linksgrünen Bündnisses mitunter heftig geknirscht.

Mit Blick auf Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und Linkspartei sind bereits mehrere schwere Brocken sichtbar: Giffey hatte sich im Wahlkampf für eine Randbebauung des ehemaligen Flughafens



Mancherorts stundenlang ausgeharrt: Warteschlange vor einem Wahllokal in Berlin-Friedrichshain

Foto: pa

Tempelhof ausgesprochen sowie für eine Verlängerung der Stadtautobahn A100 im Berliner Südosten. Linke und Grüne lehnen beide Vorhaben vehement ab.

Als wesentlich pflegeleichterer Partner könnte sich die CDU erweisen. Wie auf Bundesebene und in Mecklenburg-Vorpommern erlebte die Union auch in Berlin ein Debakel. Mit 18,1 Prozent lag das Ergebnis nur knapp über dem Wert von 2016. Mit 17,6 Prozent hatte die Berliner CDU vor fünf Jahren ihr bisher schlechtestes Ergebnis überhaupt eingefahren. Spitzenkandidat Kai Wegner bewertete das Plus von einem halben Prozentpunkt dennoch als „starkes Ergebnis“. Grund zur Freude ist für Wegner der Umstand, dass die Berliner CDU im Unterschied zu den Bundestagswahlergebnissen der Union in der Hauptstadt zulegen konnte.

Der AfD ist es in Berlin nicht gelungen, von der Schwäche der Christdemokraten zu profitieren. Stattdessen ist die Partei sogar massiv eingebrochen. Die erzielten acht Prozent bedeuten ein Minus von mehr als sechs Prozentpunkten gegenüber 2016. Georg Pazderski, AfD-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, bezeichnete das Ergebnis als eine „veritable Katastrophe“.

Aus seiner Sicht trägt die Berliner Spitzenkandidatin Kristin Brinker eine Mitverantwortung für das miserable Ergebnis. Er sprach von einem Fehler, mit einer Spitzenkandidatin in den Wahlkampf zu ziehen, die ohne Erfahrung bei der Planung und Durchführung von Wahlkämpfen war und „die den meisten Berlinern auch völlig unbekannt geblieben ist“. Auch „das schwesterliche Verhältnis“ zum ehemaligen Flügel hat sich aus Sicht Pazderskis nicht ausgezahlt.

Anfechtungen wegen Chaos?

Enttäuschung herrscht ebenfalls bei den Freien Wählern, die den Einzug ins Berliner Landesparlament nicht erreicht haben. Noch kurz vor dem Wahltag hatte das Meinungsforschungsinstitut INSA die Freien Wähler in Berlin bei drei Prozent gesehen. Laut vorläufigem Endergebnis erzielten sie dann aber nur 0,8 Prozent, weniger als die Tierschutzpartei (2,2 Prozent), die Partei „Die Basis“ (1,3 Prozent) oder auch das „Team Todenhöfer“ mit einem Prozent. Marcel Luthe von den Freien Wählern quittierte das Ergebnis seiner Partei mit völligem Unverständnis: „Das kann überhaupt nicht sein.“ Er kündigte an, auf der Klärung von Unregelmäßigkeiten im Vorfeld der Wahl und am Wahltag zu bestehen und wies dabei auf ältere Menschen, chronisch Kranke und Schwerbehinderte hin, die nicht in der Lage gewesen seien, „stundenlang vor den Wahllokalen auszuharren“ und daher gar nicht wählen konnten. Tatsächlich sind am Wahltag massive Organisationsmängel aufgetreten, die wohl noch zum Anlass für Wahlanfechtungen werden. Es wurde offensichtlich, dass einige Berliner Bezirke damit überfordert waren, gleichzeitig eine Bundestagswahl, die Berlin-Wahl und Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen zu organisieren.

Abstimmen konnten die Berliner zudem noch über einen Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen. Deutlich mehr als 50 Prozent der Wähler votierten für die Enteignungsinitiative. Als Regierende Bürgermeisterin übernimmt Franziska Giffey damit einen Auftrag der Wähler, den sie selbst ablehnt. Giffey kündigte nun allerdings an, das Ergebnis des Volksentscheids zu respektieren. „Es ist ein Appell an den Senat, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten“, so Giffey zum Enteignungsentscheid.

Abstimmen konnten die Berliner zudem noch über einen Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen. Deutlich mehr als 50 Prozent der Wähler votierten für die Enteignungsinitiative. Als Regierende Bürgermeisterin übernimmt Franziska Giffey damit einen Auftrag der Wähler, den sie selbst ablehnt. Giffey kündigte nun allerdings an, das Ergebnis des Volksentscheids zu respektieren. „Es ist ein Appell an den Senat, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten“, so Giffey zum Enteignungsentscheid.

UMBENENNUNG

Attacke auf Deutschlands Befreier

Kreuzberger Grüne wollen Namen von Helden der Befreiungskriege aus dem Straßenbild tilgen

Straßenumbenennungen sind ein gern praktiziertes Politikfeld der Berliner Grünen. Nachdem im „afrikanischen Viertel“ in Berlin-Wedding bereits einige Straßen gegen den erbitterten Widerstand der Bürger umbenannt worden waren, soll nun in Berlin-Kreuzberg gleich ein gutes Dutzend Straßennamen „weggesäubert“ werden. Rund 20.000 Kreuzberger, die im sogenannten „Generalszug“ wohnen, sind betroffen.

Es sind Straßennamen, die in Erinnerung an die Befreiungskriege ihren Namen erhalten haben. Dazu zählen: Yorckstraße, Blücherstraße, Blücherplatz, Hornstraße, Möckernstraße, Gneisenaustraße, Katzbachstraße, Hagelberger Straße, Großgörschenstraße, Großbeerstraße, Eylauer Straße und Obentrautstraße. Mit den Stimmen der Mehrheit von Grünen, SPD und Linkspartei wurde die Be-

schlussvorlage „DS/1154/V“ noch kurz vor den Wahlen durchgewinkt. Die Straßennamen gibt es dort seit 157 Jahren.

In dem Beschluss heißt es, es gehe um die „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“, und es ist von einem Diskurs die Rede. Mit Volksabstimmungen und Bürgerbefragungen haben die Grünen indes schlechte Erfahrungen gemacht, wie das Beispiel Treitschkestraße in Berlin-Zehlendorf gezeigt hat, wo die Anwohner befragt wurden und die Umbenennung ablehnten.

Bevölkerung wohl dagegen – egal

Werner Heck (58), kulturpolitischer Sprecher der Kreuzberger Grünen, ist der Mann hinter dem Beschluss. Gönnerhaft verspricht er zum Kreuzberg-Denkmal: „Nein, ich kann Ihnen versprechen, wir werden das Denkmal nicht sprengen!“ Der Histori-

ker Hanns Löhr (60) ist empört: „Die Grünen-Fraktion im Kreuzberger Rathaus will eine Entscheidungsgrundlage herbeireden, um später dann die Umbenennung per Dekret zu beschließen.“

Er stellt fest, dass es gar keinen Wunsch in der Bevölkerung gebe, preußische Generäle aus den Straßenschildern auszumerzen. Aber schon im afrikanischen Viertel in Wedding hatte sich gezeigt, dass die Grünen sich in derartigen Fragen nicht um Bürgerinteressen kümmern. CDU und AfD sind zwar nur schwach in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten, könnten aber von ihrem Widerstand gegen das Umbenennungsprojekt profitieren.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung, Timur Husein, Sohn einer Kroatin und eines Türken: „Wer seine Geschich-

te vergisst, weiß nicht mehr, wer er ist und weiß auch nicht, wohin er in Zukunft gehen soll. Zum einen tragen die Straßen teilweise über 150 Jahre ihren Namen, und als Konservativer denke ich, sollte man gute Traditionen bewahren. Auch nicht ganz unwesentlich: Diese Generäle haben ja damals gegen die französische Besetzung gekämpft, also für die Freiheit der Preußen. Und aus all diesen Gründen halte ich es für falsch, die preußischen Generäle aus unseren Straßennamen zu tilgen.“

Sybille Schmidt, Fraktionschefin der örtlichen AfD, ist auch deshalb empört, weil das betroffene Stadtviertel früher Deutschlands größte Künstlerkolonie gewesen war, die mit den Straßennamen verbunden sei. Aber von den Lifestyle-Grünen sei nichts anderes zu erwarten, so Schmidt. Frank Bücker

KOLUMNE

Ökomüll

VON VERA LENGSELD

Am Freitag vor der Wahl bekamen die Grünen noch mal kräftige Unterstützung der „Fridays for Future“-Bewegung (FFF). Der „Klimastreik“ fand in zahlreichen Städten statt, aber nach Berlin kam Greta Thunberg, die Gründerin. Auf ihrer Website bezeichnet sich FFF als eine globale soziale Bewegung, ausgehend von Schülern und Studenten, welche sich für möglichst umfassende, schnelle und effiziente Klimaschutz-Maßnahmen einsetzt.

Was die Medien verschweigen ist, dass sie zumindest in Deutschland eine Vorfelddorganisation der Grünen ist. Luisa Neubauer und andere maßgebliche Aktivistinnen sind Mitglieder der Partei. Um den Effekt des „Klimastreiks“ noch zu verstärken, begann Tage zuvor eine Handvoll Aktivistinnen einen Hungerstreik vor dem Kanzleramt. Allerdings hatte der weniger Publizität als erhofft und wurde vorzeitig abgebrochen, als SPD-Kanzlerkandidat Scholz sich zu einem Gespräch bereit erklärte.

Am Freitag berichteten alle Berliner Medien von morgens bis abends von der FFF-Aktion. Erwartungsfroh wurde praktisch im Minutentakt bekannt gegeben, wo sich die ersten Demonstranten versammelten. Wer noch unentschieden war, ob er sich beteiligen sollte und vor allem wo, wurde von den öffentlich-rechtlichen wie den privaten Medien über die Treffpunkte unterrichtet, oder wo man sich in einen der Züge noch einreihen könnte.

Wie unkritisch, ja servil die Berichterstattung ausfiel, belegt ein Beispiel in der Friedrichshainer Sonntagstraße. Dort hatten Aktivistinnen ein fußläufergroßes Rollrasenstück ausgelegt und mit einer eingetopften Palme dekoriert. „Der kleinste Park Berlins“ wurde von den Medien bejubelt. Thunberg erschien höchstselbst, um diesen „Park“, der auf ihren Namen getauft wurde, einzuweihen. Die Aktion sollte angeblich dafür werben, dass mehr Bäume in Berlin gepflanzt werden. Aber selbst eine Greta-Thunberg-Eiche zu pflanzen war den Klimakämpfern offensichtlich zu anstrengend. Ebenso wenig kümmerte sie der Müll, den sie nach Ende ihres Protestes auf den Berliner Straßen und Plätzen hinterließen. Aufräumen musste die geächtete Dieseltechnik.

MELDUNG

QR-Code statt Impfpass

Berlin – Der Berliner Senat verlangt zum Nachweis einer Corona-Impfung nunmehr einen QR-Code. Dieser sei künftig für Lokale und Veranstaltungen erforderlich, um unter die 2G-Regel zu fallen. Begründung: Um Fälschungen bei einem Impfnachweis zu verhindern, soll der Nachweis „digital verifizierbar“ sein. Der gelbe Impfpass gilt nicht mehr. Beispielsweise können Restaurants, die auf Corona-Einschränkungen verzichten wollen, um mehr Gäste bewirten zu können, künftig die 2G-Regel anwenden. Nur noch Geimpfte und Genesene werden eingelassen. Manche Gastronomen erhoffen sich dadurch mehr Gäste. Christian Gaebler (SPD), Chef der Senatskanzlei: „Man muss kein Smartphone haben, aber zumindest eine Bescheinigung mit einem QR-Code ausgedruckt dabei haben.“ F.B.

● MELDUNGEN

Entschädigung für Impffolgen

Stockholm – Die schwedische Regierung hat am 9. September ein neues Gesetz beschlossen, welches zum 1. Dezember in Kraft treten soll und vorsieht, dass der Staat finanziell einspringt, wenn die Svenska Läkemedelsförsäkringen AB (Schwedische Arzneimittelversicherungs AG) keine ausreichenden Entschädigungen bei Corona-Impfschäden gewährt. Dies geschah in Reaktion auf die Entscheidung der Assekuranz vom Dezember 2020, die Haftungssumme bei Serienschäden infolge von Massen-Impfungen während einer Pandemie zu begrenzen. Durch das Gesetz, das auch rückwirkend gilt, sollen Betroffene finanziell so gestellt werden wie alle sonstigen Arzneimittelgeschädigten in Schweden auch. Dabei ist sich die sozialdemokratische Gesundheits- und Sozialministerin Lena Hallengren sicher, dass der Staat hier nur selten aktiv werden müsse. Deshalb wurden für 2022 auch nur lediglich zehn Millionen Kronen (rund eine Million Euro) im Haushalt eingeplant. W.K.

Statt GB mit UK in die EU

London – Eine kleine Brexit-Spitze der britischen Regierung gegen die EU sorgt derzeit unter Autofahrern auf der Insel für Ärger. Wer künftig aus Großbritannien und Nordirland mit dem Auto auf den Kontinent übersetzen will, benötigt einen Aufkleber mit dem Kürzel UK für „United Kingdom“ (Vereinigtes Königreich). Bislang reichte das Kürzel GB für „Great Britain“, das seit über 100 Jahren Fahrzeuge aus Großbritannien auf Nummernschildern definierte. Anders als die traditionelle Bezeichnung „Großbritannien“, die geographisch nur für die Insel mit England, Wales und Schottland steht, umfasst der Staatsname United Kingdom auch Nordirland. Da die Briten befürchten, dass Brüssel einen Keil zwischen sie und Nordirland treiben will, werden neue Nummernschilder zukünftig als Zeichen des nationalen Widerstands gegen Brüssel das Kürzel UK tragen. Wer dieses noch nicht besitzt und ins Ausland fahren möchte, muss extra einen UK-Sticker auf sein Auto kleben. tws

Machtkampf in der Ukraine

Kiew – Zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und dem Parlamentschef Dmytrij Rasumkow treten immer offener Differenzen zutage. Der Kampf gegen die Oligarchie spielt dabei eine große Rolle. Wegen Gerüchten über die Bestechung von Abgeordneten hatte Rasumkow Ermittlungen gegen diese gefordert. Seiner Ansicht nach müssten die Antikorruptionsbehörden diese Informationen überprüfen. In der Rada liegt derzeit jedoch ein vom Präsidialamt eingebrachter Gesetzesentwurf vor, wonach der nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat (SNBO) bestimmen darf, wer als Oligarch zu gelten hat. Dagegen erhebt Rasumkow Einspruch, da der SNBO kein gewähltes Organ ist, sondern der Präsident über dessen Zusammensetzung bestimmt. Beobachter glauben, dass Rasumkow sich von Selenskij zu lösen versucht, um selbst in den Vordergrund zu drängen. MRK

AUSTRALIEN

Torpediertes Geschäft

Der U-Boot-Deal der Australier mit den USA und Großbritannien – China warnt vor neuem Kaltem Krieg

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Verhältnis zwischen der Volksrepublik China und Australien hat sich in letzter Zeit kontinuierlich verschlechtert. Verantwortlich hierfür ist sowohl die aggressive Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik Chinas als auch die ständige Brückierung Pekings durch eine sehr ungeschickt polternde australische Diplomatie seit dem Machtantritt der konservativ-liberalen Regierung von Scott John Morrison. Deshalb hielt die Letztere nun die Zeit für gekommen, die strategische Situation im indopazifischen Raum neu zu bewerten. Im Ergebnis dessen schloss Australien einen Pakt mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien, der unter Bezug auf die englischen Abkürzungen für die Namen der involvierten Länder die Bezeichnung AUKUS trägt.

Kernstück dieser Sicherheitspartnerschaft ist die amerikanisch-australische

Kooperation auf dem Rüstungssektor, welche Australien künftig zu Hyperschallwaffen, innovativen militärischen Cyber-Systemen und mindestens acht nukleargetriebenen Unterseebooten verhelfen soll. Damit könnte das Commonwealth of Australia nach den USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, China und Indien das siebte Land der Welt sein, das über Atom-U-Boote verfügt. Die am 15. September getroffenen Vereinbarungen haben indes mannigfache Konsequenzen, die man in Canberra, London und Washington möglicherweise nicht ausreichend bedacht hat.

„Dolchstoß in den Rücken“

Angesichts des chinesischen Expansionsdranges ist es nachvollziehbar, wenn auch die Royal Australian Navy über hochleistungsfähige U-Boote verfügen soll, welche die Marine der Volksrepublik im Notfall effektiv in Schach halten können. Allerdings hat die Regierung Morrison am

5. März 2019 einen Vertrag mit Frankreich unterzeichnet, der die Lieferung von zwölf Einheiten der geplanten australischen Attack-Klasse im Wert von insgesamt 35 Milliarden Euro vorsah. Damals legte Canberra größten Wert darauf, dass die eigentlich nukleargetriebenen französischen Unterseeboote konventionelle Antriebe erhalten. Das heißt, es erfolgte nun eine Kehrtwende um 180 Grad, was in Paris wütende Proteste auslöste.

Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian beklagte die „brutale, unvorhersehbare Entscheidung“ und sprach im Interview mit dem Radiosender France Info von einem „Dolchstoß in den Rücken“, der an den Politikstil von Präsident Joe Bidens Amtsvorgänger Donald Trump erinnere. Ferner äußerte er in gemeinsamen Erklärungen mit Verteidigungsministerin Florence Parly Kritik an der stillschweigenden Übereinkunft, einen so wichtigen Verbündeten und europäischen Partner wie Frankreich aus der neuen

strategischen Allianz im Indopazifik auszuschließen. Und tatsächlich liegen dort französische Übersee-Departements mit zwei Millionen Einwohnern, in denen 7000 französische Soldaten stehen.

EU trauert mit den Franzosen

Besonders verärgert zeigte man sich in Paris über den Umstand, dass Washington und Canberra geschlagene 18 Monate über das U-Boot-Geschäft verhandelt hatten, ohne darüber auch nur ein Sterbenswörtchen verlauten zu lassen – selbst als die Franzosen kürzlich nachfragten, ob ein Atomtrieb nicht vielleicht doch die bessere Option sei. Die US-Seite hegte wohl den Irrglauben, die Australier würden Paris schon früh genug über ihren Sinneswandel in Kenntnis setzen. Ungeachtet dessen reagierte Macron auf den „Vertrauensbruch“ mit dem Abzug der Botschafter aus beiden Ländern.

Die Europäische Union gibt sich nun gleichfalls desillusioniert: „Etwas ist zerbrochen in den transatlantischen Beziehungen“, konstatierte der unter anderem für Verteidigung zuständige EU-Kommissar Thierry Breton gegenüber der „Financial Times“, wonach er es als „gute Idee“ bezeichnete, über die „Neuausrichtung der Partnerschaft“ mit den AUKUS-Staaten nachzudenken. Ebenso wenig erfreut waren Malaysia und Indonesien, zwei wichtige Verbündete von Australien, die man auch nicht vorab informiert hatte.

Naheliegenderweise fiel die Reaktion Pekings auf den neuen amerikanisch-britisch-australischen Pakt gänzlich ablehnend aus, obwohl die Volksrepublik in den trilateralen Erklärungen nirgendwo explizit Erwähnung fand: Die AUKUS-Staaten sollten „keinen ausgrenzenden Block bilden“ und „ihre Mentalität des Kalten Krieges samt ihrer ideologischen Vorurteile ablegen“.

Es steht zu erwarten, dass China nun gezielte rüstungs- und wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen ergreift, welche vor allem zulasten Australiens gehen. Ob Canberra darauf adäquat reagieren kann, ist fraglich – vor allem, wenn die Biden-Administration wieder einmal beschließen sollte, eine verbündete Macht im Stich zu lassen.



Nicht gut genug für Australien: Ein französisches Jagd-U-Boot der Rubis-Klasse aus der die Attack-Klasse entwickelt werden sollte

FERNOST

Asiatische Handelsfront gegen China

Aus Furcht vor einer chinesischen Dominanz kooperiert jetzt Vietnam mit dem einstigen Gegner Japan

Eigentlich trennen Japan und Vietnam Welten. Und das nicht nur hinsichtlich unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, sondern auch, weil Japan während des Zweiten Weltkriegs Besatzungsmacht in Vietnam war. Angesichts der Besorgnis über den wachsenden militärischen Einfluss Chinas haben sich die beiden Länder nun aber auf eine engere Zusammenarbeit geeinigt und ein Abkommen unterzeichnet, das den Export von in Japan hergestellter Verteidigungsausrüstung und -technologie nach Hanoi ermöglicht.

Laut Japans Verteidigungsminister Nobuo Kishi hebt das Abkommen die Verteidigungspartnerschaft der beiden Länder „auf eine neue Ebene“. Japan und Vietnam planen auch, die Verteidigungsbeziehungen durch gemeinsame multinationale Militärübungen zu vertiefen. Einzelheiten über den Transfer von spezifischer Ausrüstung, einschließlich Marineschiffen, werden in späteren Gesprächen ausgearbeitet, so das japanische Verteidi-

gungsministerium. Chinas Außenminister Wang Yi, der sich zur selben Zeit in Vietnam aufhielt, forderte den südlichen Nachbarn indessen auf, den Streit über die Seegrenzen nicht zu vergrößern.

Zum Abschluss seines Besuchs erklärte der chinesische Diplomat, dass Peking drei Millionen Dosen seines Impfstoffs gegen das Coronavirus an Vietnam spenden wolle. Außerdem sagte er, China und Vietnam sollten von einseitigen Aktionen im Südchinesischen Meer absehen, weil das die Situation verkomplizieren und die Meinungsverschiedenheiten verschärfen könnte. Vietnam hat Gebietsstreitigkeiten mit China über die Inselgruppen Spratly und Paracel.

Das chinesische Impfdosen-Angebot kommt zwei Wochen, nachdem US-Vizepräsidentin Kamala Harris nach Vietnam gereist war. Während des Besuchs forderte Harris die betroffenen Länder auf, sich Chinas „Mobbing“ im Südchinesischen Meer zu widersetzen.

In Anspielung auf das zunehmend selbstbewusste Auftreten Chinas in den umstrittenen Gewässern erklärte das japanische Verteidigungsministerium, Kishi und sein vietnamesischer Kollege General Phan Van Giang seien sich über die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Navigations- und Überflugfreiheit in der indopazifischen Region sowie über die Zusammenarbeit in verschiedenen Verteidigungsbereichen, einschließlich der Cybersicherheit, einig gewesen. So habe Kishi Japans entschiedene Ablehnung „jeglicher einseitiger Versuche, den Status quo durch Zwang zu ändern, oder jeglicher Aktivitäten, die die Spannungen verschärfen“, zum Ausdruck gebracht.

Konflikte mit China um Inseln

China hat territoriale Streitigkeiten mit fast allen Nachbarstaaten. Diese Streitigkeiten sind die Folge eines immer ungebremster werdenden Expansionsstrebens. Mit Vietnam kam es deswegen

schon einmal zu einem Grenzkrieg in den 1980er Jahren. Auch Japan und China sind in einen Territorialstreit verwickelt. Tokio protestiert regelmäßig gegen die Präsenz der chinesischen Küstenwache im Ostchinesischen Meer in der Nähe der von Japan kontrollierten Senkaku-Inseln, die Peking ebenfalls beansprucht und Diaoyu nennt. Nach Angaben japanischer Beamter verletzen chinesische Schiffe routinemäßig die japanischen Hoheitsgewässer um die Inseln und bedrohen mitunter Fischerboote.

Vietnam ist bereits das elfte Land, mit dem Japan ein Abkommen über den Transfer von Verteidigungsgütern und -technologien unterzeichnet hat. Tokio ist bestrebt, die militärische Zusammenarbeit über seinen langjährigen Verbündeten, die Vereinigten Staaten, hinaus auszuweiten und hat inzwischen ähnliche Abkommen mit Großbritannien, Australien, den Philippinen und Indonesien unterzeichnet. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Geht es nach dem Willen der Demonstranten, die sich zwei Tage vor der Bundestagswahl im Berliner Regierungsviertel zu einem „Klimastreik“ versammelten, dann kann es für die nächste Bundesregierung kein wichtigeres Thema als die ökologischen und sozialen Folgen einer „Erderhitzung“ geben. In anderen Teilen Europas deutet sich allerdings eine völlig andere Entwicklung an. In mehreren Ländern sind die Versorgungssicherheit und vor allem die Bezahlbarkeit von Energie zu Top-Themen geworden.

Demonstrationen in Spanien

In ganz Spanien sind in den vergangenen Monaten immer wieder Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die drastisch gestiegenen Energiepreise zu demonstrieren. Im Mai hatte eine Megawattstunde im Schnitt noch einen Großhandelspreis von 65 Euro gehabt. Seit dem Frühsommer ist der Preis auf 172 Euro geklettert. Die linke Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Pedro Sánchez sah sich angesichts dieser Preisentwicklung inzwischen dazu gezwungen, die Energieversorger per Dekret zu einer Senkung der Strompreise zu zwingen.

Experten nennen gleich mehrere Gründe für den rasanten Anstieg der Strompreise in Spanien. Neben den gestiegenen Kosten für Kohlendioxid-Zertifikate treibt auch der stark angezogene Gaspreis die Stromrechnung der Privathaushalte in die Höhe. Dazu kommt die Wirkung des Auktionsmodells, mit dem in Spanien der Strompreis ermittelt wird. Bei den täglichen Versteigerungen bestimmt die Tranche mit dem höchsten Gebot den Preis für den gesamten Strommarkt.

Kostenerleichterungen in Italien

Auch Italiens Regierung hat angesichts stark gestiegener Strom- und Gaspreise den Verbrauchern Kostenerleichterungen in Aussicht gestellt. Auf einer Veranstaltung der Industrievereinigung Confindustria kündigte Ministerpräsident Mario Draghi an, dass im letzten Quartal dieses Jahres ein Teil der Gasrechnung nicht bezahlt werden müsse. Nach den Vorstellungen Draghis sollen Familien und Kleinunternehmen auch Teile der Stromrechnung erlassen werden. Geringverdienere können zudem auf einen höheren Zuschuss für die Energiekosten hoffen. Für Italiens Staatshaushalt bedeuten die Pläne Draghis eine Belastung von mehr als drei Milliarden Euro.

Energiekrise in Großbritannien

In Großbritannien haben die hohen Gaspreise inzwischen sogar zu einer ausgewachsenen Energiekrise geführt, die für



In vielen Städten protestierten Spanier gegen die rasant steigenden Strompreise: Demonstration in Madrid

„KLIMAPOLITIK“

Europa drohen Energie-Revolten

Steigende Strom- und Gaspreise bringen die Regierungen von Deutschlands europäischen Nachbarn in Zugzwang

immer mehr Branchen der Volkswirtschaft Folgen hat. Laut dem Branchenverband Oil & Gas UK sind die Großhandelspreise für Erdgas seit Januar um 250 Prozent gestiegen.

Angesichts der hohen Energiepreise hat der Düngemittelhersteller CF Industries in zwei Fabriken in Großbritannien den Betrieb vorerst eingestellt. Bei der Düngemittelproduktion fällt Kohlendioxid als Nebenprodukt an. Durch die zeitweise Stilllegung der Düngemittelwerke von CF Industries mangelt es nun an Kohlendioxid zur vakuumversicherten Verpackung von Lebensmitteln, insbesondere von Fleischprodukten. Deshalb warnt die britische Lebensmittelindustrie inzwischen vor Versorgungsproblemen in Supermärkten und der Gastronomie.

Trotz des Brexits kann die Energiekrise in Großbritannien als Warnsignal für die EU gesehen werden. Bislang galt das Vereinigte Königreich nämlich als

Vorreiter bei der Energiewende. Zumindest bisher sahen die „Klimapläne“ von Premierminister Boris Johnson vor, in Großbritannien schon bis Oktober 2024 vollständig auf Kohle zur Stromerzeugung zu verzichten. Wie die EU-Kommission strebt auch die britische Regierung bis 2050 eine „Treibhausgasneutralität“ an. In diesem Jahr hat eine sommerliche Flaute aber dazu geführt, dass die Stromgewinnung durch Windkraft hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Parallel sind die Weltmarktpreise für Erdgas massiv gestiegen. In dieser Situation waren es die verpönten Kohlekraftwerke, die in Großbritannien einen Zusammenbruch der Stromversorgung verhindert haben.

Steuererleichterung in Frankreich

Welche politische Brisanz in hohen Energiekosten steckt, hat sich 2018/2019 in Frankreich bei der Gelbwestenbewegung gezeigt. Auslöser der Protestbewe-

gung waren Pläne von Präsident Emmanuel Macron, zur Finanzierung der Energiewende fossile Kraftstoffe, insbesondere Diesel, stärker zu besteuern. Frankreichs Regierung sah sich letztlich gezwungen, auf einen Teil der Forderungen der Gelbwesten einzugehen. Beschlossen wurden unter anderem Steuererleichterungen für Rentner, eine Erhöhung des Mindestlohnes und die Rücknahme der Steuererhöhungen auf Kraftstoffe.

Strompreisrevolte in Bulgarien

Auch in Bulgarien mündeten steigende Strompreise im Jahr 2013 in eine „Strompreisrevolte“, die am Ende sogar zum Rücktritt des damaligen Regierungschefs Boiko Borissov führte. Mit ihrer „Klimapolitik“, die faktisch auf eine massive Verteuerung von Energie hinausläuft, riskiert die EU-Kommission, dass Energievolten wie in Frankreich und Bulgarien künftig ein gesamteuropäisches Problem werden.

DIGITALSTEUER

„Das ist in gewisser Weise unehrlich“

Die viel umjubelte G20-Einigung wird Deutschland kaum zusätzliche Steuereinnahmen bringen

Jahrelang haben Politiker jeder Couleur die Einführung einer „Online-Steuer“ gefordert. Konzerne sollten in dem Land versteuern müssen, wo sie Geschäfte machen. Eigentlich wollte die Kommission der Europäischen Union im Juli Vorschläge vorlegen, wie eine mögliche europäische Digitalsteuer aussehen könnte. Doch nach der G20-Einigung auf eine globale Mindeststeuer hat die Brüsseler Behörde die Pläne für eine Digitalsteuer zurückgestellt.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz sprach euphorisch von einem kolossalen Fortschritt. „Die Sache ist jetzt auf dem Gleis“, sagte er. Es sei auf internationaler Bühne der größte Durchbruch in den vergangenen 20 Jahren. Für Deutschland

werde die Vereinbarung am Ende mehr Steuereinnahmen bedeuten.

Doch de facto wird Deutschland von der globalen Mindestbesteuerung der großen Konzerne in Höhe von 15 Prozent kaum etwas abbekommen. Diese ernüchternde Feststellung traf kürzlich das „Netzwerk Steuergerechtigkeit“, das für das ZDF recherchierte. Es sei zwar ein Erfolg der Reform, dass Steueroasen wie Bermuda oder Cayman Islands künftig trockengelegt werden, „aber man muss offen sagen, dass dieser große Sieg gegen die Steueroasen tatsächlich mit großen Abstrichen bei der gerechten Besteuerung der Digitalkonzerne erkaufte wurde“, teilte Christoph Trautvetter, Steuerexperte beim Netzwerk, mit. „Das ist in gewisser Weise unehrlich.“

Das von Trautvetter aufgeführte Beispiel des Streamingdienstes Netflix ist ernüchternd. Das Medienunternehmen hat allein in Deutschland im letzten Jahr eine Milliarde Euro Umsatz und fast 140 Millionen Euro Gewinn gemacht. Gezahlt hat es lediglich etwa 250.000 Euro Steuern. Dies entspricht einer Steuerquote von nur 0,2 Prozent. „Treten die Beschlüsse der G20-Staaten wie derzeit geplant in Kraft, ändert sich für Netflix fast nichts. Die Steuerquote würde nach unseren Berechnungen nur marginal steigen, von 0,2 auf 0,3 Prozent“, sagt Trautvetter.

Insgesamt könnten die großen Konzerne laut Berechnungen des Steuernetzwerkes rund 260 Millionen Euro mehr zahlen. Dies seien „Peanuts“ angesichts der Um-

sätze von Apple, Facebook, Google und Co. Das Problem ist, dass gemäß der neuen Regelung nur ein Teil des sogenannten Residualgewinns besteuert wird. Das ist der Teil des Gewinns, der nach Abzug der Kapitalkosten verbleibt. Und da die Unternehmen durchaus findig sind, wird es relativ schwierig für die deutschen Finanzbehörden sein, die genaue Höhe zu ermitteln.

Die Organisation afrikanischer Steuerbehörden ATAF hatte übrigens vorgeschlagen, dass der gesamte Residualgewinn umverteilt wird. Nach diesem Modell müssten die Internetriesen hierzulande gut 1,3 Milliarden Euro zusätzlich zahlen. Doch dafür fand sich in den G20-Reihen keine Mehrheit. Und die EU sieht keinen Handlungsbedarf mehr. *Peter Entinger*

● MELDUNGEN

Windindustrie klagt 21 Mal

Kiel – Nach jahrelangem Tauziehen beschloss die Jamaika-Koalition in Kiel Ende 2020 neue Regionalpläne für die Windenergie in Schleswig-Holstein. Damit steht fest, wo künftig Windräder gebaut werden können. 2015 hatte das Oberverwaltungsgericht die Regionalpläne wegen Rechtsfehlern gekippt. Daraufhin verhängte die Landesregierung ein Moratorium für Neubauten. Dennoch ging der Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein durch Ausnahmegenehmigungen voran. Die aktuellen Regionalpläne legen einen Abstand von 1000 Metern neuer Windkraftanlagen von Siedlungen fest, der jedoch nicht für Repowering-Projekte (Kraftwerkserneuerung) gilt. Ausgewiesen wurden 344 Vorranggebiete auf 32.000 Hektar, etwa zwei Prozent der Landesfläche. Gegen die neuen Regionalpläne gingen bereits 21 Klagen vonseiten der Windindustrie und „führenden politischen Bundesparteien“ ein. Die Klagen richten sich gegen die Mindestabstände sowie den Ausschluss geeigneter Flächen aus der Windkraftnutzung. *D.J.*

OECD warnt vor Inflation

Paris – Die Industriestaaten-Organisation OECD hat ihre Inflationsprognose für die G20-Länder angehoben. Nach Angaben der OECD ist damit zu rechnen, dass die Folgen der Pandemie für das Preisgefüge auch 2022 noch zu spüren sein werden. Zum Ende des Jahres erwartet die Organisation in den G20-Ländern Preise von 4,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. Für das Gesamtjahr 2021 rechnet die OECD mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2022 geht die Organisation von einem Preisanstieg von 3,9 Prozent aus. Gegenüber einer Einschätzung aus dem Mai hat die Industriestaaten-Organisation damit ihre Inflationsprognose für das kommende Jahr um einen halben Prozentpunkt angehoben. Ungeachtet dieser Prognose rät die OECD angesichts großer Risiken für den Aufschwung nach der Corona-Krise, dass die Europäische Zentralbank an ihren Konjunkturhilfen festhält. *N.H.*

Vereinigung rückt näher

Moskau – Nach ihrem Treffen in Moskau traten Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko vor die Presse, um als Früchte ihrer Zusammenarbeit die Bündelung ihrer Kräfte in zentralen Wirtschaftsbereichen zu erklären. Künftig sollen zentrale Punkte der Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Kreditpolitik sowie die Steuersysteme und das Zollwesen zwischen Russland und Weißrussland aufeinander ausgerichtet werden. Mit der Aussage, die Integrationsbestrebungen seien ein Vorbild für den gesamten postsowjetischen Raum und könnten im Rahmen der Eurasischen Union erweitert werden, verabschiedet Lukaschenko sich zugleich von bilateralen Beziehungen mit dem Westen. Putin, der vor einem Jahr Lukaschenko vor dem Sturz rettete, sagte diesem Milliardenkredite sowie Preisgarantien für Erdgas zu. Künftig ist auch eine engere militärische Zusammenarbeit möglich. *MRK*

KOMMENTARE

Berlin als Lachnummer

NORMAN HANERT

Dass Berlins Verwaltung weder Bürgerämter noch Kfz-Zulassungsstellen so organisieren kann, dass es zu keinen langen Wartezeiten kommt, ist für die Bewohner der deutschen Hauptstadt keine neue Erfahrung. Seit dem letzten Wahlsonntag ist die Überforderung der Verwaltung nun zu einem Thema geworden, über das in ganz Deutschland und sogar international gesprochen wird. Bereits am Sonntagvormittag gab es erste Berichte über falsche Stimmzettel und lange Wartezeiten vor den Wahllokalen. Im Laufe des Tages steigerte sich dann das Wahlchaos noch.

In einzelnen Wahllokalen gingen die Wahlzettel aus, ohne dass zeitnah Nachschub organisiert werden konnte. Vor Wahllokalen bildeten sich Warteschlangen, die mehrere hundert Meter lang waren. Zum Teil dauerte es Stunden, bis Wahlberechtigte endlich ihre Stimme abgeben konnten.

Selbst als nach 18 Uhr bereits erste Hochrechnungen zur Bundestagswahl über die Bildschirme gingen, warteten

vor einigen Berliner Wahllokalen noch immer Bürger, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen zu können. Der Wahltag hat deutlich gemacht, dass Berlins Verwaltung offensichtlich nicht in der Lage ist, zeitgleich eine Bundestagswahl, Wahlen zum Landesparlament und zu den zwölf Bezirksparlamenten sowie eine Abstimmung über einen Volksentscheid zufriedenstellend zu organisieren.

Am Montag nach der Wahl blieb Landeswahlleiterin Petra Michaelis viele Antworten zum Wahl-Chaos schuldig. Passen musste die Juristin auch bei der wichtigen Frage, ob die Wahl in Berlin sogar wiederholt werden muss.

„Das kann ich noch nicht sagen“, so Berlins Landeswahlleiterin.

Berechtigt wies sie auf die Rolle der bezirklichen Wahlämter hin, denen gegenüber sie als Landeswahlleiterin kein Weisungsrecht habe.

Tatsächlich ist die hohe Selbstständigkeit der Bezirke, die es beispielsweise im Stadtstaat Hamburg so nicht gibt, ein wichtiger Faktor des Berliner Verwaltungsproblems.

Verratene Befreier

MANUEL RUOFF

In Berlin-Kreuzbergs sogenanntem Generalszug sollen die nach Generalen der Befreiungskriege benannten Straßen umbenannt werden. Begründet wird der rot-rot-grüne Beschluss mit „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“.

Und was ist dann mit Nikolai Bersarin? Der erste Berliner Stadtkommandant nach dem Zweiten Weltkrieg und Kommandeur der sowjetischen Garnison in Berlin war auch General, und nach dem Ehrenbürger Berlins sind sowohl der Bersarinplatz als auch die Nikolai-E.-Bersarin-Brücke benannt. Pikanterweise ist es gerade das linke Lager, das sich für derlei Ehrungen des Rotarmisten einsetzt. Aber die alliierten Soldaten des Zweiten Weltkriegs gelten ja mittlerweile per se als Befreier, auch wenn sie halfen, auf deutschem Boden eine Fremdherrschaft zu begründen – wie beispielsweise Bersarin.

Wirkliche Befreier waren hingegen die Befreiungskrieger der napoleonischen Zeit. Generale wie Yorck von Wartenburg oder Gneisenau setzten sich nicht nur tatkräftig ein für die Befreiung Deutschlands von der französischen Fremdherrschaft, sondern vor den Befreiungskriegen bereits für die Beendigung des sinnlosen Vergießens deutschen Blutes an der Seite Frankreichs in Napoleons Russlandfeldzug.

Den antideutschen Grünen, denen ein selbstbestimmtes Deutschland als vermeintliche Fortsetzung des von ihnen gefürchteten „deutschen Sonderwegs“ ein Graus ist und die einer Beteiligung an den Kriegen der Westmächte das Wort reden, mag dieses Tun ein zusätzlicher Grund sein, die Generale abzulehnen. Den Linken hingegen, die „out of area“-Einsätze der Bundeswehr im Rahmen von EU und NATO ebenso ablehnen wie Russland-Bashing, sollte dies Anlass sein, ihr Urteil über die Befreiungskrieger noch einmal zu überdenken.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Aus DDR-Zeiten prangt sie noch immer im Hauptgebäude der Humboldt-Universität: Karl Marx' elfte Feuerbach-These

KOLUMNE

Feinde des Geistes

FLORIAN STUMFALL

Das es nach der 16-jährigen unseligen Ära Merkel auch um die Meinungsfreiheit in Deutschland schlecht bestellt ist, das pfeifen manche Spatzen von den Dächern. Seit 1949 durfte es im Westen des Landes und seit 1989 auch im Osten keine Regierung wagen, derart in das von der Verfassung verbrieft Grundrecht einzugreifen, wie es die scheidende Kanzlerin getan hat. Doch auch der Blick in die Zukunft ist verdüstert. Denn die Gleichung: „Merkel fort – Meinungs- und Redefreiheit wieder hergestellt“ geht nicht auf. Das System der Zensur hat sich verfestigt, nicht zuletzt in gesetzlichen Vorgaben, die zwar verfassungswidrig, aber dennoch wirksam sind.

Das gilt für alle Lebensbereiche, für einen aber in hervorgehobenem Maße, nämlich für die universitäre Welt der Wissenschaft. Denn die Hochschulen gelten seit dem Beginn der Neuzeit in Europa als der Hort des freien Forschens und Lehrens, als Feld der Debatten-Kultur, auf dem einander widersprechende Ansichten und Lehren zusammentreffen und gegeneinander aufgewogen werden, als Geburtsort des geistigen Fortschritts, der diesem Wettkampf entspringt, und als heiliges Forum, wo all dies ohne sachfremden Einfluss von außen ablaufen kann. Man hat das ehemals die akademische Freiheit genannt.

Doch damit scheint es vorüber zu sein. Die akademische Freiheit droht einem Kulturbruch von historischem Ausmaß zum Opfer zu fallen. Immer öfter werden im Hochschulbetrieb deutschlandweit missliebige Themen abgesetzt, Beweisführungen unterbunden und Professoren daran gehindert, ihren Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten. Es kommt zu Bedrohungen und tätlichen Angriffen. Meistens sehen sich die Hochschulen außerstande, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, wenn ihm nicht sogar die Verantwortlichen resignierend oder mit offenkundiger Sympathie Vorschub leisten.

Das Für und Wider in einer Debatte gehört zu den Grundbestandteilen einer akademischen Auseinandersetzung. Doch eine randalierende Linke unterbindet an den Hochschulen mehr und mehr den Wettstreit der Gedanken, indem sie auf sachliche Argumente mit moralischer Diskriminierung antwortet. So sind die Vorwürfe, die von dieser Seite erhoben werden, keine

fachbezogenen Einwände, sondern Totschlag-Begriffe wie „Rassist“, „Islamfeind“, „Menschenfeind“ und natürlich „Rechtsextremist“, wobei alle einbezogen sind, die mit einem solcherart verfeimten Wissenschaftler zusammenarbeiten oder ihm auch nur ein Forum bieten. Diese Anwürfe und manche ähnliche werden ständig eingesetzt, völlig unabhängig von dem Thema, das in Rede steht.

Das hat dazu geführt, dass sich zutiefst beunruhigte Hochschullehrer im Dienst an der Freiheit der Wissenschaft zusammengefunden haben, um nach Möglichkeit Ab-

Suche nach Erkenntnis, die den Kern der Freiheit der Wissenschaft und der Tradition der Aufklärung ausmacht.“

Darin ist ein System zu erkennen. Die Ideologen betrachten die Welt nicht in der Art und Weise, wie sich diese darstellt, sondern aus der Perspektive der Position, die sie nach ihrer Meinung einnehmen sollte, also nicht nach dem Hier und Heute, sondern nach ihrer Utopie. In dieser Sichtweise spiegelt sich das Wort von Karl Marx wider, der in seiner elften Feuerbach-These gesagt hat: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern.“

Da also die Ideologen nicht von den Gegebenheiten, sondern von ihrer Zielvorstellung aus argumentieren, sind sie gezwungen, alles auszumurzeln, was dem widersteht. Das Messen ihrer Vorstellung an der Wirklichkeit wäre das Ende der Träume, daher der immerwährende und auch im Bereich der Wissenschaft auftretende Konflikt mit den Realitäten, der auch in den Diktaturen der National-Sozialisten wie der Komintern-Sozialisten manifest geworden ist. Baerbocks Speichern von Strom im Netz ist nur eine Fußnote zu dieser grundlegenden Erscheinung.

So kann es nicht erstaunen, dass eine Gegenbewegung wie das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ nicht die erste Bemühung zu diesem Gegenstand ist. Denn im Jahr 1970 wurde deutschlandweit der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ gegründet, eine Vereinigung von Hochschullehrern aller Disziplinen und ebenso überparteilich wie das „Netzwerk“. Der Bund aber war eine unmittelbare Antwort auf den Angriff gegen die Freiheit der Wissenschaft durch die 68er Revolte.

Im Jahr 2015 wurde der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ aufgelöst. Zu früh, wie man heute weiß. Denn die heutigen Bilder gleichen den gestrigen: Unliebsame Themen werden gestrichen, nicht fügsame Professoren niedergeschrien und tätlich bedroht. Wer die Freiheit von Forschung und Lehre einfordert, wird diffamiert als Faschist oder Nazi, jedenfalls rechtsextrem und im akademischen Betrieb nicht nur entbehrlich, sondern störend. Denn die Ideologen haben einen unumstößlichen Glaubenssatz, über alle Wissenschaft hinweg: Ihre Utopie zählt mehr als die Wirklichkeit.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die akademische Freiheit droht einem Kulturbruch von historischem Ausmaß zum Opfer zu fallen

VON ANNE MARTIN

Auf den ersten Blick ist es eine Paraderolle, ihr geradezu auf den Leib geschrieben. Hannelore Hoger, unvergessen als bärbeißige „Bella Block“, agiert im neuen ZDF-Film „Zurück ans Meer“ genauso wie einst als Kommissarin. Wenn sie sich etwas in den Kopf gesetzt hat, verbeißt sie sich in den Fall wie ein rauflustiger Terrier. Ihre Methoden befinden sich am Rande, manchmal auch jenseits der Legalität.

Es passt nur ins Bild, dass sie trotzig mit dem Fuß aufstampft oder verächtlich ausspuckt, wenn sie etwa einen Vertrag unterzeichnen muss, der ihr zutiefst zuwider ist. Ihr Aufklärungseifer führt sie sogar in Untersuchungshaft, wo sie ungehört auf der Pritsche hockt und weiter Rachedanken schmiedet. Es rührt an, wie eine Ikone des deutschen Fernsehens da in ihre eigenen Fußstapfen tritt.

Gleichzeitig ist es etwas enttäuschend zu sehen, dass diese besondere Mischung aus Starrsinn und Ruppigkeit bei diesem Psychothriller nicht recht funktionieren will. Und es versöhnt auch nicht, dass die Protagonistin Hoger doch über 20 Jahre lang zu den Lieblingen des deutschen Fernsehens zählte, bis sie den Ermittlerinnen-Job als Bella Block vor drei Jahren altersbedingt an den Nagel hängte.

Nun also das Nachspiel der am 20. August 80 Jahre alt gewordenen Schauspielerin, die sich für „Zurück ans Meer“ (4. Oktober im ZDF) als Filmtochter ihre eigene, inzwischen 60-jährige Tochter Nina Hoger an die Seite geholt hat. In der Rolle der Mara Breuer darf die eher auf Serienkrimis abonnierte Nina Hoger endlich einmal zeigen, dass sie auch hartes Drama kann.

Ortsbegehung im Fehmarnbeltunnel

Die Handlung: Mutter und Tochter sind unterwegs nach Dänemark, wo die durch eine 20 Jahre zurückliegende Entführung schwer traumatisierte Mara eine Therapie beginnen soll – nicht die erste und wohl auch nicht die letzte angesichts ihrer misstrauischen Abwehrhaltung. Im Gespräch mit der Therapeutin gibt ihre Mutter Charlotte Einblicke in ein Familiendrama, das vor über zwei Jahrzehnten mit einer Entführung und der Forderung nach einem hohen Lösegeld begann und bis heute nicht beendet ist: „Wir leben wie



„Bella Block“-Heldin Hannelore Hoger kehrt als Rachedgöttin ins TV zurück – Die 80-Jährige tritt zusammen mit ihrer Tochter Nina auf

Mutter und Tochter auf der Ostsee-Fähre: Charlotte Breuer (Hannelore Hoger, r.) und Mara (Nina Hoger, l.)

Foto: ZDF/Marion von der Mehden

Einsiedler. Im Grunde ist sie wie eingefroren. Fragen Sie mich nicht, wann wir unseren letzten normalen Tag hatten.“

Ein Schrecken ohne Ende, wäre da nicht diese alt gewordene Löwenmutter, die bei der Suche nach dem Kidnapper nicht aufgeben will: „Ich bin ihre Mutter. Ich mache weiter.“ Was damals während der Entführung genau mit ihr geschah, hat die Tochter verdrängt. Aber die Ängste sind weiterhin da: Eine Flasche Wasser braucht sie an ihrem Bett. Licht muss die ganze Nacht hindurch brennen. Und die Tür muss jederzeit zu öffnen sein.

Dann der schier unglaubliche Zufall: Bei einer Ortsbegehung des geplanten Fehmarn-Belt-Tunnels meint Mutter Charlotte den damaligen Entführer – heute ein erfolgreicher Industrieller – an seiner Stimme zu erkennen. Mit dieser kurzen Begegnung beginnt zumindest für die Mutter eine Wende. Endlich kann sie aktiv werden, endlich das Schicksal bei den Hörnern packen.

Sie wendet sich an die dänische Polizei, wird aber von den Beamten nicht ernst genommen. Ihr sei schon bekannt, dass der Verdächtige ein steinreicher Mann sei? Zudem seien Entführungen doch nach 20 Jahren verjährt! Daraufhin startet Charlotte Breuer im Alleingang einen furiosen Rachedfeldzug.

Spätestens jetzt gerät das Drama um Schuld und Sühne zu einem wenig glaubhaften Gewirk aus psychologischen Binsenweisheiten und unglaublichen Zufällen. Kann es sein, dass eine Frau den vermeintlichen Entführer ihrer Tochter Jahrzehnte nach der Tat nur an seiner Stimme erkennen will? Dass sie ihn mit ungebremster krimineller Energie verfolgt, ohne einen einzigen Beweis zu haben? So bricht die rächende Mutter mehrfach in das Haus des Industriellen ein, sprüht wie in einem schlechten Film Grafitti an dessen Wände („Schuldig!“), verätzt ihn mit Spray, als sie auf frischer Tat ertappt wird, und macht auch dann noch

ungerührt weiter, als sich der Mann vor Schmerzen am Boden windet.

Wie eine Furie

Hoger klabt sich hier das Renitente aus ihrer Rolle als „Bella Block“, hat aber nicht ansatzweise deren Glaubwürdigkeit, sondern agiert als Furie außer Rand und Band. Die Tochter wiederum muss den Gegenpol bilden, eine erwachsene Frau, immer noch gebannt in der Situation einer Gefangenen.

Nina Hoger, ihrer Mutter bis hin zur Stimme ähnlich, spielt das zurückgenommene, ringt nach Atem, sobald sie in eine beklemmende Situation gerät. Immer wieder fällt der Satz „Ich will mein Leben zurück.“ Ihr zur Seite ein dänischer Anwalt, der behutsam versucht, die Traumatisierte mit ihrer verschütteten Erinnerung zu konfrontieren.

Das Finale findet in einer kühlen Bürotage statt, wo die Mutter einen Vertrag unterschreiben muss, wonach sie jegliche

weitere Nachforschung unterlässt. Im Gegenzug nimmt der Geschäftsmann Kjell Mortensen (Jens Albinus) von einer Anklage wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung Abstand. Als vermeintlicher Sieger kehrt er in sein kühl verspiegeltes Haus zurück, wo eine Strafe jenseits der Justiz auf ihn wartet.

Die letzte Szene zeigt das wie befreit wirkende Mutter-Tochter-Gespann im Ostseewind auf der Fähre Richtung Heimat. Trauma überwunden, alles wieder gut? Der Schweizer Markus Imboden zählt zu den renommiertesten Regisseuren im Land, Fabian Thaesler zu den besten Autoren – aber dieser Film aus Psycho- und Krimi-Versatzstücken mit einem eiskalten Verdächtigen im Fadenkreuz, der bis hin zur jungen Geliebten dem Klischee eines skrupellosen Machtmenschen entspricht, ist ihnen entglitten. Schade um die Hoger. Und schade auch um die Erinnerung an ihren grandiosen Auftritt als Bella Block.

KINOKRITIK

„Sieben“ in Wien

Wahnsinn mit Methode: Der Thriller „Hinterland“ des österreichischen Oscar-Gewinners Stefan Ruzowitzky

Ein entlassener Kriegsgefangener sieht sich mit einem üblen „Kriegsimport“ konfrontiert: tödlicher Gewalt. Die spielt sich nun nicht mehr an der Front des Ersten Weltkrieges ab, sondern im sonst so friedlichen Hinterland, genauer im Wien der frühen 20er Jahre. „Hinterland“ heißt denn auch der Thriller von Stefan Ruzowitzky, der 2008 für sein KZ-Drama „Der Fälscher“ den Oscar für den besten Auslandsfilm erhielt.

Geschichtsdramen kann der österreichische Regisseur also. Und Krimi auch, wie er mit seinem Medizinthriller „Anatomie“, dem er 2003 eine Fortsetzung folgen ließ, gezeigt hat. Mit „Hinterland“ kombiniert er beide Genres, wobei er das Historische auf grotesk verzerrte Weise darstellt. Die Darsteller agieren vor einer Wiener Kulisse, die krumm und schief ist. Häuserfronten, Schornsteine und Straßenlaternen neigen sich in engen Straßenschluchten zur Seite, als hätte gerade ein Erdbeben die Stadt erschüttert.

Neu ist das nicht. Schon 1920 hatte der Stummfilm „Das Cabinet des Dr. Caligari“ mit ähnlichen expressionistischen Mitteln zum Ausdruck gebracht, wie die Welt aus den Fugen geraten ist. In „Hinterland“ ist es die Verrohung durch den Krieg, welche die Fassaden zum Wanken

bringt. Ähnlich wie im „Cabinet des Dr. Caligari“ ist es ein Serienmörder, der einigen Kriegsheimkehrern an die Gurgel geht.

Und ähnlich wie in dem US-Thriller „Sieben“ begeht er Ritualmorde, die diesmal mit der Zahl 19 in Verbindung stehen. 19 Pflöcke stecken im Körper eines Op-

fers, 19 Finger und Zehen wurden einem anderen abgeschnitten, 19 Ratten zerfressen einen dritten. Mit involviert in diesen Horror ist ein aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrter Kriminalbeamter, der mit einer früh emanzipierten Gerichtsmedizinerin zur Lösung des Falls beiträgt, der mit einem Showdown im Turm des Stephansdoms endet.

In der Realität ist alles im Studio entstanden, denn die Akteure um Hauptdarsteller Murathan Muslu als desillusionierten Ermittler agierten ausschließlich vor einem blauen Hintergrund, auf dem die tricktechnisch veränderten Kulissen digital projiziert wurden. Das lässt manches etwas steif erscheinen, was auch an Muslu liegt, der seinen Migrantenanteil nicht verbergen kann und der als Polizist Perg wie eine nicht integrationswillige Kunstfigur durch die Kulissen schleicht. Dass Komödientheater Matthias Schweighöfer mitmisch, macht dieses schöne Filmexperiment auch nicht spannender. Harald Tews



Krumm und schief: Peter Perg (Murathan Muslu) und Dr. Theresa Körner (Liv Lisa Fries) wandeln in einer artifiziellen Wiener Kulisse Foto: SquareOne Entertainment

MELDUNGEN

Berlin baut

Berlin – Die Ausstellung „Unvollendete Metropole“, die der Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg (AIV) mit Partnern initiiert hat, wird am 1. Oktober wiedereröffnet. Am Behrensufer in Berlin-Oberschöneweide, Ostendstraße 1–4, stehen 100 Jahre Städtebau für (Groß-) Berlin im Mittelpunkt. Weitere Infos: www.unvollendete-metropole.de tws

Bröhan Total!

Berlin – Dieses Jahr wäre Museumsgründer Karl H. Bröhan 100 Jahre alt geworden. Dieser runde Geburtstag gibt den Anlass zur groß angelegten Jubiläumsausstellung „Bröhan Total“, die vom 6. Oktober bis 16. Januar 2022 im Bröhan-Museum zu sehen sein wird. Präsentiert wird die umfangreichste Ausstellung aus allen Schaubereichen, die je dort gezeigt worden ist. www.broehan-museum.de tws

MESSERSCHMITT ME 163

Erstmals
schneller als
1000

Angesichts der Fortschritte in der Entwicklung der Raketentechnik vor und während des Zweiten Weltkriegs lag es nahe, die Verwendbarkeit der Antriebstechnik der Raketen für Flugzeuge zu testen. Das ist die Geburtsstunde der sogenannten Raketenflugzeuge.

Eines dieser Raketenflugzeuge war die Messerschmitt Me 163, der erste serienmäßig hergestellte Raketenjäger der Welt. Auftraggeber war das Reichsluftfahrtministerium. Die Arbeiten an dem Projekt begannen bereits kurz vor dem Ausbruch des Krieges. Trotzdem war die Geheimhaltung groß. Um den Gegner über die Neuentwicklung im Unklaren zu lassen, wurde mit „Me 163“, die Bezeichnung eines ganz anderen, älteren Projektes aufgegriffen. Da es von dieser nie in Serie gegangene Konkurrenzentwicklung zum Fieseler Storch drei Versuchsmuster gegeben hatte, setzte man nun, um die Täuschung stringent fortzusetzen, die Zählung fort und begann bei dem neuen Projekt mit dem Versuchsmuster 4.

Der erste Flug mit eigenem Antrieb dieses Versuchsmusters 4 startete am 8. August 1941 in Peenemünde. Um den Kraftstoff für die Erreichung von Höhe zu sparen und damit die Reichweite und Geschwindigkeit steigern zu können, wurde bei weiteren Versuchsflügen das Raketenflugzeug mit einer Messerschmitt Bf 110C auf 4000 Meter Höhe geschleppt, bevor das Triebwerk gezündet wurde.

Nachdem vorher bereits auf diese Weise ein inoffizieller Geschwindigkeitsrekord aufgestellt werden konnte,



Messerschmitt Me 163 A-V4 „Komet“

te, flog die Me 163A V4 am 2. Oktober 1941 als erstes Flugzeug der Welt schneller als 1000 Kilometer in der Stunde, nämlich 1003,67.

Die Me 163 war jedoch nicht entwickelt worden, um Rekorde aufzustellen, sondern um alliierte Bomber vom Himmel zu holen. Angesichts ihres hohen Kraftstoffverbrauchs und der daraus sich ergebenden geringen Reichweite bot sich eine Verwendung als Objektschutz-Abfangjäger mit Standort nahe dem zu schützenden Objekt an.

In diesem Sinne wurde aus dem Rekord- und Versuchsflugzeug Me 163A das für die Serienproduktion bestimmte Kriegsflugzeug Me 163B entwickelt. Im August 1943 begann die Serienproduktion. Damit wurde die Me 163 zum ersten in Serie gefertigten Raketenjäger der Welt. Ihr Kriegseinsatz begann am 28. Juli 1944. Bis Kriegsende wurden 364 Maschinen hergestellt, davon 274 Serienexemplare.

Im Grunde teilte die auch „Komet“ oder „Kraftei“ genannte Messerschmitt Me 163 das Schicksal vieler deutscher „Wunderwaffen“. Sie kam nicht vollständig ausgereift an die Front sowie zu spät und vor allem in zu geringer Stückzahl, um noch kriegsentscheidende Bedeutung gewinnen zu können. Und sie diente den siegreichen Alliierten nach dem Kriege als Steinbruch für deren Entwicklungen. *Manuel Ruoff*



Verhielten sich friedlicher als die Polizei: Teilnehmer der von der FLN organisierten Demonstration am 17. Oktober 1961 in Paris

Foto: Ullstein

ALGERIENKRIEG

„Bei jedem Schlag gegen uns
schlagen wir zehn Mal zurück“

Vor 60 Jahren richtete die Pariser Polizei unter Demonstranten ein Massaker an, das vermutlich 384 Menschen das Leben kostete

VON WOLFGANG KAUFMANN

Maßgeblich verantwortlich für das am 17. Oktober 1961 von der Pariser Polizei unter Demonstranten gegen den Algerienkrieg angerichtete Massaker zeichnete der damalige Polizeipräsident der Seine-Metropole, Maurice Papon. Während des Zweiten Weltkriegs hatte der 1910 geborene Jurist zwar im deutsch besetzten Teil Frankreichs für die Deportation von mindestens 1700 Juden in nationalsozialistische Vernichtungslager gesorgt, es aber nach dem Kriege vermocht, sich als Mitglied der Résistance auszugeben. Deshalb machte er weiter Karriere. 1958 wurde er schließlich Polizeipräsident von Paris.

Damit oblag Papon auch die Organisation des Kampfes gegen die algerische Nationale Befreiungsfront (FLN) in Paris. Letztere war seit 1954 Frankreichs Gegner im Algerienkrieg. Wie der Name bereits vermuten lässt, fand der Algerienkrieg vornehmlich in Algerien statt, doch im Zuge der Eskalation des Konflikts und der Strategie, den Krieg in das Land des Feindes zu tragen, wurde die FLN auch in dessen Hauptstadt aktiv und tötete dort zwischen August 1958 und Oktober 1961 54 Polizisten.

Papon ordnete daraufhin großangelegte Razzien gegen Araber und die Einrichtung von Internierungslagern in den Vororten von Paris an. Oft befanden sich Letztere an denselben Stellen, an denen zur Zeit der deutschen Besatzung die Sammellager für Juden eingerichtet waren.

Vor dem Kino wartete die Polizei

Außerdem ermunterte Papon seine Untergebenen zur Selbstjustiz. So sagte er am 2. Oktober 1961 auf einer Trauerfeier für getötete Polizisten: „Bei jedem Schlag gegen uns schlagen wir zehn Mal zurück.“

17. Oktober 1961

150.000

Betroffene hatte die FLN zur Demonstration gegen die Ausgangssperre aufgerufen.

40.000

Demonstranten gelangten in die Pariser Innenstadt.

500

Festgenommene wurden nach Algerien deportiert.

Und am Nachmittag jenes Tages versicherte Papon in der Polizeiwache von Montrouge, es werde keiner bestraft, der auf Nordafrikaner schieße. Dem folgte am 5. Oktober die Verhängung einer Ausgangssperre für alle Algerier beziehungsweise Muslime im Großraum von Paris zwischen 20.30 Uhr und 5.30 Uhr.

Hieraufhin rief die FLN die rund 150.000 Betroffenen für den 17. Oktober 1961 zu einer Demonstration gegen die Ausgangssperre sowie auch für die Unabhängigkeit Algeriens auf, wohl wissend, dass angesichts des von ihr selbst miterzeugten Klimas des Hasses und der Rache extreme Reaktionen vonseiten der Sicherheitskräfte drohten. Und die gab es dann auch.

Papon, der die volle Rückendeckung des Präsidenten und des Premierministers der Republik, Charles de Gaulle und Michel Debré, genoss, untersagte die Demonstration und konzentrierte

8400 Polizisten an den Zugängen zur Pariser Innenstadt, um den Aufmarsch schon im Ansatz abzuwürgen. Trotzdem gelangten rund 40.000 Algerier sowie auch Marokkaner und Tunesier in das Stadtzentrum. Die meisten von ihnen wurden dort verhaftet und in die Internierungslager verbracht. 4000 bis 5000 Protestierer erreichten indes die Grands Boulevards im Herzen von Paris. Dort erwartete sie die Polizei vor dem Art-déco-Kino Le Grand Rex

Als die Menge anrückte, eröffnete die Polizei das Feuer. Anschließend begann eine Menschenjagd, bei der zahlreiche Nordafrikaner schwer verletzt wurden oder zu Tode kamen. Die Demonstranten wurden zusammengeschlagen, manche der Verletzten auch gefesselt und in der Seine ertränkt. Leichen der so Ermordeten fand man noch Wochen nach dem 17. Oktober.

Jagd auf Demonstranten

Die Pariser Bevölkerung hatte genau mitverfolgen können, was sich auf den Straßen abspielte, blieb aber passiv. Oder handelte wie die Verantwortlichen im Verlagsgebäude der sozialistisch-antikolonialistischen Zeitung „L'Humanité“. Diese sperrten die panisch Flüchtenden kurzerhand mit Rolltoren aus.

Trotz der zahlreich vorhandenen Augenzeugen nicht nur unter den Demonstranten, sondern auch unter den nicht-muslimischen, autochthonen Franzosen gelang es den Medien, den brutalsten staatlichen Gewaltakt seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu bagatellisieren und die Schuld auf die in der Regel vollkommen friedlich gebliebenen Kundgebungsteilnehmer abzuwälzen. So phantasierte das Blatt „Le Figaro“ von einer „gewalttätigen Demonstration der Algerier“ und setzte hinzu: „Dank der Wach-

samkeit und des schnellen Einsatzes der Polizei konnte das Schlimmste verhindert werden.“ Die meisten Zeitungen meldeten, dass es drei Tote gegeben habe, darunter ein Franzose, der an Herzversagen gestorben sei. Lediglich das kleine christliche Wochenmagazin „Témoignage Chrétien“ schwamm gegen den Strom und druckte die einzigartigen Aufnahmen des jüdischen Fotografen Élie Kagan, die das wahre Ausmaß der polizeilichen Gewaltorgie zeigten.

Gefesselt und in die Seine geworfen

Anschließend herrschte in Frankreich drei Jahrzehnte lang betretenes Schweigen. Gebrochen wurde das nationale Tabu erst durch den streitbaren Historiker Jean-Luc Einaudi und dessen 1991 in Paris erschienenes Buch „La Bataille de Paris. 17 octobre 1961“ (Die Schlacht von Paris. 17. Oktober 1961). Darin nannte er mit 384 auch die vermutliche Zahl der Todesopfer, wobei es aber nach wie vor ungeklärte Fälle und Vermisste gebe.

Papon blieb noch bis 1967 Polizeipräsident von Paris und setzte dann seine Karriere in Wirtschaft und Politik fort. Während der Präsidentschaft von Valéry Giscard d'Estaing wurde er schließlich Haushaltsminister. Sein Stern begann erst nach dem Wechsel im Präsidentenamt vom Bürgerlichen Giscard d'Estaing zum Sozialisten François Mitterrand 1981 zu sinken. In jenem Jahr verlor nicht nur Papon sein Ministeramt, sondern wurde auch in Bordeaux ein erstes Verfahren gegen ihn eröffnet. 16 Jahre später begann sein Prozess und 1998 wurde er zu zehn Jahren Haft verurteilt, von denen er immerhin fast vier absaß – doch nicht etwa wegen der Vorfälle vom 17. Oktober 1961, sondern aufgrund seiner Mitwirkung an der Judenvernichtung. Für das Massaker von Paris brauchte sich der 2007 verstorbene Franzose hingegen nie vor Gericht zu verantworten. Er profitierte hierbei von einer allgemeinen Amnestie für französische Verbrechen im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg.

Nach weiteren Debatten, in denen versucht wurde, die von Einaudi ermittelte Zahl der Toten aufs Neue kleinzurechnen, räumte der sozialistische Staatspräsident François Hollande am 17. Oktober 2012 ein, dass es sich bei dem Massenmord und Staatsverbrechen 51 Jahre zuvor um ein aufs Schärfste zu verurteilendes „Massaker“ gehandelt habe. Danach zog wieder weitgehende Stille ein.

VON VEIT-MARIO THIEDE

Kaiser Heinrich II. und zahlreiche geistliche Würdenträger zelebrierten am 1. Oktober 1021 die Weihe des Merseburger Domes. Die Vereinigten Domstifter zu Merseburg und Naumburg sowie des Kollegiatstifts Zeitz warten zur 1000-Jahr-Feier der Weihe in den Nebengebäuden des Doms mit drei Ausstellungen auf. Eine weitere veranstaltet das kulturhistorische Museum.

Die Domstifter feiern mit dem Sinnpruch „Geweihet für die Ewigkeit“. Aber vom Ursprungsbau hat wenig mehr als die untere Zone der Westtürme die Zeiten überdauert. In den beiden Jahrzehnten nach der Weihe fiel der Dom nämlich zweimal in sich zusammen.

Den Wiederaufbau veranlasste Bischof Hunold. Der älteste nahezu vollständig erhaltene Raum dieses 1042 geweihten Neubaus ist die eindrucksvolle Krypta.

Bereicherung der Dauerschau

Eine weitere Neuweihe erfolgte einer im Dom angebrachten Bronzetafel zufolge 1886 „unter Wilhelm dem ersten protestantischen Kaiser und in Gegenwart Friedrichs des ersten deutschen Kronprinzen“. Den Beschlüssen des Wiener Kongresses von 1814/15 zufolge waren weite Teile des zuvor zum kursächsischen Staatsgebiet gehörenden Merseburger Stiftslandes 1815 an Preußen gegangen. Das preußische Königshaus ließ in den 1830er Jahren die barocke Ausstattung des Domes entfernen und sorgte in der ersten Hälfte der 1880er Jahre für die mit Umbauten verbundene umfassende Restaurierung, die bis heute wesentlich das Erscheinungsbild des Bauensembles bestimmt.

In dessen Kapitelhaus sind Objekte des Domschatzes ausgestellt. Der ist arg dezimiert, denn die kursächsischen Herrscher wie August der Starke verlebten viele Merseburger Stücke ihren Kunstsammlungen ein. Derzeit und noch bis Ende dieses Monats bereichern vier davon, die sonst in der Rüstkammer der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zu sehen sind, die Dauerschau im Kapitelhaus: zwei Mitren, ein Paar rote Pontifikalhandschuhe und ein Dolch.

„Jahr1000Schätze“

Mit dem Dolch aber stimmt etwas nicht. Laut dem im 16. Jahrhundert verfassten zugehörigen Dokument soll ihn Gegenkönig Rudolf von Rheinfelden 1080 in der Entscheidungsschlacht mit König Heinrich IV. geführt haben. Allerdings ist der auf das 16. Jahrhundert datierte Dolch dafür nicht alt genug.

Der zentrale Ort des Andenkens an Rudolf von Rheinfelden ist Merseburg. Das bronzenes Reliefbildnis auf seiner Grabplatte im Chor des Domes ist die älteste derartige figürliche Darstellung in Europa. Und eine zum Domschatz gehörende mumifizierte Hand gilt als die des gescheiterten Gegenkönigs.

In der Südklausur wird die Sonderausstellung „Jahr1000Schätze“ gezeigt. Sie startete im Januar mit zwei Exponaten aus dem 20. Jahrhundert. Jeden Monat kommen zwei selten ausgestellte Objekte aus dem Domschatz und dem Stiftsarchiv hinzu, um sich in Jahrhundertschritten der Domweihe von 1021 zu nähern. Seit diesem Monat ist eine Urkunde zu sehen, die Heinrich II. am 5. Oktober 1021 ausstellte. Domstiftsarchivar und Ausstellungskurator Markus Cottin weist auf eine Besonderheit hin: „In der Urkunde fällt unmittelbar vor der Nennung der beiden dem Domklerus geschenkten Orte ein Tintenwechsel auf.“ Cottin schließt daraus auf einen außerordentlichen Gunstbeweis des Herrschers: Er stellte dem Domklerus zunächst eine Art Blanko-Urkunde aus, die später ihrem Schenkungswunsch gemäß vervollständigt wurde.

Dankesbrief Jacob Grimms

Das berühmteste Merseburger Dokument ist heidnischer Natur. Es handelt sich um

das einzige bekannte althochdeutsche Sprachzeugnis für Zaubersprüche. Der eine soll Gefangene aus ihren Fesseln befreien, der andere die Fußverletzung eines Pferdes heilen. Die vor über 1000 Jahren von einem Mönch in Fulda niedergeschriebenen Beschwörungsformeln entdeckte 1841 der Historiker Georg Waitz in einer liturgischen Sammelhandschrift der Domstiftsbibliothek.

Davon setzte er Jacob Grimm in Kenntnis. Der lieh sie sich aus und erhob sie zum Thema seiner Antrittsvorlesung, die er am 3. Februar 1842 vor der Berliner Akademie der Wissenschaften hielt. Noch am selben Tag schickte er einen Brief an das Domkapitel, in dem er über seine Vorlesung berichtete und sich für die Ausleihe der originalen Zauberspruch-Handschrift bedankte. Normalerweise ist das Faksimile der beiden Beschwörungsformeln im stimmungsvoll ausgeleuchteten „Zauberspruchgewölbe“ zu sehen. Seit dem 1. Oktober jedoch liegt an ihrer Stelle der Dan-

kesbrief Jacob Grimms, während die originalen Sprüche in der Marienkapelle des Kapitelhauses ausgestellt werden.

Kulturhistorisches Museum

Das Kulturhistorische Museum präsentiert 60 Gemälde, Aquarelle, Grafiken und Fotografien des 17. bis 21. Jahrhunderts, die den Dom künstlerisch interpretieren, dazu Postkarten sowie Bilder und Modelle, die Schüler des Domgymnasiums angefertigt haben. Es fällt auf, dass die Künstler bestimmte Ansichten bevorzugen, vor allem den Blick vom Domplatz auf das Hauptportal, Darstellungen des Kreuzgangs sowie den Blick von der Saale herauf zu Dom und Schloss. Den Blick präsentiert auch eine technisch brillante Fotografie von 1898. Sie entstand im Rahmen der umfangreichen Dokumentation historisch wertvoller Bauwerke, welche die Königlich Preussische Messbild-Anstalt unter Leitung des Baurats Albrecht Meydenbauer durchführte. Rätsel gibt

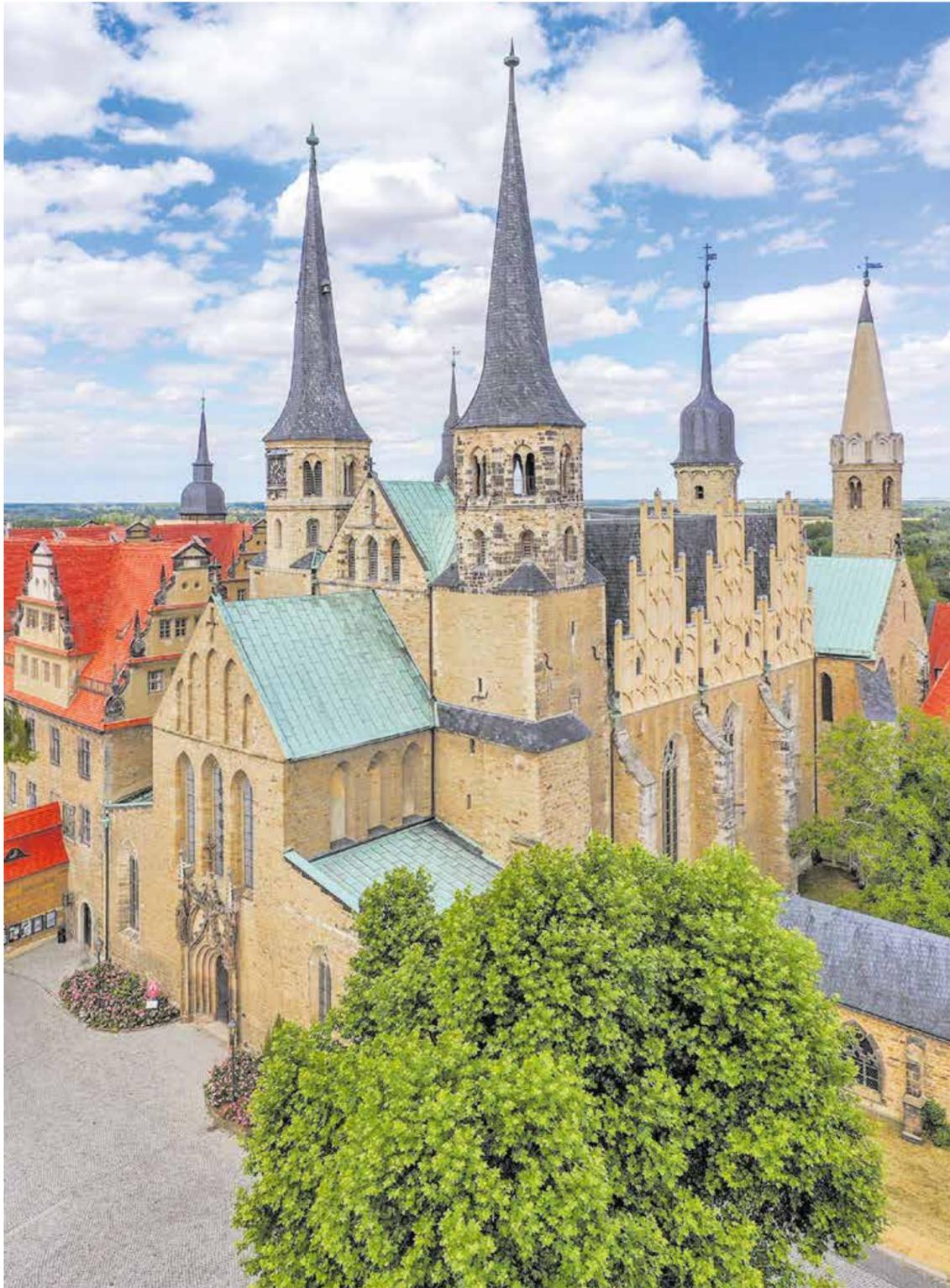
laut Auskunft des Ausstellungskurators Joachim Riebel ein Fotoalbum auf, das Hugo Herrfurth für den Maler Adolf Menzel „zur Erinnerung an die Tage seines Aufenthalts vom 22. bis 28. Oktober 1886 in Merseburg“ anlegte – ihm aber offenbar nicht überreicht hat.

● Alle vier Ausstellungen laufen bis Ende dieses Monats. Der Merseburger Dom, Domplatz 7, 06217 Merseburg, Telefon (03461) 210045, Fax (03461) 720621, E-Mail: fuehrung@merseburger-dom.de ist im Oktober montags bis sonnabends von 10 bis 18 Uhr sowie sonntags und an kirchlichen Feiertagen von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Das Kulturhistorische Museum Schloss Merseburg, Domplatz 6, 06217 Merseburg, Telefon (03461) 40-2005, Fax (03461) 40-2006, E-Mail: Museum-Schloss-Merseburg ist grundsätzlich täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Am 1. Oktober schließt es erst um 21 Uhr. Am 2. und 3. Oktober öffnet es bereits um 9 Uhr.

MERSEBURGER DOM

„Geweihet für die Ewigkeit“?

Merseburg feiert die 1000 Jahre zurückliegende Weihe des Domes mit vier Ausstellungen



Am 1. Oktober 1021 geweiht: Der Merseburger Dom

Foto: Merseburger Dom (C) Vereinigte Domstifter, F. Matte

CUXHAVEN-VERTRAG

Als Neuwerk zu Hamburg zurückkam

Der älteste Profanbau der deutschen Küste ist der ehemalige Wehr-, Wohn- und Leuchtturm Neuwerk. Offiziell gilt er auch als ältestes Gebäude Hamburgs. Die Hamburger waren es denn auch, die ihn im ersten Jahrzehnt des 14. Jahrhunderts als Seezeichen sowie Vorposten gegen See- und Strandräuber errichteten. Seit der Zeit ungefähr gehörte auch die gleichnamige Insel, auf welcher der Turm steht, zu Hamburg.

Das änderte erst das 1937 erlassene Groß-Hamburg-Gesetz. Im Rahmen einer großen Flurbereinigung wurde die Stadt großzügig arrondiert, verlor dafür aber Exklaven, vor allem die Stadt Cuxhaven mit Neuwerk und Scharhörn. Eine Ausnahme bildete der Amerikahafen im Cuxhavener Stadtgebiet. Der blieb bei Hamburg.

An diesem war jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg die Stadt Cuxhaven interessiert, um ihre Fischereihafenanlagen erweitern zu können. 1948 kam es diesbezüglich zu einem ersten Treffen in Cuxhaven zwischen Vertretern der Stadt, des Landes Niedersachsen, zu dem die Stadt gehört, und Hamburg. Die Hamburger zeigten sich jedoch anfänglich wenig interessiert.

Das änderte sich erst in den 50er Jahren, als die Hamburger es wie in unseren Tagen mit der Angst bekamen, dass die immer größer werdenden Schiffe ihren weit elbaufwärts gelegenen Hafen nicht mehr würden anlaufen können. Schon damals gab es die Idee eines Vorhafens in oder an der Deutschen Bucht. Konkret gingen die Pläne in Richtung eines Tiefwasserhafens im Bereich der Außenelbe vor Cuxhaven auf der Scharhörnplatte. Nun hatte nicht mehr nur Cuxhavener Interesse an hamburgischem Hoheitsgebiet, sondern umgekehrt auch Hamburg an niedersächsischem, gute Voraussetzungen für ein Tauschgeschäft.

Vor 60 Jahren, am 3. Oktober 1961, kam es zwischen den beiden Bundesländern Niedersachsen und Hamburg zu einem entsprechenden Staatsvertrag. Cuxhaven konnte seinen Fischereihafen erweitern und Hamburg hatte sich die Option zu einem für dicke Pötte mit großem Tiefgang erreichbaren Vorhafen eingetauscht.

Die (zu geringe) Tiefe der Elbe ist nach wie vor ein Problem von Deutschlands Tor zur Welt und die Idee eines Vorhafens immer noch virulent, doch bislang hat Hamburg die 1961 gewonnene Option nicht genutzt. Aber Neu-



Turm Neuwerk Foto: Jörg Braukmann

werk ist als Folge des Vertrages samt Scharhörn und umliegenden Wattflächen seit dem 1. Oktober 1969 wieder zurück bei Hamburg. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Deutsche Ethikrat soll als unabhängiges Sachverständigen-gremium Stellungnahmen zu bioethischen Fragen abgeben und dabei sowohl unterschiedliche theoretische Ansätze als auch ein differenziertes Meinungsspektrum widerspiegeln. Daher müsste jedes der 24 hälftig von der Bundesregierung und dem Parlament bestimmten Mitglieder nicht nur über eine besondere Fachkompetenz, sondern ebenso über reichlich Lebenserfahrung verfügen. Aber das Letztere scheint bei der Berufung keineswegs immer eine Rolle zu spielen. Als Beispiel hierfür kann die Person der derzeitigen Vorsitzenden des Rates dienen.

Die 1977 geborene Alena Buyx erwie-sich zwar sowohl am Gymnasium als auch an der Universität als Überfliegerin, erwarb mehrere akademische Titel: Doktorin der Medizin, Magistra Artium in Philosophie und Soziologie sowie Privatdozentin für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin – worauf dann 2014 noch eine Professur für Medizinethik folgte.

Wirre Äußerungen statt Prägnanz

Das Sammeln von praktischen Erfahrungen als Ärztin stand dabei aber nicht auf ihrer Tagesordnung. Vielmehr fungierte sie bis 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Münster, Academic Scholar im Harvard University Program in Ethics and Health, stellvertretende Direktorin des britischen Nuffield Council of Bioethics, Leiterin der Emmy-Noether-Gruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Bioethik und Politische Philosophie“ sowie Senior Research Fellow of Public Policy am University College London und gehörte darüber hinaus auch diversen Gremien an. Das alles erlaubte es ihr offensichtlich, ein weitverzweigtes Netzwerk zu knüpfen.

Buyx, die 2016 in den Deutschen Ethikrat berufen wurde und am 28. Mai 2020 an dessen Spitze rückte, war maßgeblich verantwortlich für die Empfehlungen des Rates zu Themen wie „Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise“ oder „Besondere Regeln für Geimpfte“. Dabei zeigte die zumeist im knallroten Pullover oder Kleid auftretende Karrierefrau ab Mitte 2020 eine derart starke Medienpräsenz, dass der Eindruck entstand, der Ethikrat spreche mit einer einzigen Stimme, nämlich der ihren. Gleichzeitig verfiel sie dabei oft in einen infantil anmutenden Duktus, der an den von Angela Merkel erinnert.

So sagte Buyx im vergangenen Februar im Interview mit dem „Spiegel“, es sei wichtig, alle Corona-Impfstoffe unter die



„Erst Bratwurst, dann Strafen“: Ethikratsvorsitzende Alena Buyx im Februar in Berlin

Foto: imago images/Christian Ditsch

DEUTSCHER ETHIKRAT

Belehrungen aus dem Elfenbeinturm

Wohlfeile Mahnungen und autoritäre Anmaßung: Wie die Ratsvorsitzende Alena Buyx den Alltag der Deutschen auf ihre Linie bringen will

Leute zu bringen: „Jede Dosis muss in einen Arm.“ Und im April hieß es im Deutschlandfunk zum Thema Gleichstellung von Geimpften und Getesteten: „Ich glaube ... , dass wir in einer Situation, in der jetzt diese dritte Welle wirklich ganz intensiv anbrannt, vielleicht vorerst nicht über Dinge sprechen sollten, die uns ganz wesentliche Regeln von der Normbefolgung im öffentlichen Raum zerschießen.“ Reichlich vier Monate später hielt Buyx dann die Zeit für gekommen, sich konkreter zu äußern, so beispielsweise im „ZDF-Morgenmagazin“.

Auf die Frage, was sie von kostenpflichtigen Tests für Ungeimpfte halte, antwortete Buyx: „Es gibt eine Art Pyramide der Eingriffstiefe, es gibt die positiven Anreize, das ist die Bratwurst. Dann kommen die negativen Anreize, das sind so kleine Strafen, dass man etwas bezahlen muss – das ist aber immer noch keine Pflicht, das ist ganz wichtig. Dann käme als nächste Stufe, dass man keine Alter-

native mehr hat ... Die Argumentation ist einfach, dass man sagt, jemanden, der nach Monaten, in denen positive Anreize eine Rolle gespielt haben, dann immer noch sagt, ich will, ich mach das nicht, ich schütze mich nicht, ich schütze dich nicht, ich Sorge dafür, dass die Pandemie weitergeht, der hat einfach schlechte Argumente zu sagen, ich möchte, dass mir das noch weiter bezahlt wird.“ Kurz darauf hielt sie gegenüber der „Welt“ größere positive Anreize wie einige hundert Euro Impfpromie für ethisch bedenklich, da „die Auszahlung einer großen Geldsumme die Selbstbestimmung der Menschen beeinträchtigen könnte“.

„Essen ist nicht nur Privatsache“

Auf diese und ähnliche Einlassungen von Buyx reagierten die Zuschauer und Leser vielfach kritisch bis wütend. Die Vorsitzende des Ethikrates argumentiere wirr: „Diese Verschurbelung als Ethik zu bezeichnen, ist schon sehr abenteuerlich.“

Außerdem laute ihre Agenda letztlich immer nur: „Impfen, impfen, impfen ... – selbst echte Drückerkolonnen gehen subtiler vor.“ Tatsächlich votierte Buyx bald auch entschieden für die Impfung von Minderjährigen, obwohl die medizinische Risiko-Nutzen-Abwägung hier noch nicht abgeschlossen war. So äußerte sie beizeiten: „Ich würde meine Kinder impfen lassen.“

Ebenso schlecht kommen Behauptungen von Buyx an wie: „Jeder kann sich dieser Tage frei entscheiden, sich impfen zu lassen.“ Darauf wird entgegnet: „Ist die Entscheidung, sich impfen zu lassen, wirklich noch frei, wenn dem Ungeimpften massive Nachteile drohen? Wenn er grundsätzlich aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wird?“ Heftig angekreidet wurde der Ethikratschefin zudem die Einschätzung, „dass sich die Routinen in der Gesellschaft“ durch die Corona-Krise „gar nicht so sehr verändert haben“. Buyx lebe wohl in einem

Elfenbeinturm, heißt es dazu. Und die „Welt“-Leserin Frauke S. meinte aufgebracht: „Hohles Gelaber aus der Warte desjenigen, der nichts verloren hat.“

Im scharfen Kontrast hierzu stehen die Elogen der Mainstream-Medien, welche der jungen Professorin „Expertise, Empathie und Charisma“ attestieren und manchmal sogar behaupten, Buyx würde uns alle „verzaubern“, indem sie selbst die kontroversesten Fragestellungen „souverän“ kläre. Ebenso fand ihr Wirken offenbar auch noch andernorts Gefallen, denn sie erhielt „für ihren Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt während der Coronakrise“ den mit immerhin 30.000 Euro dotierten Deutschen Nationalpreis. Eine Summe, welche sicher keinen Einfluss auf Buyx' Selbstbestimmung hat. Zuletzt ritt die Ethikratsvorsitzende plötzlich ein neues Steckenpferd und plädiert für eine „knackigere“ staatliche Einflussnahme auf die Ernährung der Bürger, denn „Essen ist nicht nur Privatsache“.

IMPFSTOFFE

Sagt man uns die ganze Wahrheit?

Berichte über schwere Nebenwirkungen von Covid-Vakzinen nehmen zu – Expertin rügt unzureichendes Meldesystem

Als Olaf Scholz für das Impfen gegen Covid-19 werben wollte und dabei erklärte, „wir waren ja alle die Versuchskaninchen für diejenigen, die bisher abgewartet haben“, musste er heftige Kritik einstecken. Unionspolitiker Jens Spahn warf Scholz vor, er liefere eine Steilvorlage für die, „die mit Halb- und Unwahrheiten Vertrauen untergraben wollen“. Tatsächlich sehen sich Skeptiker der neuen mRNA-Impfstoffe bislang sehr schnell mit Etiketten wie „Corona-Leugner“ ausgegrenzt.

Inzwischen aber greifen selbst etablierte Medien das Thema Impfschäden auf. Die „Welt“ veröffentlichte am 20. September unter der Überschrift „Meine Tochter starb an der Impfung. So fühle ich mich“ den Erfahrungsbericht einer Frau, die ihre 32-jährige Tochter verloren hat. Wenige Tage zuvor hatte bereits die „Berliner Zeitung“ auf den Fall der Opernsän-

gerin Bettina Ranch aufmerksam gemacht. Die Berliner Künstlerin hatte sich im August impfen lassen.

Kurz danach bekam die Mezzo-Sopranistin Kopfweh und begann zu frieren. Ärzte stellten zudem eine Störung der Bewegungskoordination und eine leichte Lähmung im oberen Gesichtsbereich fest, welche die Stimme so weit beeinträchtigt, dass die Sängerin alle Auftritte absagen musste. Ranch warf dem Neurologen, der sie behandelt hatte, vor, er habe sich geweigert, eine Meldung über den Verdacht von Impfnebenwirkungen zu machen.

Wenige Tage später ging die „Berliner Zeitung“ ganz speziell nochmals auf die Meldeproblematik bei Impfkomplicationen ein. Aufgrund des Artikels über die Opernsängerin hatte sich Antje Greve, eine ärztliche Mitarbeiterin des Gesundheitsamts Karlsruhe, bei der Zeitung gemeldet.

Sie wies auf eine Vielzahl von Meldemöglichkeiten hin, die das Problem mit sich brächten, „dass überhaupt keine Kontrolle besteht, ob eine Impfkomplication überhaupt irgendwohin gemeldet wurde“. Sie gehe „von einer erheblichen Untererfassung von Impfkomplicationen, inklusive Todesfolge, nach Impfung aus“.

1,8 Millionen Meldungen bei WHO

In Österreich äußerten Experten des Verbandes der pharmazeutischen Industrie bereits im April die Vermutung, dass nur sechs Prozent der Arzneimittelnebenwirkungen gemeldet würden, die statistisch eigentlich zu erwarten wären. Trotzdem lagen in Österreich im April bereits nach drei Monaten mehr als 20.000 Meldungen über vermutete Nebenwirkungen nach Covid-Impfungen vor. Laut Christa Wirthmer-Hoche, Leiterin des Bereichs Medizin-

marktaufsicht der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, entsprach dies dem Dreifachen der sonst in Österreich in einem ganzen Jahr eingehenden Meldungen für alle Medikamente.

Auch die Zahl von Verdachtsmeldungen bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) spricht dafür, dass die neuartigen mRNA-Impfstoffe nicht so unproblematisch sind, wie dies von Herstellern und Politikern dargestellt wird. In einer sehr detaillierten Recherche hat die Internetseite „Transparenztest.de“ aufgezeigt, dass bei der EMA bis zum 3. September bereits 904.534 Verdachtsfälle mit Bezug auf die Covid-Impfstoffe gemeldet wurden. Da bis dahin für das laufende Jahr insgesamt gut 1,8 Millionen Verdachtsmeldungen über Nebenwirkungen von Medikamenten und Impfstoffen bei der Agentur eingegangen waren, machten

die Covid-Impfstoff-Fälle fast die Hälfte aller Meldungen seit Jahresbeginn aus. Zu den gemeldeten Nebenwirkungen zählten unerwartete Todesfälle, Herzinfarkte, Atemnot, Thrombosen und Embolien sowie Schlaganfälle. Aufschlussreich ist auch ein Blick auf Daten der Weltgesundheitsorganisation WHO. Diese erfasst seit Jahrzehnten weltweit Meldungen zu Impfnebenwirkungen. Bei der WHO waren bis zum 29. August, nach gut acht Monaten Anwendung der Covid-Impfstoffe, bereits 1,8 Millionen Berichte über den Verdacht auf Nebenwirkungen eingegangen. Weltweit hatten bis dahin etwa 3,1 Milliarden Menschen mindestens eine Impfung erhalten. Zum Vergleich: Bei den rund vier Milliarden Schutzimpfungen gegen Tuberkulose registrierte die WHO seit 1968 weltweit weniger als 37.000 Verdachtsmeldungen. Norman Hanert



WAHLEN IM KÖNIGSBERGER GEBIET

Kommunisten legten deutlich zu

Erstmals angetreten und gleich den Sprung in alle Parlamente geschafft: die Partei „Neues Volk“

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Am Freitag, dem 17. September, begann im nördlichen Ostpreußen eine dreitägige Wahl der Abgeordneten aller Regierungsebenen. Zum ersten Mal in der russischen Geschichte zog sich die Wahl über drei Tage hin. Dies war der Notwendigkeit geschuldet, einen zu hohen Menschenandrang in den Wahllokalen zu verhindern, damit diese nicht zu einer zusätzlichen Quelle der Ausbreitung des Coronavirus würden. Daneben hatten die Wähler in neun Regionen der Russischen Föderation die Möglichkeit, online abzustimmen.

Die Einwohner des Königsberger Gebiets wählten zwei Abgeordnete für die Staatsduma, 40 für das Regionalparlament und 125 in acht Gemeinden des Gebiets, einschließlich des Stadtrats der Pregeltropole. Alle Wahllokale, mehr als 500 an der Zahl, waren mit Videoüberwachung zur Aufzeichnung der Vorgänge ausgestattet. In den Wahllokalen waren rund 1500 Beobachter anwesend.

Die Wahl verlief jedoch nicht ohne Pannen. Wladimir Sultanow, ein ehemaliges Mitglied der Regionalduma und Kandidat für den Stadtrat von Königsberg, beschwerte sich bei der Wahlkommission, dass er seinen Namen auf dem Wahlzettel nicht finden konnte. Es stellte sich heraus, dass die Stimmzettel aus verschiedenen Wahllokalen verwechselt worden waren. Infolgedessen konnten die Wähler an fast zwei Wahltagen nicht für diesen Kandidaten stimmen, bis der Fehler korrigiert war.

In Metgethen [Kosmodemjanskii], das zum Königsberger Stadtbezirk gehört, werden Informationen über die Bestechung von Wählern überprüft, denen umgerechnet knapp sechs Euro pro Stimme angeboten worden sein sollen. Dieser Verdacht kam auf, nachdem ein Video aus einem Wahllokal im Internet aufgetaucht war.

In den Wahllokalen waren einige Wähler vom Vorhandensein elektronischer Wahlurnen überrascht. Sie hatten die üblichen durchsichtigen Plastikurnen erwartet und verstanden nicht sofort, dass nur



Gekleidet wie auf dem Weg in die Intensivstation eines Krankenhauses: Mitarbeiterinnen der mobilen Wahlbrigade Foto: J.T.

ein Wahlzettel nach dem anderen eingeworfen werden kann, damit die Maschine ihn richtig „schluckt“.

Online-Abstimmung möglich

Einige Wähler nutzten die Möglichkeit, zu Hause abzustimmen. Daher waren beispielsweise in der Gebietshauptstadt mobile Brigaden von Wahlkommissionen anzutreffen. Ihre Mitarbeiter ähnelten medizinischem Personal, das in besonders gefährdeten Bereichen arbeitet: Alle trugen Plastikmittel, Handschuhe und Mundschutzmasken.

Gründe, aus denen die Mitarbeiter der Wahlkommission nach Hause angefordert werden konnten, waren ein hohes Alter, der Gesundheitszustand oder eine Lebenssituation, die ein Verlassen des Hauses nicht erlaubte. Dazu war es im Vorfeld notwendig, sich schriftlich oder telefonisch an die zuständige Wahlkommission zu wenden oder online einen Antrag zu stellen.

Die Wahlbeteiligung im Königsberger Gebiet war eine der niedrigsten in der Russischen Föderation. Am zweiten Wahltag waren in den Wahllokalen noch weniger Wähler anwesend als am ersten. Nach dem ersten Tag hatten 15 Prozent der Wahlberechtigten in der Region und am zweiten Tag stieg die Zahl auf 26 Prozent ihre Stimme abgegeben. Die endgültige Wahlbeteiligung lag bei etwa 40 Prozent und damit wie immer deutlich unter dem staatsweiten Durchschnitt.

In Königsberg fielen die Ergebnisse der Staatsdumawahlen anders aus als im Gesamtgebiet. Hier erhielt die Kommunistische Partei 25 Prozent, was deutlich mehr ist als in anderen Gemeinden. Die Partei Einiges Russland kam auf 32 Prozent. Für die gesamte Oblast lagen die Ergebnisse jedoch näher an den gesamt-russischen Zahlen: „Einiges Russland“ erzielte 41 Prozent der Stimmen, die Kommunisten 20 Prozent, die Liberaldemokratische Partei und „Gerechtes Russland“ jeweils neun so-

wie die Partei „Neues Volk“ knapp über sechs Prozent. Die letztgenannte Partei nahm zum ersten Mal am Wahlkampf teil und hat auf Anhieb sowohl auf regionaler als auch auf staatlicher Ebene ein solides Ergebnis erzielt, das ihr den Einzug ins Parlament ermöglichte. Das Königsberger Gebiet wird in der Staatsduma durch zwei

40

Prozent Wahlbeteiligung im Königsberger Gebiet – das ist deutlich weniger als die durchschnittliche in der Russischen Föderation

Mitglieder der Partei Einiges Russland vertreten: Marina Orgejewa, die bisher Sprecherin des Regionalparlaments war, und Andrej Kolesnik, der bereits vor fünf Jahren Mitglied der Staatsduma wurde.

In der Regionalduma wurden alle Sitze in den Einmandatswahlkreisen von Vertretern der Partei „Einiges Russland“ eingenommen. Nur ein einziger parteiloser Kandidat siegte in seinem Wahlkreis, Jewgenij Gan, der für die Kommunistische Partei kandidierte. Er war bereits Mitglied der Regionalduma und stand vor 15 Jahren schon einmal an der Spitze des Stadtrats von Königsberg.

Es ist erwähnenswert, dass sich die Zusammensetzung des Königsberger Stadtrats merklich geändert hat. Das liegt daran, dass einige ihrer Mitglieder beschlossen haben, in die Regionalduma zu wechseln. Das hat einen triftigen Grund. Seit mehreren Jahren hat die Stadtverwaltung keinen Einfluss mehr auf die Stadtplanungspolitik, da diese Befugnisse auf die regionale Ebene übertragen wurden. Ein Großteil der Stadträte ist Eigentümer von großen Bauunternehmen, und so ist es für sie zweckmäßiger, im Regionalparlament zu sitzen, als im Stadtrat zu bleiben, um ihre Interessen zu vertreten.

MELDUNGEN

Architekten protestieren

Königsberg – Gegen die Pläne des St. Petersburger Bauunternehmens „Studio 44“ zur Bebauung des Stadtzentrums rund um das Haus der Räte, die vom Stadtbaurat angenommen wurden, hat die Königsberger Architektenvereinigung der Russischen Föderation in einem Brief an Gouverneur Anton Alichanow Widerspruch eingelegt. Die Vereinigung fordert, diese Pläne nicht umzusetzen, da sie dem historischen Symbolwert des Stadtzentrums nicht gerecht würden. Die St. Petersburger Konzeption sieht den Bau eines 100 Meter hohen Hotelturms sowie den Bau von Gebäuden für die Stadtverwaltung, Bürogebäuden und Wohnhäuser vor. Zwölf Architekten, die das Schreiben unterzeichnet haben, fordern, zu den Plänen des Büros „Herz der Stadt“, das 2015 aus einer internationalen Ausschreibung hervorgegangen war, zurückzukehren. MRK

Umgehung von Rastenburg

Rastenburg – Die Stadt Rastenburg soll eine Umgehungstraße erhalten. Mit dem Bau könnte bereits im Jahr 2023 begonnen werden. Die Planung umfasst eine etwa 13 Kilometer lange Straße mit einer Breite von sieben Metern. Das Bauprojekt schließt weiter den Bau neuer Kreisverkehre, Beleuchtungsanlagen, Gehwegen sowie Omnibus-Haltebuchten und Radwege ein. Vorgesehen sind unter anderem eine Brücke über den Fluss Guber sowie eine Eisenbahn-Überführung. „Die letzte Planung wird im September 2022 fertig sein, danach erfolgt die Finanzierungsplanung sowie die Ausschreibung für die Bauaufträge, sodass der Bau im Frühjahr 2023 beginnen könnte“, sagte Waldemar Krolikowski, Direktor des Vorstands der Woiwodschaftsstraßen in Allenstein. Investor ist der Vorstand der Woiwodschaftsstraßen, aber profitieren wird Rastenburg. PAZ

AKW RAGNIT

Mega-Batteriefabrik anstelle eines Kernkraftwerks

Der Energiekonzern „RosAtom“ steigt in den Bau von Lithium-Ionen-Zellen ein – Ziel: Förderung der E-Mobilität

Im Jahr 2010 begann 13 Kilometer südöstlich von Ragnit, nördlich von Budwethen (Altenkirch), auf der Gemarkung Laskowethen/Brandwethen, der Bau des Atomkraftwerkes „Baltijskaja AES“. Mit der Leistung von zweimal 1200 Megawatt sollte es die Energieversorgung des Königsberger Gebiets sicherstellen und Strom in die baltischen Staaten und die EU exportieren. 2014 wurde die Baustelle bereits wieder stillgelegt und die Pläne wurden nach umgerechnet 589 Millionen Euro angefallenen Baukosten offensichtlich auf Eis gelegt.

Ursache für den Baustillstand waren wohl die eingetretene politische Situation im Ukraine-Konflikt, der Wiederanschluss der Krim an die Russische Föderation sowie die in diesem Zusammenhang erlassenen Sanktionen und Embargos des Westens gegenüber Russland. Die wahrscheinliche Kündigung der Vorverträge der Stromexporte des bis 2016 lieferfähigen



Baustelle bei Ragnit im Jahr 2013: Ein Kernfangbehälter wird installiert

Atomkraftwerkes machten den Bau nicht mehr profitabel, und für das Königsberger Gebiet allein war es zu groß dimensioniert.

Seitdem wurde es ruhig um die Baustelle. Der örtlichen Presse und dem in Königsberg ansässigen deutschsprachigen Informationsportal „Kaliningrad-Domizil“ war zu entnehmen, dass der Bau durch den russischen Staatskonzern „RosAtom“ einer neuen Verwendung zugeführt werden soll. Bereits im März 2021 wurden Verhandlungen des Konzerns mit dem südkoreanischen Energiekonzern „Enertech International“ zur Kooperation beim Bau einer Batteriefabrik in der Russischen Föderation bekannt. Zum Standort wurde damals nichts vermeldet. Neuesten Meldungen zufolge soll eine Megafabrik zur Herstellung von Lithium-Ionen-Zellen und neuesten Systemen zur Speicherung von Elektroenergie auf der

Baustelle des ehemals geplanten Kernkraftwerkes errichtet werden. Spätestens 2026 soll die Produktion für die russische Fahrzeugindustrie und die unabhängige Stromversorgung aus Speichern für das Königsberger Gebiet beginnen.

2000 neue Arbeitsplätze in der Region

Die Standortwahl erfolgte im Interesse der Erschließung und Entwicklung des bisher industriell benachteiligten Nordostens der Region. So sollen zirka 2000 Arbeitsplätze, Wohnungen, Schulen und Verkaufseinrichtungen entstehen sowie die Infrastruktur in der Region Ragnit entwickelt werden. Der Investitionsbedarf liegt bei umgerechnet etwa 471 Millionen Euro. RosAtom wendet sich neben dem Atomkraftwerksbau zunehmend dem Ausbau alternativer Energieformen zu. Bernd Polte

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Erntedank

Hof – Zu einer vorgezogenen Erntedankfeier begrüßte Vorsitzender Christian Joachim die Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, in der Altdeutschen Bierstube. Die von Hannelore Morgner liebevoll geschmückten Tische waren voll besetzt. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder der vergangenen vier Wochen referierte Joachim über die Bedeutung der Landwirtschaft in Ost- und Westpreußen.

Neben der Flächenverteilung und der Viehzucht ging er besonders auf die Landarbeiter und deren Stellung im Gefüge der Gutsbetriebe ein. Alle Mitarbeiter wurden hauptsächlich mit Naturalien entlohnt. Bargeld floss nur spärlich. So erhielt jeder Angestellte freie Wohnung und Stall, einen Hausgarten sowie einen Kartoffel- und Rübenacker. Dazu kamen Futter und Weide für eine Kuh, 30 Zentner Getreide, sieben Raummeter Brennholz und mehrere Fuder Reisig. Das reichte auch für Großfamilien, die oft zehn Kinder hatten. Für die Feld- und Hofarbeit waren die Imstmänner zuständig. Den Handwerkern wie Schmied, Stellmacher, Müller und Gärtner stand noch eine weitere Kuh zu. Um den Viehbestand auf dem Hof kümmerten sich neben dem Gespännführer und dem Kutscher der Schäfer und der Schweinemeister. Der Leiter der Gutsmeierei hatte eine Sonderstellung. Wer sich um den Viehbestand kümmerte, war prozentual am Verkauf der Tiere beteiligt. Der Kämmerer fungierte als praktischer Betriebsleiter, der Inspektor oder Oberinspektor war die rechte Hand des Gutsherrn. Hauptverantwortlich leitete der Gutsbesitzer den Betrieb. Dieser war oft Diplom-Landwirt und hatte mitunter sogar promoviert. Am Ende ihres Arbeitslebens hatten die Rentner eine mietfreie Wohnküche, Hühnerstall und Brennholz bis an ihr Lebensende. So lebten oft mehrere Generationen auf dem Gutshof.

Nach dem interessanten Vortrag leitete Jutta Starosta mit dem russischen Märchen „Das leicht erworbene Brot“ zum geselligen Teil des Nachmittags über.

Das nächste Treffen findet am Sonnabend, dem 9. Oktober, 11 Uhr am Mahmal in der Blücherstraße anlässlich der Veranstaltung zum Tag der Heimat statt.

Die Veranstaltung am 13. November beginnt bereits um 13 Uhr. Auf dem Speiseplan stehen Königsberger Klopse. Gäste sind herzlich willkommen.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Jahreshauptversammlung

Bremen – Die diesjährige Jahreshauptversammlung, die coronabedingt nur mit 30 Personen stattfand, konnte turnusmäßig ohne



Ein Schild und sein Spender: Werner Siemund (l.) mit dem Vorsitzenden Heinrich Lohmann nach der Anbringung des neuen Schildes

Vorstandswahlen durchgeführt werden. Nach einem gemeinsamen Königsberger-Klops-Essen standen die Jahresberichte und die Ehrungen für acht langjährige Mitgliedschaften im Mittelpunkt.

Es wurden für 20 Jahre Mitgliedschaft geehrt: Margarethe Reiter, Ruth Struckmeyer und Werner Jagdfeld.

Es wurden für 30 Jahre Mitgliedschaft geehrt: Renate Aumund, Erna Büssenschütt und Sabine Kowalewicz.

Es wurden für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt: Günther Kniest und Ingeburg von Bostell. Meist krankheits- und altersbedingt waren von diesen nur drei Jubilare anwesend.

Schild weist den Weg

Bremen – Schon seit mehreren Jahren ist die ehemals selbstständige Bremer Gruppe der Westpreußen in unserer Landsmannschaft Ostpreußen e. V. aufgegangen. Die Namensänderung, die sich daran anschloss, war aber bisher nicht am Gebäude in der Bremer Parkstraße 4, in dem die Landsmannschaft ihre Geschäftsstelle hat, zu erkennen gewesen.

Eine Initiative unseres Mitgliedes Werner Siemund, gebürtig aus Ellerwald bei Elbing, ermöglichte es nun, dass Abhilfe geschaffen werden konnte. Ein von ihm vorzüglich gestaltetes neues Schild mit korrektem Namen und den Wappen Ostpreußens, Westpreußens und der Stadt Danzig fand mit der Hilfe eines Mitarbeiters seines Handwerksbetriebes den Weg zu uns und an die Hauswand. Es ersetzt dort den bisherigen Namen „Landsmannschaft Ostpreußen“. Ein gleiches Schild wurde im Flur des Hauses angebracht.

Beide Schilder sind eine Spende Werner Siemunds. Sie weisen nicht nur den Weg, sondern sind auch ein öffentliches Zeichen, dass es die Ost- und Westpreußen und ihre Landsmannschaft in Bremen gibt und dass sie noch lange in der Öffentlichkeit sichtbar bleiben wollen.



len. Möge uns die Gesundheit unserer Mitglieder und des Vorstandes noch lange erhalten bleiben, damit dies gelingen kann. *H. Lohmann*



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Treffen

Darmstadt – Nach 576 Tagen, Corona hat es verhindert, trafen wir uns zum ersten Mal 2021 am 11. September im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein. Unter Einhaltung des Corona-Hygienekonzeptes konnten unsere Mitglieder und Gäste an unserem ersten Monatstreffen teilnehmen. Das Motto lautete: „Wo ist unsere Mundart geblieben?“

Um ein Gelingen unserer Veranstaltung sicher zu stellen, hatte Gisela Keller alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen und auch die notwendige Bewirtung und Reinigung des Geschirrs ausgeführt. Nach den Begrüßungsworten durch Gerhard Schröder und Christian Keller wurde von der Möglichkeit den spendierten Kaffee und Kuchen zu genießen reger Gebrauch gemacht.

Ein großes Bedürfnis war es, in Stille an unsere verstorbenen Mitglieder und Freunde zu denken.

In Fortsetzung des Treffens gab Gerlinde Groß, Kreisvorsitzende der LOW Frankfurt, einen Einblick mit einer humoristischen Einlage über die Mundart der Ostpreußen. Dieser Vortrag gab Anlass zu einer regen Diskussionsrunde. Es wurde diskutiert über Dorf- und Stadtgebetsdialekte und über verständliches Aussprechen der deutschen Schriftsprache.

Auch das Treffen mit anderen Landsmannschaften zur Kranzniederlegung am Tag der Heimat am 4. September an der Gedenkstätte der Vertriebenen auf dem Darmstädter Waldfriedhof war Thema. Die Gedenkstunde stand unter dem Leitmotto „Vertreibungen und Deportationen ächten -Völkerverständigung fördern“.

Man verabschiedete sich mit dem Wissen, dass das nächste Treffen, wenn Corona es erlaubt, am 4. Oktober stattfindet.

Wolfskinder

Kassel – Donnerstag, 7. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Geschichten von Wolfskindern, Vortragende sind Bernd Brandes und Manfred Schweinehagen.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391

Treffen

Oldenburg – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, 26122 Oldenburg-Eversten: Erntedank-Nachmittag ohne den sonst üblichen Basar, dafür mit Lesung von Erhard Brüchert „Windlopers – vier historische Erzählungen“. Brüchert ist Oberstudienrat, Autor vieler Hörspiele, Theaterstücke und Bücher, stammt aus Pommern. Anmeldung telefonisch unter (0441) 2047676 erforderlich.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Erntedank

Essen – Freitag, 15. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorferstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zum Erntedank.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, **Telefon** (0371) 301616

Lehrerfortbildung

Chemnitz – Donnerstag, 7. Oktober, Kirchengemeinde St. Matthäus Kirche Altendorf: Lehrerfortbildung. Die Fortbildung soll den Lehrern für ihren Unterricht Handwerkszeug an die Hand ge-

ben, zum Beispiel Erlebnisberichte in den Schulen und sechs Wanderausstellungen. Die Rollups sind schon jetzt im Internet unter Beauftragter der Vertriebene und Spätaussiedler in Sachsen Jens Baumann zu sehen. Auch die Klassenstudienfahrten zu unserer Begegnungsstätte nach Knappenrode werden thematisiert.

Jahresabschluss

Großwaltersdorf – Von 23. bis 24. Oktober, Landhotel Trakehnerhof, 09575 Großwaltersdorf: Jahresabschlussveranstaltung.

Es trifft sich der erweiterte Vorstand der Landesgruppe aus Sachsen. Diese Veranstaltung ist eine Dankeschön-Veranstaltung für die geleistete Arbeit der Kreisgruppen. Hier wird der Vorstand die Berichte aus den Kreisgruppen entgegennehmen und der Vorstand Bericht erstatten über seine geleistete Arbeit. Als Gast wird Jens Baumann über seine Arbeit als Beauftragter berichten. Der Nachmittag wird einem geselligen Rahmen vorbehalten sein.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung

Flensburg – Vom Vorstand hatten wir zunächst eine gewisse Erwartungshaltung. Wer wird trotz der Noch-Coronaregeln kommen und können wir bei dem begrenzten Platzangebot im „Haus der Heimat“ auch noch Gäste einladen. Aber dann hat sich doch alles in Wohlgefallen und ohne Stress lösen lassen. Der Vorsitzende Edmund Ferner konnte zur Jahreshauptversammlung (JHV) am 5. September Teilnehmer von zwölf Ortsgruppen und als Gäste Fedor Mrozek vom BdV und Manfred Lietzow von der OMV sowie die Referentin Henriette Piper begrüßen, sodass die maximale zulässige Teilnehmerzahl nicht überschritten wurde.

Im ersten Teil der JHV ging es um die allgemeinen Vereinsregularen. Nach der Begrüßung, Totenehrung und den Grußworten ging

es um die Genehmigung der Protokolle der digitalen JHV 2020, die einstimmig beschlossen wurde. Anträge zu den Protokollen von der „Vereinigten Landsmannschaft“ Flensburg (VLM) konnten geregelt werden. Ein Antrag zur Änderung der Satzung wurde auf die nächste JHV verschoben. Der Jahresabschluss der Kasse 2020 wurde vom zurzeit kommissarischen Schatzmeister Hans-A. Eckloff vorgetragen und ohne Beanstandung genehmigt. Auch der Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden und zugleich Landeskulturreferenten Edmund Ferner fand die allgemeine Zustimmung, sodass die beantragte Entlastung des Schatzmeisters und Vorstandes einstimmig genehmigt wurde.

Durch den Tod unseres stellvertretenden Vorsitzenden und zugleich Schatzmeisters Peter Gerigk standen nun Nachwahlen auf dem Programm. Als Wahlleiter hatte Michael Weber von der VLM bereits im Vorwege die Wahlzeremonie gut vorbereitet, die in offener Wahl durchgeführt werden konnte. Im ersten Wahlgang war der stellvertretende Vorsitzende zu wählen. Herr Wenskat - Einzelmitglied – wurde einstimmig für drei Jahre gewählt und nahm die Wahl an.

Im zweiten Wahlgang wurde Heiko Wermke einstimmig „zwar in Abwesenheit, aber durch Zusage zum Schatzmeister für drei Jahre gewählt.“

Im dritten Wahlgang wurden schließlich die Kassenprüfer Axel Simanowski von der OG Bad Schwartau für zwei Jahre und Ulla Guttowski von der OG Mölln für ein Jahr gewählt. Damit war der erste Teil der JHV erledigt.

Kultureller Teil der JHV

Im kulturellen Teil ging es um folgende Vorträge:

So zwischendurch: „Wat dat förn herrliches Land is“, Ingelore Spaeth berichtet über die Eindrücke eines Gruppenleiters, der mit der VHS Fehmarn eine Reise nach Masuren in Ostpreußen unternommen hatte, die er in Plattdeutsch, aber auch im ostpreußischen Dialekt erzählt. Eine schöne Geschichte.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von



Klaus A. Lunau

* 15. Juni 1930 † 12. September 2021
in Sybba (Walden) in Langenhagen
Kreis Lyck

Der Verstorbene war von 2012 – 2017 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Fischhausen und Mitinitiator der Veranstaltungsreihe „Deutsch-Russisches Forum – Zukunft braucht Vergangenheit“ der Landsmannschaft Ostpreußen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die LO Herrn Klaus A. Lunau im Jahre 2010 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher	Stephan Grigat Sprecher	Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister
--------------------------------------	----------------------------	---

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

te zum Schmunzeln, die damit endet, dass „dat Land ein herrliches Land is,...) aber dat best, wat dat Land hervörbröcht hett, sünd de Marjellchens. Un kanst glöben, ick heff mi een mitbröcht.“

Gedenktag 20. Juni: Internationaler Weltflüchtlingstag von Edmund Ferner in der Kurzfassung: Wer die Heimat zwangsweise verlassen musste, spürt häufig eine lebenslange Wunde, die nur oberflächlich verheilt und immer wieder aufbricht. Und so haben wir zu respektieren gelernt, was die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann folgendermaßen formuliert: „Es gibt so etwas wie ein Menschenrecht auf eine Erinnerung, das man mit Zensur und Tabuisierung schwerlich aus der Welt schaffen kann.“

Mit diesen Eingangsworten berichtet Ferner über den alljährlich am 20. Juni stattfindenden internationalen Weltflüchtlingstag. Erst im Jahre 1989, als Archive zugänglich wurden und ideologische Barrieren fielen, Menschen sich ungehindert austauschen konnten und die Angst vor Grenzrevisionen und Rückgabeforderungen wich, da konnten auch Polen, Ungarn und andere mitteleuropäische Völker einen selbstkritischen Blick auf die eigene Geschichte werfen. Sogenannte ethnische „Säuberungen“ sind heute überall, zumindest in Europa, als Mittel der Politik diskreditiert, Vertreibungen in der Vergangenheit werden zunehmend als Unrecht anerkannt.

Die deutsche Vergangenheit ist mehr und mehr ein Teil der Geschichte auch Polens, Tschechiens, der Slowakei, Lettlands und Ungarn geworden – und im Bewusstsein von Polen, Tschechien, Ungarn nicht selten lebendiger als im Bewusstsein von Deutschen.

Es dauerte lange, bis Deutschland ein in sich selbst ausgesöhntes Land wurde. Ein Land, in dem die einen Heimat behalten und andere Heimat gewinnen konnten. Ein Land, in dem sich die einen nicht fremd und die anderen nicht ausgegrenzt fühlten. Zum 6. Mal gedenkt nun Deutschland im Oktober an einem offiziellen bundesweiten Gedenktag jener Millionen von Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges zwangsweise ihre Heimat verloren. Zum 6. Mal begeht Deutschland damit auch regierungsamtlich den internationalen Weltflüchtlingstag, wie er vor 21 Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde.

„Hugo Linck, der letzte Pfarrer von Königsberg zwischen Ostpreußen und Hamburg“ – Vortrag von Henriette Piper in der Kurzfassung:

Henriette Piper, eine Enkelin von Hugo Link, hat ein Buch über ihren Großvater geschrieben, der 1890 in Königsberg geboren und am 24. Dezember 1976 in Hamburg verstorben ist. In ihrem mit Bildern unterlegten Vortrag berichtet Piper über die einzelnen Stationen und dem sehr bewegten Lebensweg von Hugo Link.

Nach dem Abitur studierte er zunächst an der Albertus Universität in Königsberg und dann in Tübingen evangelische Theologie. Als

Freiwilliger im Ersten Weltkrieg geriet er 1915 in russische Gefangenschaft und wurde nach Sibirien verbracht. Nach gelungener Flucht wurde er am 28. Dezember 1918 in der Schlosskirche in Königsberg ordiniert. Zwischen den Weltkriegen war er Pfarrer in verschiedenen Gemeinden wie Wehlau, Puppen, Löbenicht und zuletzt in Liep. Da die Gemeinde Liep sehr rasch wuchs, baute Linck 1936 ein Gemeindezentrum und das Pfarrhaus für eine 2. Pfarrstelle und engagierte sich früh in der Bekennenden Kirche. Ab 1936 saß er im ostpreußischen Landesbruderrat. Nach der Schlacht um Königsberg blieb er bei seiner Gemeinde in Liep. Die Mitarbeiter der evangelischen Restkirche wählten ihn im März 1946 zum Hauptpfarrer und Leiter der evangelischen Kirche Ostpreußens. Ein Angebot der Russen, ihn zum „Bischof“ zu ernennen, lehnte er ab. Im März 1948 wurde er ausgewiesen, machte in Hamburg zunächst einen Erholungsurlaub, und ab August war Linck Pastor an St. Johannes in Harvestehude mit offizieller Amtseinführung am fünften Februar 1949. Zehn Jahre später wurde er emeritiert.

Noch während seiner Zeit als Pfarrer an der Löbenichtischen Kirche sorgte sich Link nach dem Krieg um einen „Silberschatz“. Zum Kirchenschatz gehörte eine in Silber gefasste liturgische Schrift von 1681. Im August 1945 mauerte Linck sie in einer verborgenen Gruft seiner Kirche ein. Zwei Luftangriffe auf Königsberg zerstörten auch die Löbenichtische Kirche, und der Silberschatz wurde gesprengt. Linck sammelte die Reste ein und schmuggelte den Einband

bei seiner Ausweisung mit nach Hamburg, wo er ihn an einen Bruderratskollegen übergab, der es einem Stift für Flüchtlinge aus den Ostgebieten des Dritten Reiches übergab. Heute ist der Silberschatz durch eine Dauerleihgabe von dem Stift und im Einvernehmen mit der Evangelischen Kirche Deutschland im Ostpreußischem Landesmuseum zu sehen. Ein Dank an die Enkelin Henriette Piper, die mit ihrem Vortrag uns an der bewegten Lebensgeschichte ihres Großvaters Hugo Linck und den „Silberschatz“ teilhaben ließ. Damit endete auch der kulturelle Teil der JHV.

Hans-Albert Eckloff

Treffen

Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Im September waren die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel bei der Vorsitzenden zusammengekommen. Thema des Nachmittags war der 2. Teil der Reichsstraße Nr. 1 / Bundesstraße Nr. 1 von Berlin nach Königsberg und weiter nach Eydtkuhnen.

In Berlin schauen wir uns noch etwas um: da ist das Konzerthaus auf dem Gendarmenmarkt, erbaut von dem berühmten Baumeister Karl-Friedrich Schinkel, weiter geht es zum ehemaligen Stettiner Bahnhof, jetzt: S-Bahnstation Nordbahnhof. Vom Stettiner Bahnhof führen einst die Züge in unsere Heimatorte. Alte Gleise sind in den Fußweg eingelassen. Sie zeigen die Richtung an, auf denen früher die Strecken verliefen. Der Endbahnhof ist auf einer Steintafel genannt: Königsberg.

Wir verlassen Berlin und erreichen über Küstrin Landsberg an

der Warthe, gegründet 1257. Dann kommen wir nach Deutsch Krone. Über Konitz kommen wir zu der großen Weichselbrücke bei Dirschau. Sie war 1945 die letzte Rettung für viele Ostpreußen vor der nachfolgenden Front. Und schon nach wenigen Kilometern erreichen wir die Marienburg. Sie ist die größte Burganlage in Europa. Von hier regierten die Hochmeister des Ordensland, bis der Orden 1410 bei Tannenberg eine Niederlage erlitt.

Dann kommen wir nach Elbing. Das 1237 vom Deutschen Orden gegründet Elbing war bekannt durch die Schichau-Werke, aber auch durch die Pa. Komnick und Söhne AG, die Lastwagen und Omnibusse herstellte. Südlich von Elbing verläuft der Oberländische Kanal, der mehrere Seen verbindet und die Städte Deutsch Eylau, Osterode und Elbing bis zum Frischen Haff.

Auf der R 1 geht es weiter nach Frauenburg, das erstmals 1282 erwähnt wurde und 1310 das Lübsche Stadtrecht bekam. Hier lebte und arbeitete Nikolaus Kopernikus, der in Frauenburg Domherr war und auch als Arzt, Astronom, Kartograph und Mathematiker bekannt wurde. Über Braunsberg erreichen wir Heiligenbeil, das im Zweiten Weltkrieg Kampfgebiet einer der letzten Kesselschlachten wurde.

Danach kündigt sich Königsberg mit den großen Ladekränen des Hafens an. Fast parallel zum Freihafen führt die R 1 von Südwesten in die Stadt hinein. Wir treffen auf eine Stadt voller Leben. Wir schauen uns weiter um und entdecken noch viel Bekanntes. Hinter Königsberg führt die R 1 nach Arnau. über den Wiederaufbau der Kirche durch Spenden aus

Deutschland hatte Georg Baltrusch in unserer Gruppe berichtet.

Es geht nördlich an Tapiaw vorbei. Die Nachbarstadt Wehlau, bekannt durch den Pferdemarkt, hat 1945 sehr gelitten und die Altstadt fast völlig verloren.

Wir erreichen die vom Deutschen Orden errichtete Festung Insterburg, die Komtursitz wurde und ab 1347 Amtssitz eines Pflegers. 1689 verstarb in Insterburg die Pfarrerstochter Anke von Beilstein, die in jungen Jahren als „Ännchen von Tharau“ besungen wurde. Insterburg ist heute eine sehr schön renovierte Stadt.

Nun erreichen wir auf der R 1 das 1722 gegründete Stallupönen (später Ebenrode).

In der Grenzstadt Eydtkuhnen (später Schlossberg) endet die einst längste Straße Deutschlands – 1,392 Kilometer sind wir nun von Aachen vom Anfang der R 1 entfernt. In Eydtkuhnen sind nur noch wenige Häuser erhalten. Sie ist eine russisch-litauische Grenzstadt geworden.

Die Teilnehmer konnten diesen Teil der R 1 aus der Erinnerung verfolgen und mit eigenem Wissen zu einigen Stationen berichten. Wichtige Quelle: „Preußen Kurier“, Nr. 2/2021 Gisela Brauer

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku', 'Kreiskette', and 'So ist's richtig:'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 and arrows indicating word directions.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Wasserfahrzeuge.

- 1 zerstreut, unruhig
2 Form; Schnitt, Sitz
3 Gabe, Schenkung
4 englische Stadt bei Manchester
5 Nervenzentrum
6 stürzende Schneemasse

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein tragbares Rundfunkgerät.

- 1 Reifall, großer Misserfolg, 2 Vorrichtungen zum Anfassen, 3 Aufseher in einem Nationalpark, 4 Schmuckstein, Feldspat, 5 Senderaum

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of circles and arrows.

Heimatkreisgemeinschaften

NRW



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dom-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amsehlstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Unser Kreistreffen

Burgdorf – Lang erwartet und intensiv vorbereitet konnte unser Kreistreffen vom 10. bis 12. September diesen Jahres im Gasthaus Haase in Burgdorf stattfinden.

Zu unserem traditionellen Matjesessen am Freitagabend konnten wir über 40 Teilnehmer begrüßen. Sonnabend und Sonntag

waren mit einem bunten Programm gefüllt, zu dem rund 60 Besucher kamen. Unsere beiden ältesten Besucher, Landsleute aus Zinten, waren 93 und 88 Jahre alt.

Gedenkveranstaltung

Nach einem Besuch am Sonnabendvormittag an unserem Gedenkstein im Stadtpark Burgdorf mit Gedenkrede und stillem Gedenken an Flucht und Vertreibung vor über 75 Jahren fand die öffentliche Mitgliederversammlung im Veranstaltungszentrum statt.

Der Nachmittag verging mit frohen Begegnungen und Erzählen sowie einem gemeinsamen Kaffeetrinken aller Anwesenden, zu dem die Landsleute lustige Sketche, nachdenkliche und fröhliche Gedichte vortrugen.

Im Veranstaltungssaal war eine kleine Ausstellung zum Thema „Weissstorch in Ostpreußen“ aufgebaut, die durch Fotos von zwei Heimatreisen in den jetzt polnischen Teil des Kreises Heiligenbeil aus diesem Jahr ergänzt wurden. Lang saßen die Landsleute am Abend noch zusammen.

Der Sonntag begann mit einem Platzkonzert der Schützenkapelle Gehrden, das alle sehr erfreute.

Daran schloss sich die festliche Feierstunde an, zu der die Kreisvertreterin Viola Reyentanz auch zahlreiche Ehrengäste begrüßen konnte. Der Bürgermeister der Stadt Burgdorf, Armin Pollehn, überbrachte ein Grußwort. Die Festrede hielt Ehrenvorsitzender Siegfried Dreher zum Thema: Das Schicksal der hungernden ostpreussischen Kinder nach Kriegsende – später genannt „Wolfskinder“.

Trotz sinkender Besucherzahlen waren sich alle einig, dass wir ein schönes harmonisches Treffen erlebt haben, dass im kommenden Jahr seine Fortsetzung finden wird.

Im Vorfeld des Kreistreffens fand unsere Kreistagssitzung mit Vorstandswahlen sowie die jährliche Kassenprüfung statt. Diese waren ursprünglich für Juni geplant, mussten aber wegen der geltenden Coronaregeln abgesagt werden.

Genaueres finden Sie auf unserer Internetseite unter www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de V.R.



Im Landtag Nordrhein-Westfalens: (von links) Klaus Kaiser, Staatssekretär des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft, der Präsident des Landtags, André Kuper, der Bundestagsabgeordnete und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, Sängerin Helena Goldt und Heiko Hendriks, der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern
Foto: Landtag NRW/Wilfried Meyer

Tag der neuen Heimat

Beauftragter Fabritius hält eine Festrede im Düsseldorfer Landtag

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, MdB, hat auf Einladung des nordrhein-westfälischen Landesbeauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern beim „Tag der neuen Heimat“ im Düsseldorfer Landtag die Festrede gehalten.

In Anwesenheit des Landtagspräsidenten, André Kuper, des nordrhein-westfälischen Staatssekretärs für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser, des Landesbeauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, und zahlreichen weiteren Ehrengästen würdigte der Bundesbeauftragte die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler als wichtige Partner einer

modernen und zukunftsorientierten Heimatpolitik mit gesamtgesellschaftlicher Wirkungskraft.

Den rund 14 Millionen deutschen Heimatvertriebenen und über 4,5 Millionen Aussiedlern und Spätaussiedlern dankte Fabritius für ihr unermüdliches heimatpolitisches Engagement, das nicht nur erinnerungspolitisch der Bewahrung des verlorenen heimatlichen Erbes in Brauchtum, Tradition und Lebensweise diene. Fabritius würdigte die Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler auch als wichtige Brückenbauer zu den heimatverbliebenen deutschen Minderheiten. Daraus ergab sich, so Fabritius, auch eine moderne europäische Dimension: „Diese Heimatverbundenheit schafft gleichsam das Fundament für einen weltweiten Austausch und das Verständnis für das ge-

meinsame kulturelle Erbe in Europa.“ Als wichtige gesellschaftliche Akteure gelte es daher auch in Zukunft durch fortwährende Tatkraft in den Selbstorganisationen und vor allem durch eine überzeugte und beherrschte Jugendarbeit das wichtige heimatpolitische Potential der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler gestalterisch umzusetzen.

Der Tag der neuen Heimat wird seit 2006 vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft und vom Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen veranstaltet. Mehr als 620.000 Aussiedler und Spätaussiedler haben in den letzten Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden.

Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat

MEMEL

Endlich in Präsenz

Das Schuljahr beginnt am Hermann-Sudermann-Gymnasium

Die Freude war groß bei den Erstklässlern bis zu den Abiturienten, nicht nur des Hermann-Sudermann-Gymnasiums, als bei schönstem Wetter das neue Schuljahr wieder begann. In ganz Litauen beginnt alljährlich das neue Schuljahr am 1. September.

Das Hermann-Sudermann-Gymnasium ist die einzige Schule im Baltikum, an der die Schüler von der ersten Klasse bis zum Abitur die deutsche Sprache als Muttersprache erlernen. 1992 wurde

diese Schule als deutsche Minderheitenschule unter Federführung des Deutschen Vereins gegründet. Das beliebte Hermann-Sudermann-Gymnasium genießt in Memel hohe Anerkennung. Zwischen der staatlichen Schule und dem Verein der Deutschen in Memel besteht ein enges partnerschaftliches Verhältnis. Zunächst begrüßte die Schuldirektorin Jolita Andrijauskienė alle Erst- und Fünftklässler sowie die Abiturienten und übermittelte ihnen die besten

Wünsche für das neue Schuljahr. Aber auch der Verein der Deutschen in Memel war durch seinen Vorsitzenden Klaus Peter Paul Grudzinskas und dem Direktor des Simon-Dach-Hauses Arnold Piklaps vertreten, die zu einem Grußwort gebeten wurden. Sie betonten, dass sie sehr stolz auf alle Schüler seien, die sich um das Erlernen der deutschen Sprache bemühen und wünschten der Schulgemeinschaft recht viel Erfolg.

Verein der Deutschen in Memel



Ein großer Tag: Schulbeginn am Hermann-Sudermann-Gymnasium

Foto: Rasa Müller

„Hilfe für Euch“ stellt aus

Schleswig – Am 2. und 3. Oktober, jeweils von 11 bis 17 Uhr, stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ wieder im Kloster St. Johannis ihre wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen aus. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die belieb-

ten handgestrickten Socken und qualitätvolle Röcke, Bernstein aus Ostpreußen, Bärenfang, Kochbüchlein und vieles andere. Der Erlös kommt einerseits den Handarbeiterinnen, die so ein Zubrot für ihre Familien verdienen, zugute, andererseits rund hundert bedürftigen Familien,

die von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut werden. Mitausstellerin ist Valentina Kharytych aus Kiew. Mit ihren ukrainischen Handarbeiten bereichert sie die Ausstellung. Sie unterstützt mit dem Erlös mehrere Familien in ihrer Heimat.

Ulrike Madeya

HESSEN

Tätigkeitsperiode bis 2024

Landesvertriebenenbeirat setzt seine Arbeit fort

Der Hessische Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen hat sich Mitte September für die 22. Tätigkeitsperiode neu konstituiert und unter der Leitung von Innenminister Peter Beuth seinen Vorsitzenden gewählt.

Seit dem Jahr 1953 gibt es in Hessen einen Landesvertriebenenbeirat. Damit ist Hessen das einzige Bundesland, in dem ununterbrochen ein solcher Beirat berufen wird, auch nach Wegfall der bundesgesetzlichen Kann-Bestimmung zur Berufung eines Landesbeirats nach § 22 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) zum 1. Januar 2005. Grundlage ist seit 2005 der ausdrückliche Wille der Hessischen Landesregierung, von einem Beirat in Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beraten zu werden. Innerhalb des Landesvertriebenenbeirates werden zwei Unterausschüsse gebildet: der Kulturausschuss und der Eingliederungsausschuss. Aufgabe des Beirates und seiner beiden Ausschüsse ist es, die Landesregierung in Fragen der Heimatvertriebenen

und der Spätaussiedler sachkundig zu beraten.

Die Mitglieder des Landesbeirates wurden bereits im Frühjahr 2020 von Beuth für die 22. Tätigkeitsperiode vom 1. April 2020 bis zum 31. März 2024 berufen. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte im vergangenen Jahr die konstituierende Sitzung des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen nicht stattfinden. Nunmehr konnte sich der Landesbeirat konstituieren und tagte erstmals in seiner Geschichte in hybrider Form, dies bedeutet, dass ein Teil der Beiratsmitglieder vor Ort anwesend war und andere Beiratsmitglieder per Videokonferenz zugeschaltet wurden.

Im Rahmen der Sitzung wählten die Mitglieder Siegfried Ortman, Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, erneut zum Vorsitzenden des Landesbeirates. Zu seinem Stellvertreter wurde Johann Thießen, Bundes- und Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, gewählt. Ebenfalls

konstituierten sich die beiden Unterausschüsse, der Kulturausschuss und der Eingliederungsausschuss. Vorsitzender des Kulturausschusses wurde erneut Martin Sprungala, Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, sein Stellvertreter ist Manfred Hüber, stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen. Thießen wurde zum Vorsitzenden des Eingliederungsausschusses gewählt, seine Stellvertreterin wurde Albina Nazarene-Vetter, Geschäftsführerin der Deutschen Jugend aus Russland Landesverband Hessen e.V. Margarete Ziegler-Raschdorf, Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler erläuterte in ihrem Bericht aktuelle Schwerpunkte im gemeinsamen Themenbereich, die auch Impulse für die anstehenden Beratungen des Beirates setzen könnten.

Weitere Informationen zum Landesbeirat: <https://innen.hessen.de/ueber-uns/beauftragte-fuer-heimatvertriebenespaetaussiedler/landesvertriebenenbeirat>

HMDIS

SCHLOSSBERG

Corona verhindert den Grenzübertritt

Der Hilfstransport in den Kreis kam über Umwege dennoch auch in diesem Jahr gut an

Im September führte die Kreisgemeinschaft Schloßberg wieder einen Hilfstransport durch, um die heutigen Bewohner auf dem Lande des Kreises Schloßberg zu unterstützen. Lange wurde überlegt, ob in diesem Jahr überhaupt eine Fahrt stattfinden kann. Voller Vorfreude ging es aber nun doch in Richtung Osten. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten die Teilnehmer des Hilfstransports die russische Grenze zwar nicht überschreiten, sie fanden aber einen Weg, damit die Hilfsgüter die vorgesehenen Empfänger erreichen.

Mit einem Sprinter des Deutschen Rote Kreuzes machten sich die fünf Teilnehmer wieder auf den Rückweg. Der führte sie über Stettin, Neustadt und Danzig, zunächst bis nach Zondern. Unterwegs gab es noch einen Abstecher nach Krutinnen, wo die Krutinna, einer der schönsten Flüsse Ostpreußens, zum Staaken einlud und dabei viel Ruhe bot. Unterbrochen wurde diese nur durch einige Schwäne und andere Wasservögel.

Durch Lucy und Jurek wurden die Teilnehmer in Zondern wie Stammgäste herzlich empfangen. Ein ehemaliger deutscher Bauernhof wurde zu Ferienwohnungen hergerichtet, und es fehlt den Gästen hier an nichts. Zum Abendbrot gab es als besondere Zugabe leckeren Fisch.

Am nächsten Tag stand den Teilnehmern ein volles Programm bevor. Zunächst ging es nach Lyck, wo ebenfalls Hilfsgüter abgegeben wurden. Durch Zufall stellte sich heraus, dass gerade an diesem Tag die Jubiläumsfeier „30 Jahre Deutsche Minderheit“ am Wasserturm gefeiert wurde. Diese Einladung nahmen die Teilnehmer gerne an und fühlten sich geehrt, daran teilnehmen zu dürfen. Neben den Jubiläumreden von polnischer Seite ergriff Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee das Wort. Sie lobte die Arbeit der Deutschen Minderheit mit ihrer Vorsitzenden Irena Subzda. Nach den Feierlichkeiten am



Große Dankbarkeit: Diese Schloßbergerin freut sich über die Lebensmittel, die vom gespendeten Geld bezahlt wurden

Foto: KG Schloßberg

Wasserturm stand die Besichtigung der Holzkirche in Scharfenrade auf dem Programm. Die Kirche wurde 1667 erbaut, ihre Orgel stammt aus dem Jahre 1799. Anschließend ging es zum Festessen in das Restaurant Zorza in Prostken. Die nächste Station war das etwa 180 Kilometer entfernte Neustadt [Kodirkos Naumiensis]. Maryte Simanaviciene bereitete den Teilnehmern einen sehr herzlichen Empfang in ihrem Hause. Maryte war im Jahre 2005 Betreuerin im Schloßberger Ferienlager und hat den Kontakt zur Kreisgemeinschaft nicht abreißen lassen. Es gab natürlich viel zu erzählen, denn in den vielen Jahren war natürlich so Manches passiert. Maryte hatte auch einen Besuch in der „Schirwindter Stube“ organisiert, wo Frau Spaneitis über die einst östlichste Stadt des Deutschen Reiches, Schirwindt, informierte.

Zum Schluss folgten die Teilnehmer der Einladung einer Frau in Neustadt. Durch Zufall waren sie sich beim Hilfs-

transport vor zwei Jahren begegnet. Die Wiedersehensfreude war groß.

Übernachtet wurde in Jurbarkas. Am nächsten Tag stand ein wichtiges Ereignis auf dem Programm: das Treffen mit dem Mittelsmann, der die Spenden über die Grenze in den Kreis Schloßberg bringen würde. Es hat zum Glück alles sehr gut geklappt. Schon nach wenigen Stunden kam die Information, dass die meisten Sachen schon verteilt worden seien.

Der Kindergarten in Schloßberg nahm die Spenden mit großer Freude in Empfang, hier müssen wieder einige Investitionen getätigt werden. Das Gleiche gilt für den nur noch kleinen Kindergarten im Dorf Schillfelde. Seit vielen Jahren unterstützt die Kreisgemeinschaft Schloßberg auch die Sozialarbeiterin in Schloßberg. Sie kümmert sich um Senioren, die nur eine kleine Rente bekommen und damit kaum über die Runden kommen. Es werden Lebensmittel von den Geldspenden vor Ort gekauft und von „unserer Vera“

verteilt. Dann kann auch mal etwas auf den Tisch kommen, was man sich sonst nicht leisten kann. Auch mit mancher Jacke, Hose oder auch einem Paar Schuhe konnten die Senioren beglückt werden. Diese Dankbarkeit wird sogar über die Fotos von der Verteilung deutlich und lässt bei den Spendern und Überbringern die ein oder andere Träne kullern.

Unterstützt wurde auch die Diakonie in Gumbinnen und die Tanzgruppe „Tschebatucha“ in Lasdehnen, die die Kreisgemeinschaft vor einigen Jahren besucht hatte.

In Heydekrug, wo im Jahre 1942 die Sängerin Alexandra geboren wurde, wartete schon Gerlinda Strunguriene auf den Transporter. Sie ist die Vorsitzende des Deutschen Vereins „Heide“. Auch hier wurden die Teilnehmer sehr herzlich empfangen, die einige ihrer Hilfsgüter ausluden und für zwei Tage ihr Quartier bezogen.

Durch einen glücklichen Umstand lernten die Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland in Ruß den promovierten Udo Lade kennen, der schon seit einiger Zeit Hilfsgüter in Containern mit seinem Verein in Beverstedt von Bremerhaven ins Memelland bringt. Er erzählte von interessanten Einzelheiten in seinem Ferienhaus in Ruß.

Mit von der Partie in dieser gemütlichen Kaffeerunde war auch die örtliche Bürgermeisterin. Eine sehr interessante, resolute Frau, die schon viel bewegt hat für ihren Ort. So hat sie einen langen Kampf mit den Behörden für die neue Brücke in Ruß ausgefochten. Lade berichtete von einer Fährverbindung aus der Nähe von Ruß nach Nidden. Diesem Tipp folgend machten sich die Teilnehmer gleich am nächsten Tag auf den Weg. Durch das Memeldelta, an der Windenburger Ecke vorbei ging es durch das Frische Haff in den Fischerort Nidden.

Bei einem Spaziergang auf der Strandpromenade bei herrlichem Spätsommer-

wetter konnte man noch einmal richtig entspannen. Fast am Ende der Promenade wartete das Thomas-Mann-Haus, das inzwischen zu einem Kulturzentrum ausgebaut wurde. Hier gab es Interessantes über den deutschen Nobelpreisträger zu erfahren, der hier von 1929 bis 1932 wirkte.

Auf der Rückreise schaute sich die Gruppe in Warpuhnen die frisch renovierte evangelische Kirche an. Daran beteiligt ist der Verein „Freunde Masurens“ mit der nimmermüden Vorsitzenden Kerstin Harms aus Bienenbüttel. Bei einem kurzen Besuch bei Familie Schmidt in Süßental fühlte man sich wieder wie zu Hause, aber es war nur wenig Zeit, denn der Weg in das Hadelner Land war noch weit. Eine überaus interessante und erlebnisreiche Ostpreußenreise ging zu Ende.

Bedanken möchte sich der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Schloßberg bei den vielen Spendern, ohne die ein solcher Hilfstransport nicht möglich gewesen wäre. Namentlich erwähnt seien Elfriede Beer, Klaus Paulat, Ulrich Sielmann, das Deutsche Rote Kreuz und die Kirchengemeinde Wanna.

Norbert Schattauer



Die Teilnehmer Foto: KG Schloßberg

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Nur Teil einer hybriden Identität?

Oberschlesische Familien möchten die deutsche Muttersprache weitergeben, aber scheuen ein Bekenntnis zu ihr als identitätsstiftend

„Wie viele Sprachen du sprichst, sooft bist du Mensch“ sagte bereits der alte Goethe. Zwei Mal Mensch ist der Oberschlesier sicherlich durch die polnische Sprache und die wasserpolsche Mundart. Der deutsche Oberschlesier jedoch kämpft in vielen Fällen dafür, dass sein Nachwuchs sogar drei Mal Mensch sein kann. Dabei will ihm das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit mit der Kampagne „Bilingua – einfach mit Deutsch!“ helfen und organisiert Familientreffen zum Thema zweisprachige Erziehung.

Am 19. September fand im Geburtsort des Dichters der Romantik Joseph von Eichendorff im ober-schlesischen Lubowitz, zehn Kilometer vor Ratibor, so ein „Familientreffen“ statt – zum ersten Mal nun auch in der ober-schlesischen Woiwodschaft „Schlesien“. Dort versammelten sich Eltern, die ihre Kinder deutsch-polnisch erziehen oder dieses noch vorhaben. Während dieser Begegnung gab es organisierte Spiele für die Kleinen in deutscher Sprache. Die Erwachsenen konnten in dieser Zeit Vorträgen lauschen, bei Veranstaltungen mitmachen und an Diskussionen teilnehmen. In dem Teil Oberschlesiens, der zur Woiwodschaft Oppeln gehört, werden solche „Familien-



Wo ist mein Platz? Eine Werbeaktion für zweisprachige Erziehung Foto: C. W. Wagner

treffen“ jedes Jahr seit fast zehn Jahren organisiert. Seit zwei Jahren gibt es sie auch in Ostpreußen, zuletzt in Allenstein.

Auch Lucjan Dzumla, Chef des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, erzieht seine Kinder zweisprachig und weiß um viele Fragen, die sich Eltern dabei stellen. Denn solange eines der Eltern-

teile Deutsch als Muttersprachler spricht, scheint es einfacher zu gehen. Aber was, wenn jemand die Sprache vermitteln soll, der diese selbst nicht hundertprozentig durchdringt? Diese Angst sollte den Eltern genommen werden, denn wichtiger sei dabei die Konsequenz im Gebrauch der Sprache im Alltag, versicherte Dzumla.

Dies konnten Experten und weitere „geübte“ Eltern bestätigen.

Anita und Robert Jonczyk hatten noch während ihres Germanistikstudiums in Breslau beschlossen, ihre Kinder zweisprachig aufwachsen zu lassen. Deutsch haben die Ratiborer bereits zu Hause gelernt, und das wollten sie auch an ihre Kinder weitergeben. An ihre Grenzen sind die Eltern gestoßen, wenn sie den Sprösslingen zum Beispiel erklären sollten, wie ein Betonmischer funktioniert. Immer wieder mussten sie nach entsprechender Literatur suchen. Und weil sie wussten, dass es vielen Eltern ähnlich erging, haben sie beschlossen, einen Verlag mit Kinderbüchern zu gründen. Seit fast drei Jahren sind sie mit dem Verlag „Sam“ (allein) in Ratibor erfolgreich. Besonders gefragt seien Publikationen zur zweisprachigen Erziehung, sagt die Verlegerin und Mutter von zwei Jungen.

Auch das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit hat ein Handbuch für Eltern zur Einführung der Zweisprachigkeit herausgegeben. Immer wieder werden die Vorteile einer zweisprachigen Erziehung aufgelistet: Denkprozesse werden durch stärkere Verbindungen beider Gehirnhälften angeregt, weitere Sprachen

können leichter erlernt werden, das Speichern von Informationen und ihre Konzentration funktionieren besser als bei einsprachigen Altersgenossen. Aber sollte neben diesen Aspekten nicht auch ein für die deutsche Volksgruppe ebenso wichtiger im Vordergrund stehen – nämlich, dass Sprache identitätsstiftend ist? „Woran erkennt man eine Minderheit? An der Sprache!“, predigte stets der Mitbegründer der Organisation der Deutschen, Friedrich Schikora, der am 8. September verstorben ist. Stattdessen spricht selbst Verlegerin Jonczyk von ihrer „hybriden Identität“.

Und an dieser Stelle beißt sich die Katze in den Schwanz. Allein der Terminus der „hybriden Identität“ ist durch Mittlerorganisationen der Bundesrepublik ebenso lanciert worden wie durch den Konsum des deutschen Fernsehens. Ein ständiges Dilemma ist dabei auch der antrainierte Fluchtpunkt vieler Oberschlesier, sich anderen gegenüber nicht als Deutsche, sondern zunächst als Oberschlesier zu bekennen. Das lässt eigentlich erst auf dem Umweg den Rückschluss zu, derjenige „könnte“ zugleich auch deutschen Bekenntnisses sein.

Chris W. Wagner

USEDOM

Usedomer Bernsteinbäder – Natur statt Glamour

Die Usedomer Bernsteinbäder Kölpinsee und Ückeritz – ein vielfältiges Angebot erwartet den Gast

VON ERWIN ROSENTHAL

Die Usedomer Ostseebäder Zempin, Koserow, Kölpinsee und Ückeritz haben mit dem Ziel der optimalen Vermarktung den Bäderverbund „Usedomer Bernsteinbäder“ gegründet. Die Frage, ob die Bernsteinsucher an den Stränden dieser Ostseebäder eher fündig werden als in Heringsdorf, kann man wohl mit Recht bejahen. Zwar spült die See hier je Kilometer Strand und Tag nicht mehr Bernsteine an als in den Kaiserbädern, dort gibt es allerdings beim Suchen mehr Konkurrenz, „Miehr Adebars as Poggen“, wie der Pommer sagt. Auch der schöne Strand von Stubbenfelde lädt zur Bernsteinsuche ein. Stubbenfelde ist neben Kölpinsee ein Ortsteil der Gemeinde Loddin. Loddin liegt zwei Kilometer landeinwärts, am Achterwasser.

Von Naturgewalten gestaltet

Ebenso wie in Koserow hat seinerzeit auch bei Kölpinsee der Nordost-Sturm die Insel geteilt. Zweimal, jeweils in der Silvesternacht 1904/1905 und 1913/1914, wurde die Düne durchbrochen. Das Ostseewasser ergoss sich zunächst in den Kölpinsee und – zwei Kilometer weiter – ins Achterwasser. Eine Düne und ein Deich sollen heute ähnliche Szenarien verhindern.

Kölpinsee kann – ebenso wie der Nachbarort Ückeritz – nicht mit einer glamourösen Einkaufsmeile, einem Spielcasino oder Nachtclubs werben, sondern vor allem mit seiner einzigartigen Natur. Das Angebot an modernen Ferienwohnungen und anspruchsvollen Hotelzimmern rundet das Bild ab. Noch immer erinnert man in der „Seerose“ gerne daran, dass in den 1920/30er Jahren UFA-



Das Loddiner Höft, im Hintergrund Kölpinsee

Foto: Rosenthal

Filmstars wie Willy Fritsch, Lilian Harvey, Grethe Weiser, Anny Ondra und Hans Söhnker hier logierten. Auch Werner von Braun, der technische Direktor der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Peenemünde, war vor 1945 wiederholt Gast des Hauses.

UFA-Künstler logierten hier gerne

Gut besucht ist auch der Campingplatz in Stubbenfelde, der 2021 bis Ende August ausgebaut war. Zu den Naturschätzen des Ortes gehören neben dem schönen

breiten Sandstrand und dem Kölpinsee auch die bewaldete Steilküste, das Loddiner Höft und die Teufelsinsel beziehungsweise der Teufelsberg in Stubbenfelde. Der Kölpinsee, ein Strandsee mit einer Wasserfläche von zirka 28 Hektar, ist nur 200 Meter von der Ostsee entfernt. Das benachbarte Ostseebad Ückeritz, wenige Kilometer südöstlich gelegen, ist wohl das waldreichste Usedomer Ostseebad. Das einstige Fischer- und Bauerndorf liegt am Achterwasser. Der Strandweg führt durch den Wald am so-

genannten „Pisselberg“, auf halber Strecke zwischen dem Ort und den Fischerbuden auf den Dünen gelegen, vorbei.

Nach getaner Arbeit am Strand und einem Feierabendbier legten hier früher die Fischer, als es am Strand noch keine sanitären Einrichtungen gab und man noch zu Fuß gehen musste, auf ihrem Heimweg eine kleine Pause ein.

Ückeritz kann mit seinem schier endlosen Sandstrand, zwei Seglerhäfen am Achterwasser, einem Kletterwald, einem Campingplatz hinter den Dünen, einer

Rehaklinik auf dem Kliff, dem Wockninsee, in dem unter anderem die Europäische Sumpfschildkröte vorkommt und einem Gesteinsgarten werben.

Eiszeit-Zeugen in Neu-Pudagla

Der sehenswerte Gesteins- und Geschlebegarten, am Forstamt Neu Pudagla gelegen, wurde in Zusammenarbeit mit Geologen der Greifswalder Universität angelegt. Der Ursprung der Steine geht bis zur letzten Eiszeit zurück. Ein besonderes Exponat ist der „Nexösandstein“ mit einem Volumen von etwa 2,3 Kubikmetern. Der älteste Stein unter den Exponaten könnte zwei Milliarden Jahre alt sein, der schwerste wiegt etwa sieben Tonnen.

In DDR-Zeiten gab es im Dünenwald zwischen Ückeritz und Bansin einen fünf Kilometer langen Zeltplatz für etwa 20.000 Camper. Scherzhaft wurde er auch „der größte Campingplatz Europas“ genannt. Die Versorgung der Camper verlief nicht immer reibungslos. Einige von ihnen gaben in Heringsdorf vor einem ZK-Heim ihrem Unmut darüber lautstark Ausdruck. Der DEFA-Film von 1963 „Die Glatzkopfbande“ stellt diese Ereignisse verfälscht und propagandistisch überhöht dar.

Künstlerkolonie seit 1930

Erwähnenswert ist eine bereits in den 1930er Jahren in Ückeritz angesiedelte, exklusive Künstlerkolonie. Bekannte Maler wie Herbert Wegehaupt, Otto Manigk, Susanne Kandt-Horn, Manfred Kandt, Karen Schacht und Vera Kopetz wirkten dort jahrzehntelang. Heute ist Ückeritz die Heimat der Künstler Oskar Manigk und Matthias Wegehaupt.

● www.usedomer-bernsteinbaeder.de

HINTERPOMMERN

Reisestation Rummelsburg – einst Tuchmacherstadt

Die von Massows und der Räuber Rummel

(Fortsetzung aus Nr. 38)

Von Schneidemühl ging es mit dem Zug über Neustettin nach Rummelsburg [Miastko].

Im Hotel Dom Pomorskie erhielten wir gute Tipps vom Hotelbesitzer. Er machte uns auf den Skwer (Square) der Partnerstädte aufmerksam. Bad Fallingbostel ist die deutsche Partnerstadt von Miastko. In der Nähe dieses Skwers (Platzes) steht eine kompakte, menschengroß geschnitzte Holzfigur. Es ist der Räuber Rummel. Sein Name erinnert heute nur noch an den deutschen Städtenamen Rummelsburg.

Rummelsburg wurde erstmals 1478 als Dorf und 1506 als Städtchen im Besitz der adeligen Familie von Massow erwähnt. Ein Heinrich von Massow taucht aber schon 1333 als Gebieter über dieses Land auf. Zwischen den von Massows als Grundherren und den Bewohnern des Landes gab es häufig Streit. Rummel war zu der Zeit ein legendärer Räuber, der hier sein Unwesen trieb. Er bestahl die Reichen und verteilte die erbeuteten Schätze an die Armen. Er selbst behielt nicht viel für sich und soll sehr dünn gewesen sein.

Die Familie von Massow beschloss, mit dem Räuber Frieden zu schließen. Sie erlaubte ihm einen Ritt, der von der Morgen- bis zur Abenddämmerung dauern durfte. Das Land, das er dabei umritt, soll-



Der Räuber Rummel

te ihm gehören. In diesem umrittenen Land lag Rummelsburg die Hauptstadt, und der Räuber Rummel wurde hier Bürgermeister.

Rummelsburg war zur deutschen Zeit eine Kreisstadt. Zu Friedrichs des Großen Zeiten erblühte sie zu einer besonders geförderten Tuchmacherstadt. Im heutigen Rummelsburg gibt es laut Information aus dem Informationszentrum keine Wbereien mehr.

Die hübsche Stadt an der Stüdnitz wurde Ende des Zweiten Weltkriegs stark zerstört. Die Stadtmitte bildet die Stadtkirche. An dieser heute katholischen Kirche Zur Heiligen Jungfrau steht ein Informationsschild auf dem vermerkt wurde, dass 1727 Valentin von Massow die Schirmherrschaft über die Kirche übernommen hätte und 1876 eine zwölfstimmige Orgel von der Orgelbauanstalt Barnim Grüneberg aus Stettin installiert wurde. Die Stadtmitte wurde 1945 durch die Russen niedergebrannt und die Kirche erheblich zerstört. Heute befindet sich eine neue Orgel in ihr.

Auf einem Kurzausflug per Bahn entdeckten wir am Bahnhof Hammermühle [Kepice] riesige Holzstapel. Doch die Papierfabrik, einst ein bedeutender Industriestandort in Pommern, ist hier nicht mehr in Betrieb.

Rummelsburger Quempas

Die Tradition des Quempas-Singens zur Weihnachtszeit nahmen die Rummelsburger mit in den Westen. In verschiedenen Kirchen in Norddeutschland wurde die Tradition fortgeführt. Am 9. Dezember 1995 konnte der uralte Brauch der „Rummelsburger Frühkirche“, der „Rummelsburger Quempas“, erstmals wieder in der heimatli-



Die einst evangelische Stadtkirche zu Rummelsburg Fotos (2): Kleszczewski

Sehr bedeutend für Rummelsburg war stets das Quempasingen zu Weihnachten. Am 25. Dezember 1945 soll der letzte Quempas in Rummelsburg in der Friedhofskapelle gesungen worden sein.

Fortsetzung folgt – die nächste Station ist Bütow. *Brigitte Kleszczewski*

● **Info** www.rummelsburg.de. Die Partnerstadt ist Bad Fallingbostel

Hinweis des Heimatkreises Stettin



Bitte beachten:

Ab sofort Überweisungen an den Heimatkreis Stettin nur noch auf das Konto bei der Sparkasse zu Lübeck DE41 2305 0101 0160 4581 39 vornehmen – Dankeschön!

<https://www.stettin-heimatkreis.de>

„Meilenweit von der Realität entrückt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Für solche wunderbaren Artikel liebe ich die PAZ“

Chris Benthe, Dresden
zum Thema: „Bernhard Heiliger – ein Künstler aus Stettin“ (Nr. 37)



Ausgabe Nr. 37

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN VIRUS-LOBBYIST ZU: STREIT ZUR LABORTHESI (NR. 35)

Als Reserveoffizier und langjähriger Teilnehmer an medizinischen Foren im Rahmen der NATO und auf Kongressen habe ich doch einige Koryphäen der Wissenschaft kennen- und schätzengelern. Darunter einen Niederländer, seines Zeichens Biochemiker, der weltweit Forschungen betreibt, Inhaber vieler Patente und bestens vernetzt ist. Dieser Freund hat schon vor einigen Monaten klar definiert und auch publiziert, dass die Genfrequenzen des Covid-19-Erregers zu 99,8 Prozent nicht tierischem Ursprung, sondern klar aus einem Laborvirus entstammt seien.

In diesem Zusammenhang sollte man auch in die USA schauen. Dort ist Dr. Anthony Fauci ein sogenanntes Pendant zu unserem Dr. Christian Drosten, das heißt er ist der oberste Chefberater als Mikrobiologe der US-Regierung. Ihm wird momentan gewaltig vonseiten des Senats und Politikern des US-Repräsentantenhauses Druck gemacht, seitdem klar wurde, dass er mit Millionen amerikanischem Steuergeld massiv Forschungsvorhaben mit dem chinesischen Labor in Wuhan finanziert hat und genau solche Arten von Viren, die Pandemie-fähig sind, zur Produktionsreife gebracht hat. Das bringt ihm politisch im Senat den Vorwurf ein, er „habe mit amerikanischem Steuergeld die US-Bürger mit diesem tödlichen Erreger sterben lassen“. Auch sitzen internationale Pharmafirmen mit im Boot bei den Forschungsvorhaben in Wuhan.

Leider bekommt man diese Informationen aus den USA nicht in den deutschen Medien zu Gesicht, sondern muss sich in sozialen Medien oder in der PAZ informieren. *Dr. Volker Daum, Bayreuth*

SCHOLL-LATOURS WEISHEITEN ZU: VERSCHÄTZT (NR. 34)

Herr Maas und Frau Kramp-Karrenbauer leben in einer Scheinwelt – meilenweit der Realität entrückt.

Die Folge: Massive Fehleinschätzung der Wirklichkeit, insbesondere der afghanischen politischen Situation. Herr Maas eignet sich als Leiter eines Heimatmuseums und Frau Karrenbauer als Kita-Mitarbeiterin, aber als Außenminister und Verteidigungsministerin sind beide sicherlich total überfordert; also versagen sie – zum großen Schaden Deutschlands. Vielen führenden Politikern fehlen Sachkompetenz, Realitätssinn, Weitblick und analytisches Denkvermögen.

Politiker, die naiv glaubten, Afghanistan demokratisieren zu können, hätten von dem Publizisten Peter Scholl-Latour sehr viel lernen können. Er schrieb treffend: „Westliche Demokratie ist für orientalische Länder nicht tauglich.“

Uwe Spahr, Elmshorn

RESPEKTIERTE PERSÖNLICHKEIT ZU: MANIPULATION UND AUFKLÄRUNG (NR. 36) UND: DER WEISSE BARON (NR. 36)

Nachdem ich Sie einmal kritisiert habe wegen eines inhaltlichen Fehlers, hier nun einmal ein Lob: Auf Ihre Publikation kann und werde ich auch zukünftig nicht verzichten. Wenn überhaupt etwas hervorzuheben ist, dann die Buchbesprechung von Klaus Kunze „Die sanfte Gehirnwäsche“. Das, was dort beschrieben wird, erlebe ich täglich beim Umgang mit den Medien.

Besonders gefreut habe ich mich über den Artikel, der sich mit Roman von Ungern-Sternberg befasst hat, eine Nachkomm(in) aus dieser Familie war die Chefin meiner Mutter beim Landesjugendamt in Bremen. Sie war eine bemerkenswerte Persönlichkeit, die von allen Mitarbeitern gleichsam respektiert wurde.

Michael Kümmel, Bremen

SCHLESISCHE KERAMIK ZU: TRADITION MIT MODERNE VEREINT (NR. 35)

Ich bin erstaunt, dass als Bunzlauer Keramik nur die vermerkt ist, die nach 1945

geraubt worden ist, aber nicht die von Fredelsloh, deren Familien, die Bunzelstöpfle produzierten. *Dr. Enno Eimers, Leer*

CHURCHILL UND DIE DEUTSCHEN ZU: „THEREFORE I SAY TO YOU: LET EUROPE ARISE“ (NR. 37)

Wäre Winston Churchill nicht einer der Gewinner des Zweiten Weltkriegs gewesen, würde die Beurteilung dieses Mannes sicherlich deutlich anders ausfallen, so aber kommt ihm der Vorteil zugute, dass der Sieger immer die Geschichte schreibt. Ein derart selbstsüchtiger Mann, von Hass durchdrungen, klingt auch in seiner Züricher Rede für Historiker nicht überzeugend.

Auch seine Fulton-Rede, kurz zuvor gehalten, zeigt seinen wahren Charakter und die sich dahinter verborgenen Absichten und Gedanken, auf die sich Vertragspartner gerade nach einem derart gnadenlosen und rücksichtslos geführten Krieg nur schwerlich hätten einlassen können.

Die Person Churchills war stets von einem unbändigen Deutschen Hass durchzogen, was sich auch aus einer Vielzahl von Zitaten ableiten lässt. Damit relativieren sich viele seiner Aussagen, die mit einer objektiven Wahrheit ohnehin oftmals auf Kriegsfuß standen. Das deutsche Kaiserreich hatte sich durch die Schaffung einer fortschrittlichen Sozialpolitik und einheitlicher Rechtsnormen durch den jungen Kaiser in der Nach-Bismarck-Ära zu einem modernen Staatswesen entwickelt. Bis zur Jahrhundertwende des 20. Jahrhunderts war England noch Weltmarktführer, sah aber in der modernen wachsenden deutschen Konkurrenz eine wirtschaftliche Bedrohung.

Eine bedrohliche Aggressivität ging indes nicht von der deutschen Politik aus. Kaiser Wilhelm II. wurde noch bei seinem 25. Thronjubiläum 1913 in der internationalen Presse als Friedenskaiser gewürdigt. Dennoch wurde Deutschland als Verbündeter Österreichs in den Ersten Weltkrieg hineingezogen. Obwohl inzwischen

vonseiten der Historiker unbestritten ist, dass Deutschland als letztes Land mobil machte, wurde ihm die Anerkennung der Alleinschuld am Kriegsausbruch in den Verhandlungen von Versailles abgepresst.

Wenn also Churchill in seiner Züricher Rede noch von der Alleinschuld Deutschlands spricht, zeigt sich nur, wie verlogen und unehrlich dieser Politiker war. An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass im Jahre 1916 die erste Friedensinitiative wiederum von der deutschen Seite ausging, die nicht von alliierter Seite aufgegriffen wurde.

Hier sahen bereits die amerikanischen Banker die Rückzahlung ihrer an England und Frankreich gegebenen Kriegskredite in Gefahr, was letztlich auch die Mitwirkung Amerikas am Ersten Weltkrieg erforderlich machte. Das von deutscher Seite in den 14-Punkte-Plan Wilsons gesetzte Vertrauen in einen ebenbürtigen Waffenstillstand der kriegführenden Parteien wurde mithin schon beim Abschluss der Versailler Vereinbarungen herbe enttäuscht.

Neben Gebietsabtretungen und Vertreibungen galten ganz offenbar Grundsätze des Völkerrechts wie die Selbstbestimmung für Deutsche nicht. Ebenso wurden vertraglich festgelegte Abrüstungen in den Folgejahren durch die Alliierten nicht eingehalten. Die Ausplünderung Deutschlands trat ganz offensichtlich zutage. Die Folgen dieser Politik sind bekannt und im Wesentlichen durch anglo-amerikanische Interessen herbeigeführt worden.

Bei Kriegsausbruch 1939 ist Churchill mit Sicherheit bekannt gewesen, welches Schreckensregiment ein Josef Stalin zu diesem Zeitpunkt bereits über sein eigenes Volk durch die sogenannte Säuberung hergestellt hatte. Das allein hätte ausreichend sein müssen, mit diesem menschlichen Ungeheuer keine Bündnisse einzugehen. Vielleicht entstammt daher seine spätere Erkenntnis (in der Fulton-Rede vom 5. März 1946 angedeutet) im Hinblick auf Josef Stalin „... wir haben vielleicht das falsche Schwein geschlachtet.“

Rudolf Neumann, Ahrensburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-05-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

TIROL

Die „Öztaler Wasserläufer“

Vom einem der höchsten Wasserfälle Tirols bis zur tosenden Ache – Rundwanderwege im Seitental des Inns westlich von Innsbruck

VON JUDITH KUNZ

Es ist angenehm warm. Der Weg führt bergauf. Zwar durch schattigen Kiefernwald und auch nur 250 Höhenmeter, aber dennoch schweißtreibend. Kaum jemand ist unterwegs. Die erste Begegnung in der Sonne oben auf der Anhöhe: ein Schmetterlingsfreund mit Käppi und Käscher.

Ob die Gegend bekannt ist für besondere Falter? Er sei zum ersten Mal im Ötztal und kenne sich noch nicht aus, sagt der Lepidopterologe, während er den Blick weiter auf Insekten in der Wiese fixiert. Man selbst ist fasziniert vom Rauschen der Windach-Ache, das immer lauter wird und endlich Abkühlung verheißt. Der Wildbach ist der Star auf dem „Waalweg Mooserstegle“ – einem von sechs „Wasserläufern“, die sich als Rundwege unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade quer durchs Ötztal schlängeln. Allesamt spritzig und familientauglich.

„Waaale“ sind ausgehöhlte Baumstämme, in denen das Wasser schon seit Jahrhunderten auf Felder und Wiesen geleitet wird. Genau dorthin, wo es gebraucht wird hier im hinteren Ötztal, das zu den inneralpinen Trockengebieten zählt. Und exakt in den jeweils benötigten Mengen.

Während Erwachsene auf dem „Waalweg Mooserstegle“ über den Erfindergeist vergangener Zeiten staunen, trappeln Kinder lieber in den kleinen Kunstbächen, schauen dem Wasserrad zu, wie es sich dreht – und vergessen im mystisch-moosigen Märchenwald die Zeit. Dabei kühlt die Windach-Ache verlässlich die Luft, es gibt keine bessere Klimaanlage. Eigentlich braucht man nur anderthalb Stunden für den vier Kilometer langen Weg mit seinem 250 Höhenmetern, der in Söldens Zentrum beginnt und endet. Aber: Es kann auch deutlich länger werden.

Am nächsten Tag vielleicht zum Stuibenfall in Umhausen? Mit 159 Metern Fallhöhe und bis zu 2000 Litern Wasser, die pro Sekunde in die Tiefe stürzen, ist er der imposanteste – und am eindrucklichsten



Mutiger Blick in die Tiefe: Von der Aussichtsplattform am Stuibenfall können Wanderer die Kletterer beim Aufstieg beobachten

inszenierte – in ganz Tirol. Exakt 700 Stufen führen nach oben, auf der 80 Meter langen Hängebrücke ist man absolut sicher, bekommt aber dennoch eine Ahnung vom Schleudergang dieser „Waschmaschine“.

Höhepunkt ist die Aussichtsplattform. Das liegt auch an den Klettersteig-Gehern, die sich direkt darunter über die Kante nach oben ziehen und plötzlich ins Blickfeld geraten. Einmal umdrehen und nach oben schauen: Dort sind sie schon wieder. Beziehungsweise ihre Vorgänger – und queren den zweithöchsten Wasserfall Tirols. Bloß nicht ausrutschen, denkt sich der Laie fasziniert, während er seinen Weg fortsetzt. Denn auch dieser „Wasserläufer“ ist ein Rundweg, der Gästen nicht nur ein Naturdenkmal näherbringt, son-

dern zudem die stille Schönheit neben dem Publikumsmagneten.

Über den Umhauser Höhenweg mit seiner grandiosen Aussicht auf die zum Teil noch mit Schnee bedeckten Bergriesen des Ötztals und den Steppsteig geht es wieder zurück zum Ausgangspunkt. Gut neun Kilometer mit 600 Höhenmetern im Anstieg und dreieinhalb Stunden Gehzeit. Wer das Bilderbuchpanorama vor dem Abstieg in aller Ruhe genießen möchte, kehrt in der Jausenstation Bichl ein, die zu einem einsamen Bauerngehöft aus dem 13. Jahrhundert gehört.

Oder soll es auch im Spätsommer lieber was zum richtig Baden sein? Dann nichts wie auf zum Piburger See, dem wärmsten in ganz Tirol. Aber nur so hinwandern – das würde viele Glanzlichter

am Wegesrand aussparen. Besser von Oetz nach Norden zum Weiler Habichen aufbrechen und die Wellerbrücke über die Ötztaler Ache queren. Sie ist mittendrin im rauschenden Getöse und bietet den besten Blick auf eine der herrlichsten Wildwasserstrecken Österreichs. Jahrelang wurden hier die Weltmeisterschaften im Extremkajak ausgetragen.

Noch ein kurzer Anstieg zum Seejöchel (1041 Meter), schon sieht man den Piburger See: eingebettet in eine märchenhafte Waldlandschaft, in magischem Grün-Blau schimmernd und so klar, dass man jeden Flossenschlag von Forellen und Barschen beobachten kann. Frisch geangelt kann man das Gesamtkunstwerk danach bei Salat mit gebackenem Käse genießen – und vermutlich beschließen, dass es nicht das

letzte Mal war. Der Rundweg mit 9,2 Kilometern und 335 Höhenmetern eignet sich ideal für schöne Oktober-Tage.

Und weil sich bislang wirklich alles gelohnt hat, will man auch die anderen „Wasserläufer“ erkunden. Der eine heißt „Brand-Burgstein“ und führt von Längenfeld aus über eine 84 Meter lange Hängebrücke, die in 220 Metern Höhe über dem Talboden schwebt und hier die beiden Sonnenbalkone Brand und Burgstein verbindet. Beim nächsten durchs Rotmoostal fährt man mit der Bahn hinauf ins hochalpine Gelände zur Hohen Mut (2670 Meter), geht durch uralte Zirbenwälder und bestaunt den imposanten Rotmooswasserfall. Bleibt noch „Mutsbühel“ als unvergesslicher Aussichtspunkt oberhalb des Bergsteigerdorfs Vent – ein Rundweg, auf dem sich die Venter Ache mächtig in Szene setzt.

Sechs Wege, die das Element Wasser in all seinen Facetten spürbar machen. Und die das Ötztal von einer ganz anderen Seite präsentieren. Wer denkt schon an Wasser, wenn er nach Sölden fährt? Dabei weist das Ötztal mit 86 Gletschern die größte Vergletscherung der Ostalpen auf. Das Süßwasser sprudelt von den steilen Hängen der 250 Dreitausender über gigantische Felsen zu Tal, hat im Laufe der Jahrtausende tiefe Schluchten gegraben und sanfte Seen geschaffen. Und ist, in welcher Form auch immer, der Garant für echte Sommerfrische in den Tiroler Bergen.

Aber: Was war eigentlich mit den Faltern? Tirol gilt als Schmetterlingsland mit 2800 nachgewiesenen Arten. Welche genau am „Waalweg Mooserstegle“ daheim sind, muss noch erforscht werden. Nach den Wasser-Erkundungen vielleicht mit Käppi und Käscher starten – und Wikipedia um neue Einträge bereichern? Es gibt viel zu tun im Ötztal.

● **Weitere Informationen** Ötztal Tourismus, Gemeindefstraße 4, A-6450 Sölden, Telefon 0043 57200-0, E-Mail: info@oetz-tal.com, Internet: www.oetz-tal.com

NIEDERLANDE

Das Manhattan an der Maas

Hollands verkannte zweitgrößte Stadt – Wer den Touristenmassen in Amsterdam ausweichen will, ist in Rotterdam gut aufgehoben

Keine Stadt wird in den Niederlanden so verkannt wie Rotterdam. Neben Amsterdam galt sie immer als hässliches Entlein. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Innenstadt von der deutschen Luftwaffe fast dem Erdboden gleichgemacht.

Doch die Holländer sahen in der Katastrophe eine Chance. Die Stadt wurde nur zu einem kleinen Teil restauriert, das meiste komplett neu gebaut. Gläserne Kuben und moderne Wohnhochhäuser wachsen in den Himmel. Rotterdam ist ein Experimentierfeld für Architekten, und genau das macht die Stadt so spannend, sie ist ständig in Bewegung, ihr Erscheinungsbild ändert sich immer wieder. Heute ist diese Modernität das Markenzeichen der Stadt.

Mit dem Wassertaxi, dem Fahrrad oder zu Fuß lässt sich das futuristische Rotterdam gut erkunden. Die beeindruckende Silhouette – auch „Manhattan an der Maas“ genannt – prägt das Gesicht der Stadt. Ihr Wahrzeichen ist die Erasmusbrücke über die Neue Maas, einem Strom des Rheindeltas. Mittendrin befindet sich viel nostalgischer Charme – so im Veerhafen mit den Segelbooten oder in den

alten Stadtvierteln mit ihren Backsteinhäusern.

Dem historischen Rotterdam nähert man sich am besten in Delfshaven, dem alten Hafen und „Tor zur Welt“. Von dort brachen schon die Pilgerväter Richtung Amerika auf. Einen großen Teil ihres

Wohlstands verdankt die Stadt ihrem Zugang zum Meer. Mit fast 420 Millionen Tonnen Güterumschlag hat Rotterdam den mit Abstand umsatzstärksten Hafen Europas.

Seit einiger Zeit nimmt ein gelber Linienbus Kurs auf eine Rampe im Hafen,

um sich dort gezielt ins Wasser plumpsen zu lassen. Nachdem das abgesehen von seiner Farbe eher unscheinbare Vehikel die architektonischen Aushängeschilder Rotterdams zuvor auf dem Landweg erkundet hat, setzt es seinen Rundkurs unbeeindruckt im Wasser fort. „Splashtours“ nennt sich der 75 Minuten dauernde Spaß. Dahinter verbirgt sich eine niederländische Entwicklung, für deren Genehmigung nicht weniger als 29 verschiedene Lizenzen notwendig waren.

Als weitere Attraktion im Hafen lockt ein historisches Kreuzfahrtschiff, das auf der Halbinsel Katendrecht vor Anker liegt, Einheimische und Touristen gleichermaßen an. Die „SS Rotterdam“ ist das ehemalige Flaggschiff der Holland-Amerika-Lijn und mit einer Länge von 228 Metern und 13 Decks das größte Passagierschiff, das je in den Niederlanden gebaut wurde. Nachdem die Stil-Ikone Ende der 90er Jahre ausgemustert wurde, war ihr Schicksal lange Zeit ungewiss – bis sich eine Gruppe niederländischer Investoren des einstigen nationalen Stolzes annahm.

Mit viel Aufwand wurde das Schiff in den darauffolgenden Jahren restauriert

und als eigenständige Attraktion wieder eröffnet. Vier Landungsbrücken führen die Besucher seitdem in Schiffsbereiche unterschiedlichster Funktionen.

Glamouröser Mittelpunkt ist ein Viersterne-Hotel mit 258 Kabinen, die über mehrere Decks verteilt und mit Originalmöbeln ausgestattet sind. Außerdem fungiert die „Rotterdam“ als ein Museum, das sich selbst und seiner reichen Historie gewidmet ist, als Konferenzstandort und als gastronomische Attraktion – inklusive Freiluft-Bar und Sonnendeck.

Nur wenige Minuten von Rotterdam entfernt liegt in Kinderdijk ein Stück Holland, wie es holländischer nicht sein könnte, mit Käse, Holzschuhen und vielen Windmühlen, die zu den schönsten Ausflugszielen Hollands gehören. Die 19 noch gut erhaltenen Mühlen stammen aus dem 18. Jahrhundert und wurden von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannt. Von der Erasmusbrücke in Rotterdam fährt regelmäßig ein Wasserbus in dieses Freilichtmuseum. *Andreas Guballa*

● **Touristinformation Rotterdam** (auf Englisch) en.rotterdam.info



Schräge Wohnarchitektur: Die von Piet Blom entworfenen Rotterdamer Kubushäuser

● FÜR SIE GELESEN

Mit offenen Augen

Kiekut heißt Ausguck! Das genießt man, wenn man auf der Brücke eines Schiffes steht und die See beobachtet. Das kennt der Schiffsfahrts- und Reisejournalist Peer Schmidt-Walther noch aus seiner Seefahrtszeit.

Ausguck heißt, immer mit offenen Augen und wachen Geistes das maritime Umfeld wahrnehmen. Wer auf oder am Wasser urlaubt, der wird fast zwangsläufig mit Schiffen in Berührung kommen.

Mit diesem Buch kann der Seefahrtsinteressierte seinen Horizont kurzweilig erweitern und auch mal von einer Wasserreise träumen oder gar selbst eine unternehmen. Anhand von 55 lebendigen Geschichten wird in fachkundiger, gut verständlicher Manier hinter die Kulissen von fast allem geguckt, was sich auf dem Wasser bewegt. Da dürfte für jeden Geschmack etwas dabei sein. Hausboote, Frachter, Fähren, Tanker, Eisbrecher, Flusskreuzfahrtschiffe und Segelschiffe sind darunter, kleine und große, alte und neue. Kurioses und Wissenswertes gehören auch dazu, sozusagen als „Blick über die Suppenschüssel“, der manch einen vielleicht staunen lässt.

Im Mittelpunkt der Schauplätze steht die Hafenstadt Stralsund, in der der Autor lebt und deren Schifffahrt er an Bord oder von seinem Arbeitszimmer aus und auch sonst im Auge hat. Vor allem aber die mit der Seefahrt im engeren und weiteren Sinne befassten Menschen an Bord und an Land.

Christian Rödel

Peer Schmidt-Walther: „KIEKUT. Von Menschen und Schiffen, an Bord vor



und hinter unseren Küsten“, edition psw, Stralsund 2021, gebunden, 341 Seiten, 19,50 Euro, Bestellung: peermaritim@google-mail.com

Gefährliche Gesinnung

Nach „Der Schwarm“ legt Frank Schätzing das Sachbuch „Was, wenn wir einfach die Welt retten?“ vor. Er bekennt, es sei ein Thriller. Er will die Entwicklung des Sozialismus von der „Utopie zur Wissenschaft“ vollenden. Es gehe um die Rettung des Klimas mitsamt seinem „Untersystem Wetter“. Das CO₂ spiele mit der „Wärmestrahlung Pingpong und dieses gelte es zu beenden, denn die Klimakurve und die Emissionskurve“ zeigten denselben ansteigenden Verlauf. Schätzing hat viel gelesen, doch dem linken Zeitgeistes gehorchend, verändert er die Utopie zur Wissenschaft.

Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung hatte eine „Pfadfinderfunktion“ und arbeitete erfolgreich bis zur Bewegung „Fridays for Future“. Das Buch ist ein gefährlicher pseudowissenschaftlicher „Thriller“, der uns verblendet und verblödet, und daher keineswegs lesenswert ist. Schätzing stellt die Natur auf den Kopf.

Wolfgang Thüne

Frank Schätzing: „Was, wenn wir



einfach die Welt retten? Handeln in der Klimakrise“, Kiepenheuer & Witsch-Verlag, Köln 2021, gebunden, 365 Seiten, 20 Euro

LÄNDERKUNDE

Im Land der Trolle

Ein Reiseführer als Lesebuch führt nicht nur durch das geographische Land, sondern bietet auch Einblicke in die norwegische Geschichte und das Treiben der Bewohner

Einen Reiseführer der etwas anderen Art hat der norwegische Journalist Per Egil Hegge im Insel Verlag publiziert. „Norwegen von A bis Ø“ ist ein gut geschriebener sowie von Stefan Pluschkat und Nora Pröfrock übersetzter Reiseführer, der Land und Leute vorstellt

und erklärt. Ereignisse wie den Nationalfeiertag oder die Gemeinschaftsferien schildert Hegge in diesem Taschenbuch wunderbar pointiert. Ein Register in chronologischer und alphabetischer Reihenfolge vervollständigt dieses Lesebuch.



Per Egil Hegge: „Norwegen von A bis Ø“, Insel Verlag, Berlin 2019, Taschenbuch, 201 Seiten, 11 Euro

GESELLSCHAFT

Eine Ideologie wie ein Virus

Die aus dem Jemen stammende Sozialwissenschaftlerin Elham Manea klärt über die Absichten radikalislamischer Ideologen auf

VON DIRK KLOSE

An Büchern zu den Themen Islam und radikaler Islam herrscht wahrlich kein Mangel. Was dabei auffällt: Autorinnen, die aus arabischen Kulturkreisen stammen, jetzt in westlichen Ländern leben und sich deren Lebensstil angeeignet haben, schreiben oft besonders islamkritisch. Sie wirken zugleich auch glaubwürdiger, weil ihre Kritik oft aus leidvoller persönlicher Erfahrung in der früheren Heimat kommt.

So auch in dem Buch „Der alltägliche Islamismus. Terror beginnt, wo wir ihn zulassen“. Die aus dem Jemen stammende Elham Manea arbeitet heute als Sozialwissenschaftlerin und daneben als Menschenrechtsaktivistin an der Universität Zürich. Aufgewachsen in einem liberalen jemenitischen Diplomatenhaushalt geriet sie in ihrer Heimat immer stärker in eine radikalislamische Umgebung, aus der sie sich erst nach Jahren und bei zunehmender persönlicher Gefährdung losmachen konnte. Mehr und mehr kann sie nach eigenem Bekunden im radikalen Islam nichts anderes als eine aggressive Ideologie sehen: „Ideologie mit religiösem Inhalt verhält sich wie ein Virus. Sobald eine Person damit infiziert ist, verändert sie sich radikal.“

Das Buch ist denn auch ein flammendes Plädoyer, „die hart erkämpften liberalen, säkularen und universellen Normen und Werte“, die Würde und Rechte des Einzelnen zu schützen, hochzuhalten und

zu verteidigen. Der Westen dürfe sich aus falsch verstandenem Schuldkomplex nicht zur Nachsicht gegenüber dem radikalen Islam verleiten lassen. Wiederholt schreibt sie, dieser sei keine Religion, sondern eine letztlich auf Eroberung der Weltherrschaft zielende Ideologie, etwa beim Islamischem Staat oder den Muslimbrüdern.

Auf die Weltherrschaft ausgerichtet

Die Autorin schreibt mit großem Temperament, durchweg in der Ich-Form und den Leser direkt ansprechend. „Haben Sie das bemerkt?“, „Haben Sie das schon gewusst?“ sind die Anreden, um eine innere Teilnahme zu erreichen, was nicht schwerfällt, da ihre politischen und sozialen Analysen zu Religion und Politik gut begründet sind. Verwirrend mag allenfalls sein, dass sich die Autorin wie selbstverständlich in der internationalen Gemeinschaft der einschlägigen Wissenschaft bewegt, die zu überschauen einem deutschen Leser nicht immer leichtfällt. Ihrem Fazit mag man kaum widersprechen: „Wir brauchen einen laizistischen Staat, der neutral ist gegenüber Angehörigen aller Religionen, Glaubensrichtungen und Weltanschauungen.“



Elham Manea: „Der alltägliche Islamismus. Terror beginnt, wo wir ihn zulassen“, Kösel Verlag, München 2018, gebunden, 286 Seiten, 20 Euro

DDR

Ungelöste Widersprüche

Die Journalistin Cerstin Gammelin hält eine Debatte über noch bestehende Unterschiede in West- und Mitteldeutschland für dringend erforderlich

VON F.-W. SCHLOMANN

Cerstin Gammelin, die aus der DDR stammt und Journalistin ist, strebt eine Debatte über die damalige Zeit an, die nicht nur aus Sicht des Westens, sondern auf Augenhöhe mit dem Osten erfolgen müsse. Schließlich seien das die Menschen der DDR gewesen, welche die Mauer einstürzten und heute als die Verlierer wahrgenommen würden. Dieser Widerspruch sei bis heute nicht debattiert worden.

Wenn ein bekannter westdeutscher Historiker meint, die DDR sei lediglich eine Fußnote in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, so beweise dies nur die übliche westdeutsche Arroganz sowie die Unterschätzung des Lebensalters und der Menschen. Der „Osten“ sei immer noch bloß die verlängerte Werkbank der westlichen Industrien und Absatzmarkt für Konsumketten. Wenn man wirklich die Einheit wolle, muss nach Ansicht der Autorin die bestehende Ungleichheit im Lohngefüge und der personellen Besetzung wichtiger Positionen in der Verwaltung, den Hochschulen und den Medien beseitigt werden.

Dass man im Westen vorpresche, um als Erster zu gewinnen, sei das genaue Gegenteil der in der DDR trainierten Verhaltensweise. Dort lernte man, sich zunächst im Hintergrund zu halten und die Lage abzuschätzen. Die gesamtdeutsche CDU nahm 1990 bewusst DDR-Frauen auf. Am besten geeignet erschienen ihr solche, von denen sie glaubte, dass diese wenig wider-

spenstig wären. Helmut Kohl unterschätzte, wie selbstbewusst Frauen aus dem Osten waren – am meisten die durchsetzungsstarke Merkel. Ihr gelang es, sämtliche politische Konkurrenten kaltzustellen. Diese stolperten über ihr traditionelles Frauenbild, ihre ideologischen Vorurteile, ihr gesamtes Nicht-Wissen über die Menschen im anderen Teil der Bundesrepublik.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble gestand kürzlich ein, in der Pandemie seien die Mitteldeutschen im Vorteil, weil sie Erfahrung haben in wechselnden Situationen. Man sei dort weniger parteigebunden als im Westen. Die Menschen wählten primär starke Persönlichkeiten, die ihre Versprechen durchsetzen – auch gegen Forderungen aus Berlin.

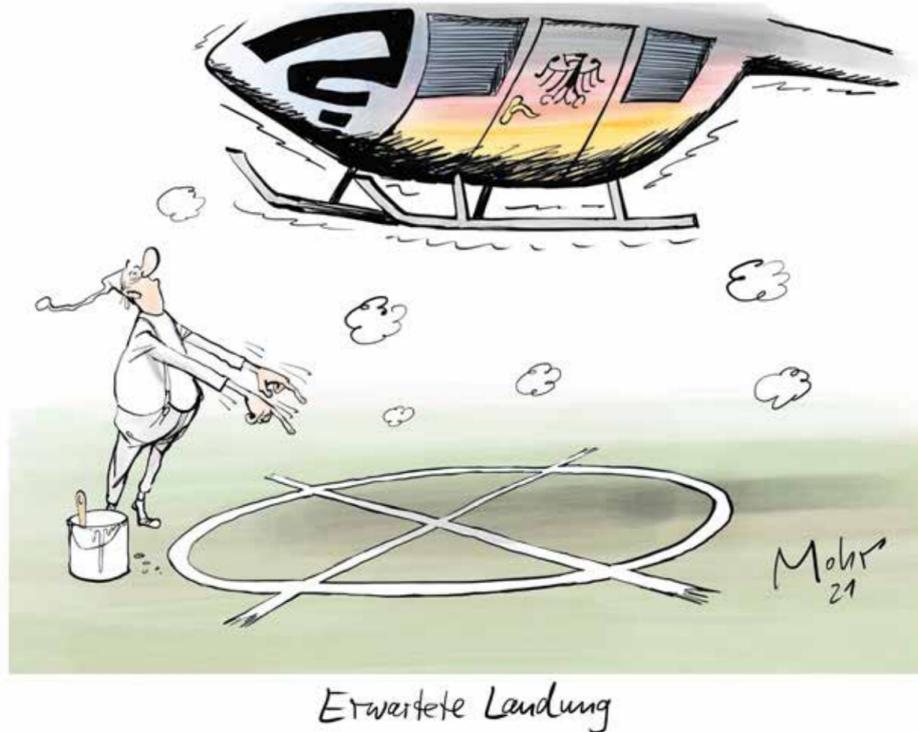
Im Osten standen Landtagswahlen bevor. Ihre Wahlergebnisse werden mitbestimmen, welche politischen Bündnisse in Berlin geschmiedet werden können. Abschließend meint die Verfasserin, Wahlen würden nicht im Osten gewonnen, könnten dort aber verloren werden. Die Auswirkungen ihres Votums könnte die CDU in ihrem Verhältnis zur AfD in schwere Verlegenheit bringen „und im schlimmsten Fall das eingetübte politisch-demokratische Gefüge der Bundesrepublik verändern“.



Cerstin Gammelin: „Die Unterschätzten“, Econ-Verlag, Berlin 2021, gebunden, 302 Seiten, 22,99 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Vor allem in jüngster Zeit will so manche Verlautbarung aus den Kirchen und deren Umfeld so gar nicht zu dem passen, was man landläufig vonseiten des Christentums erwarten würde. So äußerte sich Ulrich Waschki, Geschäftsführer und Chefredakteur der Verlagsgruppe Bistums- und Diözesenpresse, Mitte September auf dem Internetportal „katholisch.de“ zur „nationalen Impfwoche“. Er hoffe, dass sie „ein Erfolg“ werde. Dabei beließ er es allerdings nicht, auch nicht bei der – sachlich sehr fragwürdigen – Behauptung, die „Verweigerung Einzelner wird zum Problem aller“. Waschki meint darüber hinaus, es „ist Zeit“ gegenüber denjenigen, die keine Impfung wünschen, „die Daumenschrauben anzuziehen“. Sie müssten „die Folgen spüren“, der „beste Weg ist die konsequente Umsetzung von 2G“, denn an „Solidarität zu appellieren, reicht ja nicht mehr“. Waschki hat nicht verstanden, dass es mehr als eine Ansicht geben kann. Wortwahl und menschenverachtender Eifer von dezidiert katholischer Seite sind erschreckend. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

In den Augen des Finanzexperten Thomas Mayer gehen die „Fridays for Future“-Jugendlichen gegen ihre eigenen Interessen auf die Straße. In der „Welt“ (24. September) moniert er:

„Aufgrund der Alterung unserer Gesellschaft droht den jungen Menschen die Überlastung und den Rentnern der wirtschaftliche Abstieg ... Gleichzeitig entwertet eine aggressive, aber auf Weltebene wirkungslose Klimaschutzpolitik einen Teil des vorhandenen Produktivkapitals wie ein Meteoriteneinschlag. Das verringert die Produktivität und zwingt die Jungen, ‚klimaschonendes‘ Kapital neu aufzubauen. Mangelte es in Deutschland nicht an ökonomischer Bildung, wären die Jungen längst statt für den Klimaschutz gegen ihre Ausbeutung auf die Straße gegangen.“

Serap Güler (CDU) erklärte bei „Markus Lanz“ (22. September), warum sie ihren Parteifreund Hans-Georg Maaßen nicht im Wahlkampf unterstützen wollte:

„Es gibt wichtigere Dinge als die parteipolitische Solidarität.“

In Berlin versank der Wahlprozess in einem beispiellosen organisatorischen Chaos. Daniel Krause sieht auf „t-online“ (26. September) daher nur eine Lösung:

„Die Wahl muss frei, geheim und gleich sein – so steht es im Grundgesetz. Und das wurde in Berlin heute mit Füßen getreten. Die einzig logische Konsequenz: Die Wahl muss wiederholt werden.“

Auch wenn die Grünen sie fordern, sieht Baden-Württembergs grüner Finanzminister Danyal Bayaz eine Vermögenssteuer kritisch, wie er der „Wirtschaftswoche“ (25. September) verriet:

„Ich bin als Finanzminister auch verantwortlich für meine Steuerbeamtinnen und -beamten, die hervorragende Arbeit machen, aber bereits genug zu tun haben. Wenn sie jetzt auch noch jährlich Oldtimer zählen und Picassos bewerten müssten, wäre das gar nicht zu leisten.“

Ferdinand Knauss wundert sich bei „Tichys Einblick“ (27. September) darüber, dass Rot-Grün-Rot trotz Wahlchaos erneut die Berlin-Wahl gewonnen hat:

„Das Bewusstsein dafür, dass für die offenkundige Unfähigkeit der Verwaltung des Stadtstaates ... die politische Klasse, die regierenden Parteien und Politiker verantwortlich sind, scheint in der deutschen Hauptstadt noch stärker verkümmert zu sein als anderswo. Da sollte man sich nicht wundern, dass die wiedergewählten politischen Versager einfach weiter versagen.“

● WORT DER WOCHE

„Die CDU wird für ihre Absage an Wehrpflicht und Kernenergie, für die Preisgabe einer rigiden Einwanderungs- und Fiskalpolitik von den Medien gelobt, aber von der einstigen Stammklientel gemieden.“

Gabor Steingart im „Focus“ (28. September) zur Krise der CDU

DER WOCHENRÜCKBLICK

Es wird grün – egal, wie

Was wir von der neuen Regierung zu erwarten haben, und warum die Jungen FDP wählen

VON HANS HECKEL

Die Deutschen sind ein rätselhaftes Volk. Und um ihrem Ruf als nationale Avantgarde gerecht zu werden, sind die Berliner die rätselhaftesten unter uns. Nur etwa jeder dritte Hauptstädter war mit dem Gefuhrwerke der rot-rot-grünen Rathauskoalition zufrieden. Trotzdem bekamen die drei linken Parteien fast zwei Drittel der Stimmen bei der Abordnetenhauswahl.

Wie kommt so etwas? Noch dazu, da zahllose Berliner noch im letzten Moment einen schönen Blick auf die Leistungsfähigkeit ihrer Stadtregierung werfen durften, als das Wahlprozedere in etlichen Abstimmungslokalen im völligen Chaos versank – es sah aus wie der symbolische Schlussstein im Gesamtkunstwerk „Gescheiterter Staat Berlin“. Aber nachdem sie stundenlang die Folgen von Stümperei und Unfähigkeit ertragen mussten, kreuzten sie drinnen wieder brav genau diejenigen an, die ihnen das Desaster eingebrockt hatten. Verblüffend!

Entweder leben in der Hauptstadt erstaunlich viele Menschen, die sich gern selbst eins auf die Zwölf geben. Oder das Angebot der Oppositionsparteien war derart unterirdisch, dass man denen auch nichts zutraut. Oder die Berliner sind vor Jahren in einen bräsigen Halbschlaf gefallen, aus dem sie wie in Trance nichts anders mehr zustande bringen als immer dasselbe zu wählen. Für die Halbschlaf-Diagnose spricht, dass die Wähler an der Spree den Auftritt der neuen „Freien Wähler“ unter dem untriebigen Marcel Luthe gar nicht bemerkt zu haben scheinen.

Es heißt: Ein Volk, das in der Demokratie einschläft, sei dazu verurteilt, in der Diktatur aufzuwachen. Nun, soweit sind wir noch nicht. Aber dass es nicht schön wird, das Aufwachen, das ahnen wir bereits.

Es könnte beispielsweise ziemlich kalt und dunkel sein, wenn wir die Augen wieder aufschlagen. So, wie das Wahlchaos an der Spree einen Blick auf die Fähigkeiten der Berliner Landesregierung freigab, so durften wir alle kurz vor dem bundesweiten Urnengang die ersten ersten Folgen der Energiewende registrieren. Gas- und Kohlepreise steigen ins Unermessliche, weil Wind und Sonne nicht so viel Strom liefern, wie sie es nach Planung der „Visionäre“ gefälligst sollten. Bald könnte es zusätzlich zur Preisexplosion auch zu großflächigen Stromausfällen kommen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz stuft die Gefahr einer Katastrophe infolge eines Blackouts höher ein als jede andere Katastrophe. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag rechnet gar damit, dass in den stromlosen Gebieten die Versorgung der Bevölkerung zusammenbrechen dürfte. Auch die öffentliche Sicherheit, den Schutz von Leib und Gut der Bürger, könne der Staat nicht mehr gewährleisten. Ende 2022 werden übrigens die letzten sechs deutschen Atommeiler vom Netz gegangen sein. Das nur am Rande.

Doch wen interessiert dieses Thema überhaupt? Kaum jemanden, denn die Gefahren des Klimawandels stehen ganz oben auf der Prioritätenliste der Bundesbürger, wie Umfragen kurz vor der Wahl ergeben haben.

Damit ist auch beantwortet, wie die nächste Regierung aussieht, egal ob rot oder schwarz geführt: Sie wird grün. FDP und Grüne werden ja auf jeden Fall dabei sein und sind gleich daran gegangen, Unstimmigkeiten auszuräumen. Was zumindest äußerlich nicht ganz einfach war. So hatten die Liberalen die Grünen im Wahlkampf immerzu als „Verbotspartei“ gegeißelt. Und für die Grünen ist die FDP ja immer schon pfui Deibel gewesen.

Lindner malt dann alles gelb an

Da verzaubert es einen regelrecht mit anzusehen, wie schnell aus diesem Zwist eine echte Kuschelbeziehung wurde. Zwar schielen die Grünen immer noch nach mehr Verboten, aber FDP-Chef Christian Lindner hat eine salomonische Lösung gefunden: Er spricht ganz sanft von einem klimapolitischen „Rechtsrahmen“, der die Wirtschaft dazu bringen (also zwingen) soll, ganz „freiwillig“ in die gewünschte Richtung zu schwimmen. So malt man grüne Planwirtschaft gelb an – bravo, Herr Lindner!

Für die immer weiter steigenden finanziellen Lasten, welche die Klimapolitik der Wirtschaft und den Verbrauchern aufbürdet, findet er gewiss auch noch ein schöneres Wort als „Abgabe“ oder „Belastung“. Wie wär’s mit „motivierenden Finanzimpulsen“, welche die Bürger und Unternehmen zum „klimakonformen“ Handeln „ermuntern“? Schon klingt die Klimadiktatur gleich wahn-sinnig liberal und marktwirtschaftlich.

Merkel schaffte es, Millionen von Deutschen die Erosion des Staates als „konservativ“ zu verkaufen. Nun wird Lindner Zwangsmaßnahmen und die welthöchsten Energie-

kosten als „liberal“ und „wirtschaftsfreundlich“ anpreisen.

Was soll der arme Lindner auch machen? Erstens will er endlich an den Trog und zweitens muss er doch mit der Zeit gehen. „Die junge Generation“, so haben wir es erst wieder gesehen beim „Klimastreik“ am 24. September, tickt nun mal grün. Oder? Na ja, das zeigen uns zumindest die Medien. Aber die zeigen uns auch alles?

Offensichtlich nicht: Denn bei den Erstwählern war überraschend die FDP knapp vor den Grünen stärkste Partei, wie eine Untersuchung ergab. Wer hätte damit gerechnet? Und vor allem: Was hat die jungen Leute dazu getrieben, an Luisa Neubauer und Greta Thunberg (die doch angeblich ihre Ikonen sind) vorbei die Liberalen anzukreuzen?

Kann man nur vermuten. Wir haben die Bilder vor Augen, wie junge Leute von Polizeiwagen durch den Park gejagt und wie Verbrecher behandelt wurden, weil sie unter freiem Himmel ein bisschen Spaß haben wollten. Jugendliche, denen man mit teils aberwitzigen Maßnahmen zwei der schönsten Jahre ihres Lebens verhagelt hat. Und jetzt, da sie endlich den Führerschein in der Tasche haben, stampfen hysterische Klimaschneppen mit dem Fuß auf und wollen ihnen den Weltuntergang ans Bein binden, wenn sie Auto fahren. Oder in den Urlaub fliegen. Derart gebeutelte Erstwähler haben womöglich die Schnauze voll von Grün und wollen vor allem eines: Freiheit!

Vielleicht sollte Christian Lindner mehr Zeit mit seinen jungen Wählern verbringen als mit Robert Habeck. Nur so eine Idee. Die vielen Erstwähler könnten von der FDP nämlich schnell enttäuscht werden, wenn sie merken, dass die Freiheitsfanfaren des FDP-Chefs bloß jenen Phrasennebel werfen sollen, hinten dem das linksgrüne Zwangsregime unbemerkt gedeihen kann.

Wie nah diese Enttäuschung ist, haben wir neulich bereits beobachten müssen: Als Dänemark seine Corona-Maßnahmen komplett gestrichen hat, stimmte Lindner nicht etwa ein und forderte das, was jeder echte Liberale jetzt hätte fordern müssen: Eigenverantwortung statt staatliche Gängelung, also weg mit den Restriktionen – wie beim nördlichen Nachbarn.

Nein, der FDP-Chef flötete bloß seicht, man müsse die Maßnahmen „kritisch hinterfragen“. Das bedeutet – nichts. Da tun einem die jungen FDP-Wähler jetzt schon leid.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de